



18. und 19. Heft | 14. September 1916

CARL SEVERING · ZUR DEUTSCHEN SOZIAL- DEMOKRATISCHEN REICHSKONFERENZ 1916



MAN kann die vom Parteivorstand und Parteiausschuß beschlossene Reichskonferenz eine Notstandsmaßnahme nennen. Die Organisation und die Kompetenzen eines Parteitags sind durch die Bestimmungen des Organisationsstatuts festgelegt; auch ein Teil der Verhandlungsgegenstände ist bei Parteitag durch geschriebene und ungeschriebene Parteigesetze im voraus bestimmt. Die Reichskonferenz aber wird lediglich das sein, was die Vertreter der Partei aus ihr machen. Sie kann trotz ihrer losen Gliederung, trotz ihrer außergesetzmäßigen Existenz eine außergewöhnliche Bedeutung in der Parteigeschichte erlangen, wenn alle ihre Teilnehmer die großen Aufgaben zu würdigen wissen, die in dieser Zeit, da unser Volk auf Tod und Leben kämpfen muß, einer Volkspartei wie der deutschen Sozialdemokratie zufallen. Nicht vorher festgesetzte Tagesordnungspunkte, sondern die Zeitereignisse müssen der Reichskonferenz das Gepräge geben. Die Zweckbestimmung der Tagung darf nicht sein: lehrhafte Vorträge über Parteitheatorien entgegenzunehmen, sondern ihre Aufgabe ist: eine klare Stellung zu den wichtigsten Forderungen des Tages zu nehmen.

Es wäre im Interesse der Einheitlichkeit und der Einigkeit der Bewegung sicher zu wünschen, daß durch das Urteil einer in ihrer Kompetenz nicht bestrittenen Parteivertretung die Wirren in der Partei beseitigt würden. Es bleibt abzuwarten, ob die Reichskonferenz die dazu nötige Autorität haben wird. Sie wird selbstverständlich zu der Frage Stellung nehmen können und müssen, inwieweit die Politik des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion die Billigung und Unterstützung der Organisationen findet. Erhält diese Politik die Zustimmung der Konferenz, dann liegt darin eine Festigung der Position der Parteinstanzen, die von heilsamer Wirkung auf die Parteientwicklung sein kann. Aber die Erörterung der Parteitstreitigkeiten und ihrer parlamentarischen und organisatorischen Begleiterscheinungen darf nicht die einzige oder auch nur die Hauptarbeit der Tagung sein. Nicht rückwärts schauen auf alle die Einzelereignisse und Verwirrungen in der Partei, nicht um Schlagworte wie Mehrheit und Minderheit herumstreiten, keine Splitterrichterei über Verstöße und Disziplinwidrigkeiten, sondern gründliche und entschiedene Untersuchung und Festlegung der dringendsten Gegenwartsaufgaben unserer Politik: das sollte das Leitmotiv der Konferenzverhandlungen sein.

Die Partei hat Anfang August wieder den Willen zum Frieden zum Aus-

druck gebracht; aber nur zu einem Frieden, der die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet, der andererseits auch nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt. Ob es Sinn hat, daß auch die Parteikonferenz sich für eine Friedensaktion ausspricht, darüber kann man, nachdem mittlerweile noch neue Kriegsgegner dazugekommen sind, sehr verschiedener Meinung sein; man könnte darauf verzichten, wenn es nicht immer wieder notwendig schiene gegen eine gewisse bedenkenlose Eroberungsprojektenmacherei eine Art Gegengewicht zu schaffen. Die Erweiterung der feindlichen Koalition ist jedenfalls ein sprechender Beweis dafür, daß unsere Kriegsgegner noch nicht zum Frieden geneigt sind. Unter dem Druck Englands haben sich im Lauf des Krieges immer weitere Staaten zur tätigen Feindseligkeit und zum offenen Krieg gegen Deutschland bewegen lassen; und nach 2 Jahren Krieg gelingt es England wieder neue Staaten vorzuschicken. Das zeigt doch zur Evidenz, daß das Haupt der Koalition noch gar nicht daran denkt das Spiel verloren zu geben und sich mit der Tatsache abzufinden, daß es uns unsere politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Zukunft lassen muß. Die von unserm Parteivorstand eingeleitete Friedensbewegung hat bis jetzt bei den Sozialisten des Auslands noch nicht ein entsprechend starkes Echo gefunden. Eine Aussicht auf Erfolg, eine Einwirkung auf den Friedensschluß aber hätte eine Bewegung der Volksmassen nur dann, wenn sie in allen Ländern gleichmäßig erfolgte. Die deutschen Arbeiter haben wirklich kein Interesse daran im Ausland den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob ihr Friedenswunsch der Verzweiflungsschrei eines niedergedrungenen Volkes sei. Ließen wir es zu, daß eine so gröbliche, den wahren Tatsachen ins Gesicht schlagende Verkennung unseres Friedenswillens in den Ententeländern Platz griffe, dann verlängerten wir gerade dadurch den Krieg bis zur völligen Erschöpfung und Verblutung Europas. Freilich, eine törichte Kraftmeierei ist nicht minder gefährlich als Kleinmut und Verzagtheit, und manchen Politikern kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch unbesonnene Reden (die doch nicht in die Tat umgesetzt werden können) dem Ausland immer wieder Stoff bieten gegen uns zu hetzen. In dieser Zeit sollte jeder Politiker ein Gefühl doppelter Verantwortung haben. Für die Sozialdemokratie gilt es den Willen der Massen zu einem Frieden zu sammeln, der mehr ist als ein bloßer Waffenstillstand, und der den Grund legt zu einem System, das die Wiederherstellung unserer Volkswirtschaft, den Ersatz der vergeudeten Kräfte durch erhöhte Produktivität, die freie Entfaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten unseres Volkes (und des ganzen europäischen Kontinents überhaupt) gewährleistet.

Wenn wir aber solchermaßen den Willen des Volkes vereinigen wollen, müssen wir uns selbst darüber im klaren sein, was wir wollen. Im August des vergangenen Jahres haben Reichstagsfraktion und Parteausschuß ihre Friedensziele in Leitsätzen niedergelegt, in denen es heißt, daß die deutsche Sozialdemokratie einen Frieden erstrebe, der die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engern Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft führe. Das ist sicher gut, aber nach 2 Jahren Weltkrieg doch wohl nicht mehr hinreichend. Heute brauchen wir nicht mehr allgemeine programmatische Erklärungen, die das Endziel betonen, sondern konkrete Forderungen,

die den Weg zu diesem Ziel bezeichnen. Gewiß möchten wir am liebsten für alle europäischen Staaten eine engere Gemeinschaft herbeiführen. Und wir verlangen ja in der Tat gleiches Recht für alle Nationen und die Beseitigung der Vorherrschaft einer Macht oder einer Mächtegruppe. Aber wie erreichen wir das? Nicht indem wir theoretisch alle umschließen, sondern indem wir konkret zunächst diejenigen auswählen, bei denen die Interessengleichheit die Interessengegensätze überwiegt.

Vom bloßen Wünschen wird die Welt nicht besser. Um seine Absichten zur Tat werden zu lassen, muß man aber zunächst die Art und die Verschiedenheit der Faktoren erkennen, mit denen man es zu tun hat. Realpolitisch betrachtet liegen nun die Dinge heute, wie vermutlich auch beim Friedensschluß, so: England und Deutschland stehen sich als die eigentlichen Rivalen gegenüber. Der Kampf geht um die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit. England will seine Vorzugsstellung auf dem Weltmarkt, die aus der Zeit stammt, da es die vorgeschrittenste Industrie hatte, nicht aufgeben und keinen gleichberechtigten Wettbewerb Deutschlands zulassen. Für Deutschland ist es wiederum eine Daseinsnotwendigkeit, daß es seine Kräfte nicht verkümmern läßt. Dadurch ist die Gegnerschaft beider Völker bedingt. Und welche Änderungen der Krieg auch auf der Landkarte Europas vornehmen wird: an dieser Tatsache wird der Friedensschluß wenig ändern. England hat gleich nach der Kriegserklärung mit dem Wirtschaftskrieg begonnen, der sich sowohl gegen deutsche Staatsangehörige wie gegen deutsche Waren richtete. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, gleichviel ob die Verbündeten Englands sie nach dessen Willen ausführen werden oder nicht, zeigen jedenfalls die wahren Kriegsziele: Deutschland soll wirtschaftlich niedergehalten werden, damit England dessen Vorsprung wieder einholt und dauernd die erste Stelle behält: zum Schaden nicht nur der deutschen sondern der Weltproduktion überhaupt, der so wertvolle Kräfte verloren gehen, ohne daß für sie Ersatz geschaffen wird.

Wie kann Deutschland diese Absichten zunichte machen? Durch Konzentration derjenigen Kräfte, die durch die englische Suprematie geschädigt werden oder zum mindesten an ihr kein Interesse haben. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des mitteleuropäischen Zusammenschlusses war der erste Schritt auf diesem Weg. Aber erst die Erkenntnis von der Ausgleichbarkeit der kontinentalen Interessengegensätze überhaupt zeigt uns dasjenige Mittel, das wirklich Erfolg verspricht. Freilich ist der Weg zu solcher Vereinigung der kontinentalen Kräfte sehr schwierig. Wir dürfen nie England als Gegenspieler aus dem Auge verlieren, dürfen nie übersehen, daß es ihm immer wieder und wieder gelingt sich Degen auf dem Kontinent zu schaffen. Der englischen Zähigkeit muß nun unsere Energie entgegengesetzt werden. Und wie groß auch die Hindernisse sein mögen: wir müssen uns vornehmen sie zu überwinden, indem wir das Unwesentliche vom Wesentlichen trennen. Unumgängliche Voraussetzung zur kontinentalen Konzentration ist, daß ein Land die Lebensbedürfnisse des andern erkennt und anerkennt. Es ist in den Sozialistischen Monatsheften des öfters ausgeführt worden, daß zum Beispiel das Verlangen des russischen Volkes nach einem freien Zugang zum Meer in der Tat berechtigt ist; es ist hier auch schon mehrfach dargelegt worden, daß und in welcher Weise

etwa der russischen Handels- und Kriegsflotte die freie Durchfahrt durch die Dardanellen gegeben werden könnte, ohne daß dabei die Selbständigkeit unserer Bundesgenossin, der Türkei, gefährdet würde. Jetzt, da der Krieg im Südosten eine Ausdehnung erfahren hat, der die russischen Aspirationen auch da, wo sie unberechtigt sind, neu belebt, hat es keinen Zweck solche Möglichkeiten im einzelnen zu erörtern, wie überhaupt die Zeit, da der Donner der Kanonen am heftigsten tobt, nicht richtig gewählt wäre, um Friedensvorschläge zu machen. Aber wenn auch dieser Ansturm glücklich abgeschlagen ist, wird die Selbstbesinnung folgen, und dann werden sich auch unsere kontinentalen Nachbarn darauf besinnen, wo ihre wahren Interessen liegen. Wir aber werden daran denken, daß man eine Verständigung mit der Zukunft, nicht mit der Vergangenheit zu suchen hat, daß ein Volk mit unverbrauchten Kräften, das am Beginn seiner Entwicklung steht, nicht vernichtet werden kann, daß man aber im Verein mit ihm die Herrschaft desjenigen zu brechen imstande ist, der durch Gewalt den Niedergang seiner innern Schaffenskraft ausgleichen will. Aus dieser Erwägung ergibt sich unsere Haltung gegenüber England. Es soll damit keiner aggressiv antienglischen Politik das Wort geredet werden. Mit einem törichtem Englandhaß hat eine vernünftige Realpolitik nichts gemein. Man kann sogar im Gegenteil ruhig behaupten, daß mit der endgültigen Beseitigung des englischen Wirtschaftsmonopols dem englischen Volk selber ein Dienst geleistet wird, weil dieses dadurch gezwungen wird nun wieder an die Hebung und Stärkung seiner eigenen Produktivkräfte zu denken.

Was das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich anlangt, so ist hier oft genug betont worden, daß diese beiden, durch geistige Bande, durch vielfältige Kulturbeziehungen so eng mit einander verknüpften Nationen durch keine wirtschaftlichen Gegensätze getrennt werden, daß Feindschaft und Haß hier nur durch geschichtliche Erinnerungen erzeugt werden, die aber bei den jetzigen immanenten Lebensbedingungen, wie sie sich in Industrienentwicklung und Bevölkerungsbewegung zeigen, ihren Sinn verloren haben. Deutschland ist sicher bereit die Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen. Ob auch Frankreich das tun wird, ob es imstande sein wird sein Geschick von England loszulösen, das bleibt abzuwarten. Die deutsche Sozialdemokratie hat für die nationale Haltung der französischen sozialistischen Partei volles Verständnis und versagt ihr nicht die nötige Anerkennung; wie sie andererseits auch das gleiche Recht für ihre Nation zu kämpfen für sich selbst beansprucht. Die Parteien beider Länder könnten berufen sein in der Friedenszeit die gegenseitige Annäherung beider Nationen, für die sie gekämpft haben, herbeiführen zu helfen.

Eine Verständigung auf dem europäischen Kontinent, die die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftskomplexes ermöglicht, die Freiheit der Meere gegen England erringt und behauptet, die Rohstoffzufuhr aus eigener Kolonisationstätigkeit sicherstellt und so die Volkswirtschaft dieser Gemeinschaft in ihrem wesentlichsten Teil auf eigene Kraft aufbaut: das müßte das Kriegsziel der Sozialdemokratie sein. Ob die Reichskonferenz die Möglichkeit haben wird dieses eigentliche politische und wirtschaftliche Problem unserer nächsten Zukunft sachkundig zu erörtern, das läßt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls müssen ihre Verhandlungen von der Überzeugung getragen sein, daß hier das Grundproblem

liegt, und daß man alle weiteren Fragen, in erster Linie die der innern Politik, die Wahlrechtsreformen und die Parteipolitik, dann die der Innenwirtschaft, der Steuerpolitik, der Sozialpolitik, des Organisationsrechts und der sozialen Erziehung, erst lösen kann, wenn der Bestand, wenn die Zukunft der Gemeinschaft gesichert ist. Vom Inhalt des kommenden Friedens wird das Wesen des kommenden Deutschlands, wird auch die Wirkungsmöglichkeit der Sozialdemokratie in diesem neuen Deutschland abhängig sein. Darum sollte die geistige Kraft unserer Partei in der Hauptsache auf dieses konkrete weltpolitische Ziel gerichtet sein, und die Vertreter der Partei sollten bestrebt sein hier eine klare Richtlinie nicht nur zum Wünschenswerten sondern auch zum Erreichbaren zu finden.

MAX SCHIPPEL · DER ENGLISCHE WIRTSCHAFTS- KRIEG NACH DEM FRIEDENSSCHLUSS

NICHT alle während eines Krieges ausgesprochenen Drohungen braucht man ernst zu nehmen. Schon deswegen nicht, weil jeder wirkliche Friedensschluß, der über einen bloßen Waffenstillstand der widerstreitenden Interessen hinausgeht, den herausforderndsten Bestrebungen bestimmte Schranken setzt oder sie für die nächste Zukunft ganz zur Regungslosigkeit und Unwirksamkeit verurteilt. Dies trifft selbstverständlich auch für die Beschlüsse und Kampfansagen der vom 14. bis zum 17. Juni in Paris abgehaltenen Wirtschaftskonferenz zu, über die sich das englische Parlament am 2. August, nach Vorlegung eines Weißbuchs seitens der Regierung, in bemerkenswerter Weise aussprach.

Trotzdem wäre es grundfalsch an den deutschfeindlichen Plänen, die hier zutage traten, achtlos vorüberzugehen. Selbst wenn man sich kraftbewußt oder vertrauensvoll darauf verläßt ihnen im Friedensschluß genügend lückenlos vorbauen zu können, muß man sie vor allem in ihrer ganzen Vielseitigkeit hinreichend kennen. Sollte jedoch bei den den Krieg beendenden internationalen Vereinbarungen vieles Hierhergehörige unentschieden gelassen werden müssen, so sind alle für später verbleibenden Möglichkeiten um so mehr ins Auge zu fassen als man sich auf sie wohl oder übel in Abwehr oder Gegenangriff vorbereiten muß. Setzen sie sich nicht in Taten um, um so besser. Kommen sie in der Tat, wenn vielleicht auch noch so abgeschwächt, so will man ihnen nicht ungerüstet gegenüberstehen. Schon aus diesen Gründen ist Wachsamkeit stets besser als Vertrauensseligkeit.

Beiseite lassen kann man allerdings schon jetzt die Pariser Maßnahmen für die Kriegsdauer. Sie sind in allem Wesentlichen bereits von sämtlichen Ententemächten angenommen und zur Durchführung gebracht. Das Verbot jedes Wirtschaftsverkehrs mit dem Feind, die Behandlung der im Inland tätigen, aber feindlichen Untertanen gehörigen geschäftlichen Unternehmungen, die Auslegung und Handhabung des Seekriegsrechts und die Handelsbeschränkung der Neutralen mit Hilfe besonderer Kontrollorganisationen und Verkehrskontingentierungen sind überall auf der Ententeseite bis zur äußersten Grenze verschärft und zugespitzt worden. Ganz nach dem Vorbild und Rat Englands, das wir bei jeder Wirtschaftskriegsmaßnahme gegen Deutschland stets als zielbewußtesten Führer und unermülichsten Organisator vorfinden.

Dieses letzterwähnte Verhältnis schien bei den weiteren Konferenzvorschlägen für die Wiederherstellungszeit und die spätere eigentliche Friedensperiode zweifelhaft. Die ursprünglichen Vorentwürfe sollten in ihren Hauptteilen von Frankreich und dem französischen Handelsminister Clémentel, dem Vorsitzenden bei den Pariser Beratungen, herkommen. Jetzt erfahren wir anlässlich der Unterhausdebatten¹⁾ durch Asquith:

»Es ist vielleicht zweckmäßig und sogar notwendig, wenn ich mitteile, daß 3 der wichtigsten Resolutionen (nämlich die über die Gewährung der Meistbegünstigung, ferner jene über den Schutz gegen Schleuderabsatz und unlauteren Wettbewerb, und über die Schritte die Verbündeten in ihren wesentlichsten Produktionen unabhängig von den Zentralmächten zu machen) von den britischen Vertretern eingebracht und von der Konferenz in der beantragten Form angenommen wurden [Beifall]. Ich glaube, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich bemerke: diese von den britischen Vertretern eingebrachten Resolutionen waren von meinem verehrten Freund, dem Präsidenten des Handelsamts [Runciman, der in Paris wegen Erkrankung durch Lord Crewe ersetzt war] entworfen, vom Leiter des Kolonialamts und darauf von den beiden angesehenen Vertretern unserer Dominions, Herrn Hughes [Australien] und Sir George Foster [Canada], die selber der Konferenz beiwohnten, ausdrücklich gebilligt.«

SCHON diese geflissentliche Festlegung weist auf den beabsichtigten Ernst der ganzen Stellungnahme hin. Denn gerade der Meistbegünstigungsbeschluß, »one of cardinal importance«, wie Asquith ihn bezeichnet, läßt, wie der ergänzende Beschluß über die sonstige differentiell ungünstigere Behandlung der Zentralmächte, nichts zu wünschen übrig:

»Da durch den Krieg alle Handelsverträge zwischen den Verbandsmächten und feindlichen Mächten aufgehoben sind und es von hoher Bedeutung ist, daß während der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der der Beendigung der Feindseligkeiten folgen wird, die Freiheit keiner der Verbandsmächte durch irgendwelche Ansprüche der feindlichen Mächte auf Meistbegünstigung behindert wird, gehen die Verbandsmächte dahin einig, daß die Vorteile dieser Begünstigung jenen Mächten für eine gemeinschaftlich festzusetzende Anzahl von Jahren nicht zustehen sollen.

Während dieses Zeitraumes werden die Verbandsmächte sich bemühen einander die weitestgehenden Absatzkompensationen [compensatory outlets for trade] zu sichern, falls sich irgendwelche, für ihren Handel schädliche Folgen aus der Anwendung der im vorigen Absatz erwähnten Maßnahmen ergeben sollten. Zwecks Verteidigung ihrer Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Schiffahrtsinteressen gegen wirtschaftliche Angriffe durch Überschwemmung mit Waren oder irgendsonstige unfaire Konkurrenz werden die Verbandsmächte gemeinschaftlich einen Zeitraum festsetzen, während dessen der Handel der feindlichen Mächte besonderer Behandlung unterliegen und die dorthier stammenden Waren entweder einem Verbot oder besonderen Methoden wirksamer Natur unterworfen sein sollen.

Die Verbandsmächte werden sich auf diplomatischem Weg über die Spezialbedingungen entscheiden, die während erwähnter Zeit auf Schiffe der Feindesmächte Anwendung finden sollen.«

Doch auch im übrigen enthüllt die ganze Rede des liberalen Ministerpräsidenten ein immer unaufhaltsameres Abrücken vom alten wirtschaftspazifistischen Freihandel. Natürlich werden nach wie vor alle englischen Absichten als primarily defensive, not offensive beschönigt. Aber diese Grenzziehung wird offensichtlich immer schwankender und zugunsten der vermeintlichen Defensive immer weitergespannt, je mehr man, wie nachgerade alle Vollblutbriten, in jeder irgendwie erfolgreichen Konkurrenz einen schnöden Angriff auf geheiligte Besitzrechte Englands erblickt:

¹⁾ Es wird hier und im folgenden stets nach dem Parlamentsbericht der Times vom 3. August 1916 zitiert.

»Deutschland hat eine große Handelsflotte, einstweilen liegt sie sicher in den eigenen Häfen oder den Häfen neutraler Länder eingeschlossen. Aus den deutschen Handelsblättern ist klar ersichtlich, daß die Deutschen mit solchen Kräften rechnen, um die produktive und kommerzielle Wiedererstarkung der Verbündeten zu verhindern. Schon organisieren sie ihre Produktionen, seien wir nicht blind dagegen, für einen Angriff auf unsere Verbündetenmärkte und für einen machtvollen, womöglich siegreichen Wettbewerb auf den neutralen Märkten. Deshalb ist es für uns (ich meine damit stets alle verbündeten Mächte in gleicher Weise) notwendig uns gründlich auf die künftige Friedenszeit vorzubereiten . . . Die feste Entschlossenheit der Alliierten sich gegen Angriffe [aggression], mögen sie stammen woher sie wollen, zu verteidigen, ist und sollte sein eine sichere Bürgschaft, daß wir keinerlei aggressive Politik gegen andere Länder verfolgen [Beifall]. Trotzdem regen sich, wie man mir sagt, weniger in neutralen Ländern als bei uns daheim, Befürchtungen, daß die Durchführung dieser Beschlüsse gewisse Abweichungen von unserer traditionellen Freihandelspolitik nach sich ziehen müsse [Ironische Zustimmung unter den Liberalen]. Es gibt in diesem Hause sehr wenige ältere und kaum irgendwelche eifrigere Freihändler als mich [Der Arbeiterabgeordnete Snowden (Blackburn) ruft: »Sie waren Anhänger des Freiwilligensystems und führten die Konkskription ein!«]. Während des besten Teils der letzten 10 Jahre focht ich hier wie nur einer für den Freihandel . . . Aber wer halbwegs Eindrücken zugänglich ist, kann nicht blind sein gegen die Erfahrung, daß dieser Krieg und alle durch ihn erzeugten ungeheuren Umwälzungen unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände in vielen Beziehungen, wenn wir ein denkendes und praktisches Volk sein wollen, uns vor neue Probleme oder doch vor andersartige Lösungen alter Fragen stellen. Es wäre selbstgewollte Blindheit gegen die Lehren der Erfahrung, wenn wir nach einem Krieg wie dem gegenwärtigen schließlich nichts vergessen und nichts hinzugelernt haben wollten . . . Deshalb müssen wir teilnehmen an dem Kampf, der uns, wie wir glauben, für die Zukunft nicht nur Schutz gegen die Möglichkeit einer militärischen Beherrschung sondern auch wahre, sichergegründete und dauernde wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern soll.«

Chiozza Money, der früher gern die Errungenschaften der Freihandelsärapries, wollte zwar in den Kriegsnotwendigkeiten keine Bestätigung allgemeiner tarifreformerischer und protektionistischer Anschauungen sehen. Doch »Freihandel mit den feindlichen Staaten nach dem Krieg« stand für ihn gleichfalls »außer Erwägung, und es muß ein Ende haben mit dem reichspolitischen [Imperial] laissez faire«. Hodge, den wir von manchen internationalen Kongressen als Arbeitervertreter kennen, wollte die Eisen- und Stahlarbeiter, wenn sie aus den Schützengräben zurückkehrten, nicht durch deutsche Schleuderkonkurrenz geschädigt sehen. Er pflichtete der Meinung des verstorbenen Lord Kitchener bei, daß die Deutschen verpflichtet werden müßten für ein ganzes Menschenalter Buße zu tun, »ought to be made to do penance for 21 years«.

Winston Churchill aber ging, seiner Eigenart entsprechend, in Worten noch viel weiter. Brächte man es zu keinem unbedingt durchschlagenden Sieg, so könne er sich sehr wohl vorstellen, daß die Pariser Beschlüsse noch keineswegs ausreichen würden. Dann müßte jeder Schritt getan werden Deutschland »so arm wie tunlich zu halten und alle unsere Wirtschaftsmittel für eine Erneuerung des Krieges zusammenzufassen«. Nur eine andere Lösung bleibe noch: die unabänderliche Niederlage Deutschlands und des Preußentums im Feld und der Sieg der deutschen Demokratie über das Regierungssystem im Innern, »eine solche Lage würde allerdings ein ganz anderes Verhalten [Englands] nach sich ziehen«. Diese ebenso ehrenvolle wie weitblickende Harakiriaufgabe stellte übrigens auch der Arbeiterabgeordnete Wardle (Stockport) der deutschen Demokratie. Einem Wirtschaftskrieg sei

mit wirtschaftlichen Waffen zu begegnen, »aber wenn am Ende des heutigen Krieges das deutsche Volk seine eigenen Geschicke in der Richtung der Freiheit und Demokratie leiten werde, dann werde er sich freuen ihm die Hand der Freiheit entgegenzustrecken: er fürchte nur, es werde bis dahin noch ein langer Weg sein [Beifall]«.

Die schroffste Ablehnung der wirtschaftlichen Gleichbehandlung Deutschlands predigten, wie zu erwarten, Sir Edward Carson, der zuerst als konservativer Ulsterrebellenfürher berühmt ward und dessen parlamentarische Stellung sich während des Krieges von Monat zu Monat gehoben hat, und Bonar Law, der Nachfolger Chamberlains in der Tarifierformbewegung und Balfours in der konservativen Führung. Carson erblickte in der vorübergehenden Verweigerung der Meistbegünstigung sofort die dauernde Entziehung und beglückwünschte die Regierung »aus vollem Herzen« dazu:

»Jetzt haben wir, was die Handelsverträge anlangt, eine unbeschriebene Tafel durch den Kriegsausbruch erhalten: ich meine die Verträge mit den Hunnen, den Österreichern und unseren übrigen Feinden. Seien wir vorsichtig, was wir auf diese Tafel schreiben wollen [Beifall]. Ich für meinen Teil, der ich viele Jahre und während zweier Kriege mit der Rechtsprechung, auch immer von neuem betreffs der Meistbegünstigung mit allen ihren Verwickelungen und Anwendungen, zu tun hatte, ich würde sie am liebsten ganz aus der Diplomatie verschwinden sehen. Ich kann mir gar nichts Schädlicheres als die Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung zwischen verschiedenen Ländern für die von uns eingeschlagene wirtschaftliche Politik denken. Die Abschaffung dieser Klausel in Beziehung zu Deutschland kann ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung eintreten . . . Ich stimme darin ganz mit dem Vorredner [Asquith] überein, daß beim Abschluß des Krieges die alten Schlagwörter Tarifierform und Freihandel gar keinen Sinn mehr haben werden angesichts dessen, was diese Resolutionen erstreben. Meine Herren, Ihr Zweck ist weder Freihandel noch Tarifierform. Ihr Zweck ist unserm Lande zu nützen und Deutschland zu treffen, nichts weiter. Und über die Siege, die uns hier erwachsen, sollten sich Freihändler und Tarifierreformer in gleicher Weise freuen . . . Unser Volk aber, das durch unser ganzes Reich hindurch so viel erduldet, kann durch nichts mehr ermutigt werden, als wenn es unsern unbeugsamen Willen beobachtet: Deutsche niemals wieder so fest mit unserm wirtschaftlichen und finanziellen Getriebe ver wachsen zu lassen.«

Nach Bonar Law endlich wäre die unerschütterte Beherrschung der See durch die Flotte das Glück Englands gewesen. Deutschland, von dem Seeverkehr abgeschnitten, habe jedoch die zweite Seite nationaler Geltung schärfer als je hervortreten lassen: die möglichst selbstgenügende und vielseitige eigene Produktion. Wäre England von Außenhandel und Seeschiffahrt ebenso abgeschnitten gewesen, wie ganz anders hätte es dagestanden als Deutschland. Nach deutscher Art die eigenen Produktivkräfte zu entwickeln, die Abhängigkeit von fremder, feindlicher Produktion zu vermindern sei deshalb ein hervorragendes englisches Interesse, gerade nach dem Krieg. Gegen Sir J. Simon, den grundsätzlichen Freihändler und Gegner der Wehrpflicht, gewendet, führte Bonar Law alsdann aus:

»Worauf zielt die Rede des verehrten Abgeordneten für Walthamstow? Sie kann nur eines bezwecken, nämlich daß von dem Augenblick des Friedensschlusses ab Deutschland mit seinen Waren genau so wie früher bei uns Zutritt haben solle. Ich glaube voraussagen zu können, daß nicht nur jetzt sondern noch auf lange hinaus ein Parlamentskandidat mit solchem Programm sehr geringe Aussicht haben würde hier herein zu kommen, und daß jede Partei mit einem solchen Programm ein Menschenalter lang unbedingt abdanken würde . . . Solange für die Zukunft die gleiche Gefahr wie für die Vergangenheit besteht: daß nämlich für Deutschland sein wirtschaftliches Vordringen, im britischen Reich oder sonstwo, nur zur Aufrichtung seiner militärischen Organisation, im Hinblick auf den Krieg und zur

Vorbereitung des Krieges, dient, solange ich solches für möglich halte, kann ich mich nicht bereit erklären deutsche Waren in gleicher Weise hereinzulassen wie früher [Beifall].«

Neben dem Manchestermann Sir Simon war es eigentlich nur der Sozialist Snowden, der vor einer dauernden wirtschaftlichen Trennung Europas in zwei tödlich verfeindete Lager warnte.



AN dem Willen der englischen, liberalen oder konservativen Machthaber den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland auch nach Niederlegung der Waffen rastlos fortzusetzen wird man also keinen Augenblick zweifeln dürfen. Der Siegespreis ist hier abermals für England viel lockender als für seine Bundesgenossen. Daheim wie in den verbündeten Ländern würde meistens an Stelle des Industrielandes Deutschland nicht die Entente in allen ihren Teilen, sondern vorwiegend das eine Land der ältesten industriellen Entwicklung, eben England, treten. Auch im Wirtschaftskrieg hätten die alliierten Länder wohl die billige Schadenfreude Deutschland bedrängt und geschädigt zu sehen; England dagegen fiele der wirkliche Kampftrug in den Schoß.

Jedoch gerade deshalb sehen wir die kontinentalen, heute deutschfeindlichen Länder nur zögernd der neuen britischen Anstachelung und Führung folgen. Vollends das agrarische Rußland mit seinem ungeheuren Interesse am deutschen Markt und am deutschen Kapitalzufluß verspürt bisher nur geringe Neigung sich selber vom deutschen Markt abzuschneiden, lediglich um daheim an Stelle der behaupteten deutschen wirtschaftlichen Vorherrschaft die sichere englische Alleinherrschaft einzutauschen. Und wenn wirtschaftlicher Einfluß wirklich so einfach auf der andern Seite weltpolitische Abhängigkeit mit sich brächte, so hätte die Wirtschaftsverbinding mit Deutschland zwar die ungehinderte Geltendmachung der russischen Balkaninteressen beengt, die Stärkung Englands jedoch würde die freie Entfaltung Rußlands auf fast allen weltpolitischen Wegen kreuzen. Kann man deshalb so leicht an die Einbeziehung Rußlands in die Netze des englischen Wirtschaftskrieges glauben?

Noch ruht die nächste Entscheidung bei den Waffen und dem daraus hervorgehenden Frieden, der hoffentlich der fernern Ausführung der Pariser Wirtschaftsbeschlüsse gründlich Vorbauern wird. Was aber der Frieden selber nicht sollte sichern können, das wird bei den England verbündeten Mächten hoffentlich die wachsende Erkenntnis erzielen: was zunehmende englische Vorherrschaft und was wachsende internationale Völkerebständigkeit für alle modernen Staaten, einschließlich der heutigen Verbündeten und Schlachtopfer Englands, bedeutet.

XX
LUDWIG QUESSEL · DIE BEDEUTUNG DER SEEGELTUNG



MJahr 1892 erschien das Werk des amerikanischen Marineoffiziers A. T. Mahan über den Einfluß der Seemacht auf die französische Revolution und das Kaiserreich, von dem ein so überraschender Umschwung des Denkens der europäischen Kontinentalvölker ausging, daß in diesem Krieg englische Marineschriftsteller klagten, Mahan habe, obwohl er als guter Angelsachse die Taten der bri-

tischen Flotte und ihre Herrschaft über die Meere in seinem Werk verherrlichte, doch seinem Mutterland unendlichen Schaden zugefügt, weil er den anderen Völkern die Augen über die Bedeutung der Seegewalt öffnete und sie damit unbewußt anspornte sich der Abhängigkeit von England durch den Bau eigener Flotten so schnell und so gründlich wie möglich zu entziehen. Wer nun das Mahansche Werk, das nach dem Urteil der britischen Marineschriftsteller ungewollt so viel zur Gefährdung der britischen Seeherrschaft durch Entfaltung des maritimen Wettbewerbs der Kontinentalvölker beigetragen haben soll, aufmerksam liest, muß zunächst feststellen, daß es eine große Sachlichkeit offenbart, die bei Büchern, von denen starke politische Wirkungen ausgehen, nicht häufig zu finden ist. In einer quellklaren Beweisführung legt Mahan den Einfluß dar, den eine Macht zur See auf die Geschicke der Völker jederzeit gehabt hat, derart, daß ohne sie Staaten im Wettstreit der Nationen stets unterlegen sind. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Mahans Forschungen auch für die deutsche Politik von großer Bedeutung waren. Als Tirpitz 1897 die Leitung unseres Marineamts übernahm, war seine erste Sorge eine einwandfreie Übersetzung des Mahanschen Werkes zu veranlassen. Die Vizeadmirale Batsch und Paschen wurden mit dieser Aufgabe betraut, und als das Werk 1899 im Buchhandel erschien, legitimierte es sich durch den Vermerk, daß die Übersetzung »auf Veranlassung des Kaiserlichen Oberkommandos der Marine« ausgeführt worden sei, gewissermaßen als Programmschrift unserer obersten Marinebehörden.

Es ist zu bedauern, daß bisher kein Fachmann sich an die Aufgabe gemacht hat Mahans flottenpolitische Lehren gemeinverständlich darzustellen. Eine Vorstellung von seinen Forschungen gibt sein Überblick über den 23jährigen Krieg Englands gegen die französische Revolution und das Kaiserreich, dessen Wirkungen er wie folgt schildert:

»Die Aufgabe des Staatsmanns ist es den militärischen Oberbefehlshabern diejenigen nationalen Interessen zu bezeichnen, deren Verteidigung für das Leben der Nation er am wichtigsten hält, und ebenso die Ziele für Eroberungen und Zerstörungen, die dem Feinde am verderblichsten sind . . . Die Art und Weise, in welcher die militärische Macht die ihr [vom Staatsmann] zugewiesene Aufgabe löst . . ., sind technische Angelegenheiten, die der Staatsmann den Militär- und Marinebehörden überläßt . . . Welches war nun die allgemeine Anweisung der [englischen] Regierung [im Krieg gegen Frankreich]? . . . Als Holland erobert war, wurden die militärischen Anstrengungen Großbritanniens sofort auf das richtige Ziel gerichtet: die See zu beherrschen und Stellungen zu sichern, welche zu dieser Herrschaft und zur Entwicklung des Handels beitrugen . . . Die direkte angriffsweise Verwendung der Seemacht Englands bestand darin Frankreich auf sich selbst zu beschränken und ihm zugleich seine sämtlichen Hilfsquellen abzuschneiden . . . In Frankreich, das vom Lande wie von der See eingeschlossen, mit einer Million unter den Waffen, dem festen Entschluß Englands gegenübergestellt es durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen, waren die Gefahren und Leiden besonders groß . . . Selbst Proviant (und das heutige England wird gut tun sich dieser Tatsache zu erinnern) wurde als Kriegskonterbande erklärt auf Grund der damaligen Lage Frankreichs, welche der Hoffnung Raum gab es durch Hunger zum Frieden zu zwingen . . . Infolge des Verfalls der französischen Marine in den ersten Jahren des Krieges nahm die Republik nach 1795 tatsächlich von jedem weiteren Versuche Abstand England die Herrschaft zur See streitig zu machen. Eine notwendige Folge war das Verschwinden ihrer Handelsflotte, ein Resultat, das durch den Verlust der meisten ihrer Kolonien und durch den Zusammenbruch ihres Kolonialsystems . . . beschleunigt wurde. So groß war dieser Verlust, daß das Direk-

torium 1799 ohne Übertreibung den Ausdruck gebrauchen konnte: »Es ist unglücklicherweise nur zu wahr, daß es kein einziges Handelsschiff unter französischer Flagge auf dem Ozean gibt.« . . . Nach See zu war Frankreichs Kolonialreich vernichtet, seinen Fabriken das Rohmaterial abgeschnitten, seine Handelsschiffahrt vom Ozean verjagt. Im Jahre 1797 schrieb der Chef des Handelsamtes in Frankreich: »Die früheren Quellen unseres Wohlstandes sind entweder verloren oder versiegt. Unser . . . Fabrik- und Industriewesen ist fast erloschen.« . . . So groß waren die Leiden und die Armut Frankreichs in dieser Isolierung, daß Bonaparte 1797 schrieb »Entweder muß unsere Regierung die englische Monarchie zerstören, oder sie muß erwarten durch die Schändlichkeit und die Ränke dieser tätigen Insulaner selbst zerstört zu werden.« Durch die Herrschaft über die See, durch Zerstörung des französischen Kolonialsystems und Handels trieb England den Feind auf das Schlachtfeld des Kontinentalystems, wo sein sicherer Untergang gewiß war . . . Nicht durch große Unternehmungen am Lande sondern durch Beherrschung der See erlangten der ältere und der jüngere Pitt den Triumph ihres Landes . . . Durch die dem neutralen Handel auferlegten Beschränkungen stieg der britische Handel um 65 % von 1792 bis 1800 . . . Seine Seegewalt setzte England in den Stand das Warenhaus zu werden, wo die Produkte aller Nationen . . . zusammenströmten und von wo sie nach dem sturmdurchwehten und vom Krieg zerrissenen Kontinent verschifft wurden. Sein nasses Bollwerk, nach allen Richtungen von seiner starken Flotte durchkreuzt . . . begünstigte eine ungeheure Entwicklung seiner Industrie, seitdem die französischen und die holländischen aus Mangel an Rohmaterial . . . zum Stillstand gebracht waren. Großbritannien verhinderte die direkte Zufuhr tropischer Produkte nach dem Kontinent, aber ihre Wiederausfuhr aus seinen eigenen Häfen und die Ausfuhr britischer Fabrikate wurden die beiden Hauptquellen seines einzigartigen Aufblühens.«¹⁾

Nach den Erfahrungen zweier Kriegsjahre sind diese Mahanschen geschichtlichen Feststellungen für uns zur Wirklichkeit des Tages geworden. Ihre volle Bedeutung wird uns aber erst offenbar, wenn wir die Grundgedanken kennen, die ihnen als Basis dienen. Nach Mahan ist für die Angelsachsen die Seeherrschaft niemals etwas an sich Erstrebenswertes und Nützliches gewesen. Sie verdankt ihr Dasein nicht dem Taumel der Macht sondern war stets nur ein Mittel zum Zweck. »Die Marinen sind zum Schutz des Handels da«, sagt Mahan. In Kriegszeiten wird über das Sein oder Nichtsein des Handels einer Nation entschieden. Fällt er im Krieg, so brechen die Grundpfeiler, auf denen er ruht, unter ihm zusammen. Diese aber sind Industrie, Schifffahrt und Kolonien. Mahan sagt uns auch, warum ein Kampf eines Volkes mit England um die Freiheit der Meere ganz naturgemäß ein Kampf um Leben oder Tod sein muß. Im Bewußtsein der Angelsachsen wurzelt seit der großen englischen Revolution die Überzeugung, daß die Welt für zwei Industrie- und Handelsstaaten nun einmal nicht groß genug ist. Daraus ergibt sich für England die Notwendigkeit, wenn eine andere Nation ihm durch friedlichen Wettbewerb den ersten Platz streitig machen will, seine Seeherrschaft zu benutzen, um Industrie, Schifffahrt und Kolonien dieser Nation von Grund aus zu zerstören oder so weit zu schädigen, daß sie den Angelsachsen im friedlichen Wettbewerb nicht mehr gefährlich werden können. Diesem Schicksal verfielen nach einander Holland, Spanien und Frankreich. Niemals aber war, nach der Darstellung Mahans, England gezwungen lediglich seiner materiellen Interessen wegen gegen die Nationen, die durch ihren friedlichen Wettbewerb Englands industrielle und kommerzielle Suprematie bedrohten, seine maritime Kraft in Bewegung zu setzen, sondern immer konnte es durch göttliche Fügung dies in Verfolgung eines heiligen britischen Rechtsanspruchs oder in Ver-

¹⁾ Siehe Mahan Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte, 2. Band (Berlin 1899), pag. 657 ff.

teidigung eines erhabenen Grundsatzes der Menschheit tun. So kämpfte England von 1793 bis 1801 nicht für sich selbst sondern für die »Freiheit Europas« gegen die französische Revolution, und es mußte diesen Kampf 12 Jahre lang bis zur Vernichtung des Kaiserreichs im Interesse der europäischen Freiheit fortsetzen, weil »Bonaparte einfach die Mensch gewordene Revolution« darstellte. Die für das britische Volk so wohlthätige Folge dieses großen Kampfs gegen eine »umstürzlerische Revolution« war freilich, daß England aus dem großen Krieg unbestritten als die erste Industrie- und Handelsmacht der Welt hervorging.

Dieses Mahansche Buch hat nun Tirpitz bei seinem Amtsantritt dem deutschen Volk gewissermaßen als Schlüssel zu der angelsächsischen Politik unterbreitet, zu der Deutschland seiner Ansicht nach unbedingt Stellung nehmen mußte, weil es schon damals seine rapid anwachsende Bevölkerung nur noch im verschärften industriellen Wettbewerb mit England erhalten konnte, und weil gerade dieser friedliche Wettbewerb, den einzustellen nicht mehr in Deutschlands Macht lag, England dahin bringen konnte Deutschland mit Krieg zu überziehen, dessen oberster Zweck alsdann gar nichts anderes sein könne als die Zerstörung der Grundpfeiler des deutschen Handels, das heißt unserer Industrie, unserer Schifffahrt und unseres Kolonialsystems. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Tirpitz während seiner ganzen amtlichen Tätigkeit von der unerschütterlichen Überzeugung durchdrungen war, daß niemand das wahre Wesen der britischen Politik richtiger dargestellt habe als Mahan, dieser von heißer Liebe zu England erfüllte amerikanische Admiral. Auf dem Boden der Mahanschen Forschungen stehend, daß der Zweck der britischen Seeherrschaft der sei den friedlichen Wettbewerb, wenn er Englands industrielle und kommerzielle Suprematie auf dem Weltmarkt bedroht, in einem rechtzeitig zu entfachenden Kriegsbrand zu vernichten, konnte Tirpitz nicht an die Möglichkeit eines dauernden friedlichen Wettbewerbs mit England glauben, solange dieses ohne schweres Risiko tatsächlich die Macht habe den deutschen Wettbewerb zu vernichten. So wurde der Risikogedanke der Kompaß Tirpitzscher Flottenpolitik. Nicht eine Flotte wollte er bauen, die Englands Seegewalt erschüttern konnte; er wußte, daß England im maritimen Wettbewerb nie erlahmen würde. Wohl aber wollte er dem Deutschen Reich eine Seegeltung verschaffen, die England zwingen sollte sich mit Deutschlands friedlichem Wettbewerb abzufinden. So hoffte er durch Stärkung der deutschen Seegewalt Deutschland vor dem Schicksal Frankreichs bewahren zu können. Je stärker Deutschland zur See werde, um so größer werde auch, so argumentierte Tirpitz, Englands Risiko bei dem Vernichtungskrieg gegen den friedlichen deutschen Wettbewerb werden. Andersseits glaubte er, daß die Anziehungskraft Englands auf die Deutschland feindlich gesinnten Staatsmänner unwiderstehlich werden müsse, wenn Deutschland in seinen Seerüstungen erlahme. Daß diese Auffassung in der Tat nicht grundlos war, zeigt Delcassés Verhalten, der, ebenfalls unter dem Einfluß Mahans stehend, den Revanchekrieg gegen Deutschland predigte, weil diejenige Staatenkoalition, die die See beherrscht, die größten Aussichten für den Sieg habe, wie Frankreichs eigene Geschichte beweise. In einem am 12. Juli 1905 im Gaulois veröffentlichten Interview äußerte sich Delcassé hierüber wie folgt:

»Von welcher Bedeutung könnte die junge Flotte Deutschlands in einem Krieg sein, in dem England, das sage ich euch, sicher mit uns gegen Deutschland ist. Was würde aus Deutschlands Häfen, seinem Handel und seiner Schifffahrt werden? Sie werden vernichtet werden . . . Die Entente zwischen den beiden Ländern und die Koalition ihrer Flotten bildet eine so furchtbare Seekriegsmaschine, daß weder Deutschland noch eine andere Macht es wagen könnte sich einer solchen überwältigenden Seemacht entgegenzustellen.«²⁾

Das Interview Delcassés ist ein Beweis dafür, wie hoch man in Paris 10 Jahre vor dem Ausbruch des Weltkriegs die britische Seegewalt einschätzte. Von Delcassé sagt Fürst Bülow, daß er »das Instrument« war, »dessen sich unsere Gegner bedienen wollten, um uns zu treffen«:

»Durch ihn gedachten . . . diejenigen englischen Kreise, die uns unser Flottenprogramm nicht ausführen lassen wollten, Frankreich zum Kriegsbündnis mit England zu verleiten, um uns dann mit der englischen Flotte zu überfallen.«³⁾

Man kann daher wohl mit gutem Grund annehmen, daß Delcassé in jenem Interview die Absichten der englischen Regierung richtig zum Ausdruck gebracht hat. Der friedliche Wettbewerb Deutschlands sollte durch Zerstörung von Deutschlands Handel und Schifffahrt schnell vernichtet werden, ehe eine Flotte zu seinem Schutz entstand. Delcassés sorgfältig überlegte Äußerungen zeigen uns, was wir in diesem Krieg tatsächlich unserer Marine zu verdanken haben. England hat bis jetzt, in 2 Jahren Weltkrieg, die deutschen Häfen und die deutschen Kauffahrteischiffe, die sich dort befinden, nicht zerstören können. Es hat auch den vor 10 Jahren ausgearbeiteten Plan den Krieg durch Truppenlandungen an unserer Nordseeküste schnell auf deutsches Gebiet zu tragen bis jetzt nicht ausführen können. So stark ist unsere Flotte seit 1905 schon geworden, daß Pläne, die damals leicht zu verwirklichen schienen, heute mit einem solchen Risiko behaftet sind, daß man in 2 Kriegsjahren ihrer Verwirklichung überhaupt nicht näher trat.

Wird nach Beendigung des Krieges die Bedeutung der Seegewalt für Deutschland geringer werden? Es ist nicht recht abzusehen, wie das zugehen sollte, wenn Deutschland seine Industrien, seine Schifffahrt, sein Kolonisationswerk vor englischen Überfällen schützen will. Die Freiheit der Meere kann nicht durch papierene Verträge gewonnen werden, die England, wie Mahan überzeugend nachgewiesen hat, immer seinem Machtwillen entsprechend interpretiert hat, sondern nur durch die Vereinigung der Seekräfte derjenigen Staaten, die, sei es in Europa sei es in Asien, von der britischen Seegewalt bedroht werden. Gegen die englische Seetyrannei sind Formalitäten nicht wirksam. Wer diesen Krieg miterlebt hat, kann nicht mehr daran zweifeln, daß die britischen Staatsmänner noch ganz von den Ideen rücksichtsloser Gewaltpolitik zur Ausschaltung des England unliebsamen friedlichen Wettbewerbs erfüllt sind, die die Seele der beiden Pitts in den großen Kriegen gegen Frankreich erfüllten.

Noch ist die Geschichte des englischen Seekriegs gegen Deutschland nicht geschrieben. Doch stehen manche seiner wichtigsten Lehren schon fest. Gegen die englische Hungerblockade hat Deutschland, wenn uns auch Rußland als Feind gegenübersteht, als Waffe nur die heimische landwirtschaftliche Produktion. Ihre Leistungen sind bedeutend, wenn sie auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Krieg gewisse Grenzen nicht überschreiten

²⁾ Siehe Morel Morocco in Diplomacy /London 1912/, pag. 107.

³⁾ Siehe Fürst von Bülow Deutsche Politik /Berlin 1915/, pag. 103.

kann. Mit einem neutralen Rußland an unserer Seite würde in einem zweiten Koalitionskrieg, den England gegen uns vorbereitet, der britische Aushungerungsversuch ganz und gar ein Schwert von Pappe sein. Für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft wäre es aber entscheidend, wenn wir uns in den Stand setzen könnten auch während eines Krieges uns die Zufuhr von Rohstoffen für unsere Industrie offenzuhalten sowie die Ausfuhr unserer Fabrikate zu bewerkstelligen. Daß das Unterseehandelsboot das freie Meer nicht ersetzen kann, ist hier schon hervorgehoben worden.⁴⁾ Freiheit der Meere bedeutet für uns also Sicherung unseres Wirtschaftslebens vor der britischen Seegewalt. So betrachtet ist sie eine Forderung, auf die gerade die deutsche Arbeiterklasse nicht verzichten kann. Von ihr hängt unsere Existenz, unsere Zukunft ab. Die Arbeiterklasse, die in ihren eigenen Wirtschaftskämpfen gelernt hat wirtschaftlich zu denken, die immer mehr erkannt hat, daß das Gedeihen der Industrie nicht nur die Sache der Unternehmer sondern in noch viel höherem Maß ihre eigene Sache ist, die daher zu deren Verteidigung im Krieg mit den Arbeitgebern zusammensteht, begreift von Tag zu Tag mehr, daß gegenüber der britischen Seetyrannei, die ständig unser Dasein bedroht, keine andere Freiheit so kostbar für uns ist wie die der Meere, von der in Wahrheit das Wort gilt, daß Brot Freiheit ist und Freiheit Brot.

XX

WILHELM JANSSON · WIRTSCHAFT UND GEWERKSCHAFT NACH DEM KRIEG



IE Vorbereitungen der feindlichen Länder zur Fortsetzung des Handelskrieges nach dem offiziellen Friedensschluß werden mit großer Intensität weitergeführt. England hat es meisterhaft verstanden einzelne seiner Verbündeten für den Plan zu gewinnen. Und auch in der neutralen Welt konnte mit Erfolg Stimmung für eine wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands gemacht werden; in Schweden hat man sich sogar im führenden Blatt der Sozialdemokratie dafür eingesetzt das Land in den wirtschaftlichen Einkreisungsring um Deutschland einzubeziehen. Aus Rußland freilich werden immer bedeutungsvollere Stimmen laut, die vor dem englischen Karren warnen und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Deutschland als eine dringende Notwendigkeit für die russische Wirtschaft selbst bezeichnen. Diese nüchterne Auffassung der Dinge auf russischer Seite darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Engländer ihren Handelskrieg sehr ernst meinen und mit altgewohnter Zähigkeit an die Vorbereitungen herangegangen sind.

Ich lasse es dahingestellt sein, ob die großen Zollpläne zum Ausschluß Deutschlands von den anglo-französischen Märkten in vollem Umfang durchführbar sind. Darauf allein kommt es auch gar nicht an. Dagegen ist es unzweifelhaft, daß der deutsche Absatz nach dem britischen Imperium schweren Hindernissen begegnen wird. Nicht nur die Völkerverhetzung, die der Krieg erzeugte, wird solche Folgen haben, sondern auch die in Aussicht stehenden handelspolitischen Maßnahmen des Größern Britanniens. Die Pläne Chamberlains sind heute zur Verwirklichung reif. Die

⁴⁾ Siehe die Rundschau Politik und Verkehr, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 763, und 779.

eingehenden Studien, die britischerseits während des Krieges auf allen Märkten betrieben wurden, um die deutschen Exportwaren erfolgreich nachmachen zu können, werden beim Durchdringen des Weltmarkts mit englischen Erzeugnissen nicht ohne Wirkung bleiben. Dazu kommt die Vorzugsstellung Englands in der Versorgung mit gewissen Rohstoffen, die es während des Krieges aufstapeln konnte, und zwar zu Preisen, die nach dem Krieg lange Zeit als *tabelhaft billig* angesehen werden dürften. Auch die in weitestem Maß durchgeführte Charterung fremder Schiffe wird den englischen Tonnagebedarf nach dem Krieg wohl nicht ganz befriedigen, aber doch einen Vorzug gegenüber anderen industrietreibenden Völkern gewährleisten. Kein Zweifel also, daß schon aus den angeführten Gründen der Wettbewerb mit England unter erschwerten Bedingungen vor sich gehen wird, auch wenn nicht alle englischen Zukunftsträume sich in Taten umsetzen lassen. Für die deutsche Volkswirtschaft erwächst jedenfalls aus dieser Lage der Dinge die Pflicht sich rechtzeitig zu orientieren. Die mehr als 2jährige Einstellung des industriellen Exports bei starker Ausnutzung der Einfuhrmöglichkeiten hat uns zudem einen Valutafall gebracht, der bei der Beschaffung eines Teils der Rohstoffe nach dem Krieg sehr hinderlich sein und unsere Produktion verteuern wird. Auch das wird den Wettbewerb auf dem Weltmarkt erschweren. Andererseits wird der niedrige Stand der deutschen Valuta den Arbeitermassen auf eine Reihe von Jahren die Lebenshaltung verteuern. Die einzuführenden kolonialen Lebensmittel müssen zu hohen Preisen und bei niedrigem Valutastand angekauft werden, so daß der Konsument im Inland schwere Preise zu zahlen haben wird.

Die Gewerkschaften werden durch diese Gestaltung der Dinge schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die heutigen kriegsindustriellen Löhne werden bei der Überleitung in die Friedenswirtschaft kaum überall aufrechterhalten werden können. Gelingt nicht eine rechtzeitige Verständigung mit dem maßgebenden Unternehmertum über die Zahlung angemessener Löhne, dann werden wir bald nach Friedensschluß auf der ganzen Front wirtschaftliche Kämpfe haben, die aus der Teuerung geboren werden und der deutschen Volkswirtschaft in jener kommenden, an sich schwierigen Situation weitere Wunden schlagen werden. Die Pflicht der rechtzeitigen Orientierung obliegt daher nicht nur der Regierung in ihrer Handelspolitik sondern auch den Unternehmern und Arbeitern. Für diese beiden Gruppen sollte die Verständigung in der Lohnfrage allen anderen Dingen vorangehen, damit wir für die erste Zeit nach dem Krieg von größeren Wirtschaftskämpfen verschont bleiben. Das setzt voraus, daß die Unternehmer sich über die Verteuerung der Lebenshaltung klar werden und solche Löhne zu zahlen sich bereit finden, die dem Arbeiterhaushalt einen Ausgleich mit den Lebensmittelpreisen gewähren. Die Teuerung haben wir in den anderen Ländern auch; relativ wird ihre Kurve während des Krieges trotz allen Abschließungen ziemlich gleichmäßig laufen, und die Lohnfrage wird daher überall die gleiche Rolle spielen, sobald der Burgfrieden des Krieges sein Ende findet. Wer am schnellsten die Lohnfrage gelöst hat, wird einen Vorsprung vor dem Konkurrenten haben, der seine Produktivkraft in wirtschaftlichen Kämpfen lähmt. Auch müssen wir gewerkschaftlicherseits unbedingt an der Forderung festhalten, daß der Arbeiterschutz baldmöglichst wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt wird. Solange die

Kriegswirtschaft infolge des Mangels an männlichen Arbeitern gewisser Ausnahmen bedarf, werden wir uns wie bisher damit abfinden müssen; aber nur so lange, bis genügend männliche Arbeitskraft wieder verfügbar ist. Für die Heimarbeit werden neue Probleme entstehen, die ein schnelleres Tempo der Gesetzgebung zum Schutz von Kriegsinvaliden, Frauen und Kindern in der Hausindustrie notwendig machen. Außerdem hat der Krieg selbst neue sozialpolitische Materien geschaffen, deren Erörterung aber nicht der Zweck dieses Aufsatzes ist.

Ich habe diese wenigen Arbeiterforderungen vorangestellt, weil ihre Erfüllung mir für die Lösung der anderen Fragen als Voraussetzung erscheint. Das große Hauptproblem der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg wird die schnelle Organisation der Ausfuhr sein. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst, sagt das alte Sprichwort, und das wird nach dem Friedensschluß sich wieder bewahrheiten. In allen kriegführenden Ländern sind die Vorräte an industriellen Erzeugnissen dezimiert, und die Nachfrage wird groß sein. Auch England ist davon nicht ausgenommen, denn es hat seit Kriegsausbruch seine Industrie auf die Kriegsbedürfnisse eingestellt und nur die Vorbereitungen für den Wettkampf nach dem Krieg treffen können. Es ist freilich in seiner Valuta besser gestellt als Deutschland, was für seine Einfuhr von Wert ist. Sind wir am Ende des Krieges vorbereitet unsern Anteil an der Befriedigung des Weltmarktbedarfs zu übernehmen, dann werden manche englische Boykottandrohungen nur phantastische Träume bleiben. Die schnelle Ausfuhrorganisation allein kann eine Hebung der Valuta bringen, die wir nicht nur für die Preisbildung auf dem innern Markt brauchen sondern auch für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industriegruppen, die ihre Rohstoffe in der Hauptsache einführen müssen. Je schneller das gelingt, desto besser für die Arbeitermassen, die als Konsumenten an billigeren Lebensmittelpreisen interessiert sind.

Der Stand der Valuta zwingt uns noch eine andere Frage auf, die nicht im Handumdrehen beantwortet ist. Eine Steigerung des deutschen Geldwerts ist für den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Ausland von größter Bedeutung, auch für die Arbeiter, denn davon hängt auch die Kaufkraft ihres Lohnes zum guten Teil ab. Falls aber gleich nach dem Krieg alle fehlenden Rohstoffbestände wieder plötzlich ergänzt werden sollten, dürfte der deutsche Geldwert noch recht lange seinen niedrigen Stand behalten. Auch hier bedarf es der organisatorischen Regelung. Es wird viel darauf ankommen gerade diejenigen Ausfuhrindustrien zu fördern, die ihren Rohstoffbedarf im wesentlichen im Inland decken können. Für diese wird der niedrige Valutastand eventuell die Konkurrenz draußen erleichtern, weil sie beim Absatz gegenüber dem höhern Geldwert des Auslands im Vorteil sind. Das ist erst kürzlich beim Bedarf von Eisenbahnmaterial einer neutralen Eisenbahnverwaltung an den Tag getreten, die die Kursdifferenz von mehr als 30 % gern ausnutzte. Eine genaue Beobachtung dieser Verhältnisse dürfte eine schnellere Rückkehr zu normalen Verhältnissen bewirken können als sie sonst zu erwarten wäre. Das Reich darf nicht davor zurückschrecken auch eine Weile nach dem Krieg in den Auslandshandel regelnd, nicht bevormundend einzugreifen.

Allein die Förderung der Ausfuhr bedingt auch eine Steigerung der Produktivität der Industrie. Die Zahl der durch den Krieg ver-

lorenen Arbeitskräfte ist sehr groß, noch größer die Zahl der Kräfte, die aus dem Krieg geschwächt und geschädigt heimkehren. Das bedeutet eine Beeinträchtigung der industriellen Produktivität. Diesen Zustand zu paralysieren müssen Mittel und Wege gefunden werden.

Das primitivste dieser Mittel ist die von vielen Unternehmern bei jeder guten Konjunktur praktizierte Verlängerung der Arbeitszeit. Daß Überstunden und Sonntagsarbeit bezahlt werden, in Vertragsgewerben sogar höher als gewöhnliche Tagesarbeit, ändert an dem primitiven Charakter dieses Mittels nichts. Die längere Arbeitszeit täuscht nur im Einzelfall eine höhere Produktivität vor, auf die Dauer setzt sie diese vielmehr herab, weil die Arbeitskräfte schneller verbraucht werden, die Heranziehung neuer qualifizierter Arbeitskräfte aber durch überlange Arbeitszeit beeinträchtigt wird. Schonung der nach dem Krieg verbleibenden Arbeitskraft wird mehr denn je eine Notwendigkeit, soll die deutsche Volkswirtschaft die kommenden Konkurrenzkämpfe erfolgreich bestehen können.

Die Steigerung der Arbeitsintensität muß daher auf anderm Weg erreicht werden. Da ist zunächst die Entwicklung der Technik zur höchsten Vollendung ins Auge zu fassen. Es ist ein großer Irrtum, daß die industrielle Technik in Deutschland schon die höchste heute mögliche Stufe erreicht hat. Selbst in den größten Industriebetrieben finden wir neben den modernsten, Arbeitskraft und Energie sparenden technischen Vorrichtungen noch alte Methoden des Arbeitsprozesses neberherlaufen; ihr Ersatz erfordert wohl zunächst einen Kapitalaufwand, der aber in Anbetracht der kommenden Aufgaben nicht gescheut werden darf. Selbst in den Großbetrieben der Schwereisenindustrie zum Beispiel, die in Deutschland technisch Mustergültiges leisten, gibt es noch derartige technische Fossilien, die leicht und zugunsten der Produktivität ausgemerzt werden können.

Nicht minder wichtig erscheint die monopolistische Zusammenfassung einzelner Industrien, die sowohl auf gesetzlichem Weg wie auf dem freier Vereinbarung vor sich gehen kann. Das Monopol kann gerade im Auslandshandel Großes leisten, teils durch die Konzentration des Rohstoffbezugs teils aber, und das ist das Wichtigere, durch die technische Spezialisierung. Es liegt in der Natur des Monopols, daß es eine größere Stabilität in der Produktion herbeiführt und die Anarchie ausschaltet. Auf dem Weg der monopolistischen Organisation läßt sich die Arbeitsteilung innerhalb der Industrie selbst weit rationeller durchführen als es die Wirkungen der freien Konkurrenz vermögen. Auch für die Entwicklung zu Qualitätsleistungen, die für die Zukunft der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt die gleiche große Rolle wie bisher spielen wird, kann das Monopol von größtem Wert werden. Dabei soll gewiß nicht übersehen werden, daß Monopole in sich die Gefahr einer technischen Stagnation bergen können. Aber diese Gefahr ist am größten dann, wenn es sich um die Monopolisierung solcher Industrien handelt, die unter dem Schutz hoher Zollmauern in der Hauptsache für den Inlandsmarkt arbeiten. Hier muß durch die Gesetzgebung Vorsorge getroffen werden, daß die Möglichkeit der Entstehung von Konkurrenz durch neue monopolfreie Betriebe einer technischen Stagnation vorbeugt. Das läßt sich zum Beispiel dadurch bewirken, daß den Abnehmerorganisationen das gesetzliche Recht eingeräumt

wird für ihren eigenen Bedarf Produktionsbetriebe auch im Gebiet gesetzlich monopolisierter Industrien zu errichten, wie man auch Großunternehmungen das gleiche Recht wird zugestehen müssen. Auch der Abbau zu hoher Zollmauern, die den notwendigen Schutz der nationalen Produktion übersteigen, muß ins Auge gefaßt werden. Werden solche Vorkehrungen getroffen, so ist die Gefahr einer technischen Stagnation im Monopolbetrieb auf das Mindestmaß herabgedrückt. Vielmehr werden dann die Monopole die Arbeitsteilung, die Qualitätsproduktion und die Vorvollkommung der Technik im eigenen Interesse zu fördern bestrebt sein.

Die Entwicklung zur Qualitätsarbeit in höchster Potenz bedingt aber auch ein weises Haushalten mit der Arbeitskraft und eine weitere Vollendung der technischen **Ausbildung** von Qualitätsarbeitern. Kein Zweifel, die berufliche Ausbildung hat in Deutschland bereits eine hohe Stufe erreicht, sie ist von der Zeit der Zünfte her sozusagen gewerbliche Tradition. Aber es darf nicht verkannt werden, daß mit der großindustriell-kapitalistischen Entwicklung doch ein Nachlassen, nicht im Bildungseifer der deutschen Arbeiter, wohl aber in der Umsicht der Unternehmer auf diesem Gebiet sich geltend gemacht hat. Die maschinelle Arbeit in der Großindustrie bringt es mit sich, daß Arbeitskräfte für die Bedienung einer Maschine relativ leicht angelernt werden können, so daß das subjektive Unternehmerinteresse an der Heranbildung von qualifizierten Arbeitern beeinträchtigt wird. Es soll damit kein allgemeiner Vorwurf gegen das Unternehmertum erhoben werden, dazu ist die Zeit wenig geeignet und die Frage auch vom gewerkschaftlichen wie volkswirtschaftlichen Standpunkt im gegenwärtigen Moment viel zu bedeutungsvoll, als daß man ihre Lösung durch gegenseitige Vorwürfe erschweren sollte. Ich zeichne nur eine durch die großindustrielle Entwicklung hervorgerufene Tendenz und leugne keineswegs, daß einzelne Großbetriebe, besonders der Metallindustrie, in der Heranbildung des Nachwuchses manches geleistet haben. Notwendig ist es aber, daß diese Leistung allgemein wird. Das Handwerk als solches reicht heute nicht zur Heranbildung des Arbeiterstammes aus. Es ist gewiß nicht ausgestorben, wie eine allzu orthodox angewendete Theorie es uns als Folge der kapitalistischen Entwicklung in Aussicht stellte. Aber es hat eine andere Betätigung erhalten und ist vielfach zum Anhängsel der Großindustrie geworden. Daher auch die ewigen Klagen über schlechte Ausbildung der Lehrlinge im Handwerk, die zwar die Gewerbeschulen ordnungsgemäß besuchen, aber in der praktischen Ausbildung im Lehrbetrieb vernachlässigt werden.

Die Gewerkschaften haben als integrierende Träger des Produktionsprozesses ein hohes Interesse an der beruflichen Ausbildung des Nachwuchses. Das haben sie bisher nicht nur durch Worte sondern durch Taten bewiesen. Nicht allein, daß sie durch tarifliche Abmachungen die Ausbildung des Nachwuchses sicherzustellen und eine Überflutung einzelner Gewerbe mit Lehrlingen zu verhindern suchten, sie haben auch durch Kontrolle der Lehrlingsverhältnisse und durch Vorträge und Literatur die Berufsausbildung gefördert, wo sie es nur konnten. Von dieser ihrer Tätigkeit, wie von so mancher andern gewerkschaftlichen Arbeit, hat die Öffentlichkeit, haben die Behörden recht wenig Notiz genommen. Das darf so nicht weiter gehen. Es ist vielmehr notwendig, daß alle Teile sich der wichtigen Frage der Heranziehung von Qualitätsarbeitern widmen. Dies

kann nur durch eine allgemeine Steigerung der Berufsausbildung erreicht werden. Auch die Unternehmer müssen sich damit abfinden, daß die Gewerkschaften sich Einfluß auf die Lehrlinge verschaffen, denn das ist eben zur Kontrolle und Förderung der Berufsausbildung notwendig. Die Gewerkschaften sind hier in besonderm Maß zur Mitarbeit berufen; denn gerade sie haben an der Frage ein ganz anderes Interesse als der einzelne Unternehmer, für den der Lehrling leider viel zu oft nichts als eine billige Arbeitskraft ist. Die Hebung der beruflichen Tüchtigkeit ist aber eine Voraussetzung für gewerbliche und industrielle Leistungen, die wiederum für die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die höchste erreichbare technische Leistungsfähigkeit, die bestmögliche Berufsausbildung der Arbeiter und Angestellten, möglichst große Schonung der Arbeitskräfte und deren ausreichende Entlohnung und schließlich straffste Organisation der Volkswirtschaft: das sind Vorbedingungen für die Erzielung höchster Produktivität, ohne die der Wettbewerb auf dem Weltmarkt nach dem Krieg nicht erfolgreich bestanden werden kann. Für die einzigen Vertreter des *wahren Klassenkampfes* mag all das platter *Vertrau* am Sozialismus sein. Das erfuhr ich bei der Herausgabe des gewerkschaftlichen Kriegsbuchs zur Genüge. Aber das darf uns nicht davon abhalten die Realitäten ins Auge zu fassen. Denn auch die Interessen der Arbeiterklasse sind nur auf dem Boden der Tatsachen wahrzunehmen und zu fördern. Die Gewerkschaften können jedenfalls an diesen nicht vorübergehen; ihre ganzen Aufgaben sind vielmehr ihrer Natur nach solche, die sich nicht von den Anforderungen der Gegenwart loslösen lassen. Das haben wir in unserm bisherigen Wirken berücksichtigen müssen, und die Zukunft wird es, der weit schwierigern Lage entsprechend, erst recht notwendig machen.

XX
HEINRICH PEUS · NATIONALE UND SOZIALISTISCHE AUFGABEN DER REICHSKONFERENZ



EIN Parteitag, nur eine Reichskonferenz. Neuwahlen des Vorstands und der anderen Instanzen sollen nicht erfolgen. Aber die Haltung der Partei soll beraten werden. Man nimmt nun Anstoß an der Zusammensetzung der Konferenz. Der Parteiausschuß werde zu Unrecht dort vertreten sein; seine Teilnahme sei statutarisch nicht gerechtfertigt. Diese Animosität gegen die *Parteibureaukratie* hat offenbar nur zeitliche Ursachen. Wäre die Bureaukratie für die Opposition, dann wären die Inhaber der Parteiämter *alterfahrene, im Parteidienst ergraute Kämpfer*, auf deren reifes Urteil unendlich viel ankomme. Und in der Tat sind die Träger und Führer der Organisation wirklich auch in sehr erheblichem Maß mit berufen über die das Schicksal eben dieser Organisation bestimmende Taktik mit zu entscheiden; wenn auch nicht gelegnet werden darf, daß das andere Element der Partei, das von jeglichem Amt unbelastet mitwirkt, nicht minder berufen ist sein Urteil abzugeben. Wer an der formalen Zusammensetzung der Reichskonferenz Anstoß nimmt, muß glauben, daß die gewöhnliche Zusammensetzung eines Parteitags das Vollkommenste des Vollkommenen sei, so daß, wenn nur die statutarischen

Formalien erfüllt seien, es über jeden Zweifel erhaben wäre, daß dann die Meinung eines solchen Parteitags nicht nur die Meinung der deutschen Sozialdemokratie sondern auch die absolut richtige Meinung sei. Ich glaube, angesichts der Geschichte der sozialdemokratischen Parteitage tun wir gut von solcher Heiligsprechung der Beschlüsse unserer Parteitage lieber abzu- sehen. Zu Parteikonzilien sollen wir unsere Parteitage nicht machen wollen. Es wäre unendlich viel besser, wenn wir weniger darnach trachteten uns gegenseitig zu besiegen als vielmehr uns gegenseitig wirklich zu überzeugen, genau festzustellen, wie wir alle denken, strengstens auf alle moralische, besonders parteimoralische Qualifizierung verzichteten und dann unsere Beschlüsse so leidenschaftslos wie möglich zustande brächten.

Indes, lassen wir einmal alles Formale beiseite. Die Hauptsache ist ja doch nicht, ob diese Zusammenkunft Parteitag oder Reichskonferenz heißt, sondern welches der Inhalt ihrer Verhandlungen ist. Und da kommt alles darauf an, daß man sich, unbekümmert um Äußerlichkeiten, von vornherein auf den Kernpunkt der zu entscheidenden Sache konzentriert. Der Vorstand zumal muß wissen, was er will. Und alle anderen, die sich für die Entwicklung und das Schicksal der Partei, der deutschen Arbeiterklasse, ja des deutschen Volkes verantwortlich fühlen, auch.

Das Allerverkehrteste wäre, wenn man das Hauptgewicht der Verhandlungen auf die Vergangenheit, auf die Vorgänge in der Partei in den beiden letzten Jahren legen wollte. Unbeachtet und unbetrachtet kann gewiß nicht bleiben, was passiert ist. Aber wenn die Parteigenossen des ganzen Reichs nur zusammenkämen, um sich gegenseitig gehässig zu kritisieren, sich wütend anzuschreien und einander zu beweisen, daß der andere nicht nur unrecht habe sondern auch ein Verräter oder ein Dummkopf sei, dann wäre es schade um die Zeit und die Kraft, die aufgewendet würden, in einem Augenblick, wo unsere Brüder und Söhne im furchtbarsten Kampf mit dem immer wütender anstürmenden Feind stehen. Auf der andern Seite geht es auch nicht an uns nur mit dem, was die Zukunft bringen werde, in dem Sinn zu beschäftigen, als ob dieser schreckliche Krieg nur ein störendes Zwischenglied sei. Es gibt Parteigenossen, die da meinen, der Krieg sei eine Art Interregnum im Parteileben. Nur der Krieg erzeuge und verwirre die Geister in der Partei. Komme erst der Friede wieder, dann würden diese Geister sich auch automatisch wieder zusammenfinden. Und darum müsse man sich über den Krieg nicht zu sehr echauffieren, jetzt lieber ruhig sein, warten, bis das Gewitter vorüber sei, und dann, wenn wieder Friede wäre, könne die alte Parteiarbeit wieder so schön beginnen wie man sie früher so schön in Einigkeit getan habe. Diese Auffassung ist zu naiv und besteht nicht vor der harten Wirklichkeit.

Nein, nicht die Vergangenheit und nicht die spätere Zukunft der Partei ist jetzt die Hauptsache, sondern ihre Gegenwart. Die Arbeit der Reichskonferenz muß darin bestehen gerade jetzt, in der Kriegssituation, die Probleme klarzulegen. Erst dann zum Krieg Stellung nehmen zu wollen, wenn er vorüber ist, heißt auf alle wirkliche Politik verzichten. Die Arbeit des Aktensammlers nach dem Krieg kann irgendein fleißiger Bücherwurm nach dem Krieg leisten. Aber es wäre sehr zu bedauern, wenn er dann darüber berichten müßte, daß in der Partei der Mut gefehlt habe inmitten des Kampfes die Entscheidung so zu fällen, als ob allein von ihr selber

das Schicksal nicht nur der Partei, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen deutschen Volkes abhinge. Die Partei wäre dann geschichtlich erledigt.

Es trifft sich gut, daß kurz vor der Reichskonferenz zwei so hervorragende konservative Politiker wie Herr von Heydebrand und Graf Westarp sich über das Thema der Neuorientierung ausgesprochen haben, der eine in seiner Frankfurter Rede, der andere in seinem Brief an den nationalliberalen Dresdener Syndikus Lißke. Wir können es vielleicht bedauern, daß diesen so einflußreichen Männern ihre politische Einsicht noch nicht gestattet uns besser zu verstehen, der sozialistischen und demokratischen Bewegung größeres Verständnis entgegenzubringen. Immerhin sei hier festgehalten, daß Herr von Heydebrand die folgenden Worte gesagt hat: »Wenn man in einem Hause zusammengestanden hat, das so berannt worden ist, in das so der Feuerbrand hineingeworfen worden ist, wo alle Glieder bis zum letzten so gekämpft haben und so kämpfen, um sich ihrer Feinde zu erwehren und das Haus zu erhalten, da kann man hinterher nicht tun, als kennte man den einen oder andern nicht, der in dieser Stunde der Gefahr neben einem gestanden hat.« Bravo und Händeklatschen verzeichnet der Bericht bei diesen Worten des Redners, und dieser quittierte darauf mit den Worten: »Das kann man nicht, und das wird man auch nicht.« Dieses Wort wird hoffentlich noch einmal gute Wirkung tun. Aber der selbe Herr von Heydebrand, der so gesprochen, warf auch die Frage auf: »Wie kann man einer Partei, die in der Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt eines ihrer Hauptziele sieht, ein volles Gleichgewicht zugestehen mit denjenigen Volksteilen, die eben nur in dem eigenen Staate ihr Wohl und ihr Heil erblicken?« Er fügte hinzu, daß möglicherweise bei den Sozialdemokraten eine Wandlung in der Schätzung des Wertes dieser Verbrüderung und des Wertes, den ein Eingehen in die Arbeit eben dieses gemeinsam verteidigten Vaterlands habe, zu erwarten sei. Solange diese Wandlung nicht geschehen, dürfe man die Begriffe national und antinational nicht zum alten Eisen werfen, wie das bekanntlich der Reichskanzler in seiner Rede vom 5. Juni 1916 getan hat. Herr von Heydebrand hält also immer noch daran fest, daß national und international nicht mit einander vereinbar seien, daß international sogar gleichbedeutend sei mit antinational. Das ist eine bedauerliche Begriffsverhärtung. Die Sozialdemokratie bleibt freilich international, sicher mit anderer Einschätzung der Tatsachen als vor dem Krieg, aber nicht mit wesentlicher Änderung der Tendenz, wenn man dasjenige Streben ins Auge faßt, das in der Partei offiziell anerkannt war und über das auch zwischen Bebel und Jaurès Einigkeit bestand. Wir sind und bleiben ein Teil der Menschheit, und wenn auch jetzt während des Krieges der Haß die Völker trennt und auch nach dem Krieg nicht eitel Liebe sie verbinden wird, so werden wir doch uns wieder der Verwirklichung der Völkerfamilie zu nähern suchen. Das internationale Leben wird nach dem Krieg erst recht aufleben, die Kraft des Volkes wird stets über die Grenzen des heimischen Landes hinausstreben. Wir wollen die freie Fahrt auf dem Meer und die freie Arbeit als Kolonisatoren in unentwickelten Teilen der Erdoberfläche; wir wollen übersee und in anderen Zonen wirken. Und wir glauben, wie der Menschheitskultur überhaupt, so auch unserer Nation damit zu dienen. Daß die Konservativen die nationalen Interessen stets haben fördern wollen, soll nicht bestritten werden. Ob

sie es immer, zum Beispiel in der Sozialreform und speziell in der Entwicklung der Arbeiterkultur in ihrem eigenen Wirkungsbereich, getan haben, muß doch sehr in Frage gezogen werden. Die Sozialdemokratie wird nach dem Krieg gerade im nationalen Interesse mit sehr ernsthaften sozial- und kulturpolitischen Forderungen an den Staat herantreten. Andererseits kann ja ruhig zugestanden werden, daß wir Sozialdemokraten (sicher nur in der allerbesten Absicht auch für das eigene Land) uns von der Entwicklung der Friedensgesinnung unter den Völkern, speziell auch von der Macht und dem Einfluß der friedlich gesinnten Arbeiterklassen aller Länder eine zu optimistische Auffassung gebildet haben. Wir haben Grund unsere Auffassung mit den Tatsachen in Einklang zu bringen, nicht aber unserer Meinung uns zu schämen. Aber das ist gewiß, die Zahl der Sozialdemokraten, die durch den Krieg gelernt haben, daß das eigene Volk das erste und nächstliegende Feld unserer Arbeit sein muß, wird noch weit größer geworden sein als schon vor dem Krieg, sie wird so groß sein, daß ein ehrlicher Gegner es nicht wird verantworten können einen Sozialdemokraten deshalb für anti-national zu erklären, weil er das Ziel verfolgt unter den Völkern ganz allgemein mehr und mehr den Zustand herbeizuführen, der heute zwischen den deutschen Stämmen besteht und hoffentlich in absehbarer Zeit auch zwischen einer großen Anzahl kontinentaleuropäischer Völker bestehen wird. Dieser Krieg mit seinen furchtbaren Folgen wird einem die Wirklichkeit richtig einschätzenden Internationalismus die Wege ebnen. Wir werden national sein, wir werden die Kräfte unseres Volkes und unseres Landes auf das größtmögliche Maß zu steigern suchen. Wir werden aber auch international sein und einen Zustand der Staaten herbeizuführen suchen, der es ermöglicht, daß, um mit Kant zu reden, die Freiheit des einen Volkes mit der der anderen zusammenbestehen kann. Die Bildung großer Wirtschaftskomplexe, die die Zukunft uns wohl bringen wird, wird durch die Erhöhung der Produktivität eines jeden Volkes den Anreiz vermindern einem andern etwas wegnehmen zu wollen. So kann ein wahres Gleichgewicht der Kräfte auf der Erde entstehen, das mit dem europäischen Gleichgewicht von Englands Gnaden und zu Englands Gunsten keine Ähnlichkeit hat und die Nationen in Wahrheit einander näherbringt. Das ist unser Internationalismus.

Herr von Heydebrand nimmt aber auch immer noch Anstoß daran, daß wir überhaupt Sozialisten sind. Er fragt erstaunt: »Können wir herunter vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft?« Nun, er und seine Freunde werden erstaunt sein, wie sehr sie nach dem Krieg, gezwungen durch unerbittliche Notwendigkeit, den Boden der bürgerlichen Gesellschaft, wenn anders sie darunter die privatkapitalistische Produktionsweise verstehen, werden verlassen müssen. Der Sozialismus wird nach dem Krieg bei allen Völkern in Staat, Gemeinde und antikapitalistisch wirkender Genossenschaft Fortschritte machen, wie sie vor dem Krieg kein Mensch sich hat träumen lassen. Ohne diese Fortschritte wird die Welt nach dem Krieg gar nicht leben können. Auf der andern Seite ist auch wieder richtig, daß aller sozialistische Utopismus, der vor dem Krieg noch an Wunder katastrophaler Ereignisse rein politischer Natur geglaubt hat, durch den Krieg eine gründliche Ernüchterung erfahren hat. Daß der Sozialismus ein Produkt systematischer, richtiger noch: organischer Entwicklung ist, die um so besser gedeihen kann, je mehr sie sich von aller Gewalttätigkeit fernhält, das ist etwas, was schon

viele Sozialdemokraten auch vor dem Krieg wußten, das aber nun durch den Krieg noch besonders viele erkannt haben. Man sollte daher auch auf konservativer Seite begreifen, daß mit solch versteinerten Begriffen wie bürgerliche Gesellschaft kein Götzendienst getrieben werden darf. Das sind genau solche schädlichen Begriffsverhärtungen wie sie in manchen Köpfen sich an Worte wie Kapitalismus und Klassenkampf knüpfen. Die Wirklichkeit fragt bei ihrem Fortgang nicht erst bei unseren Begriffen an, sondern wir haben dafür zu sorgen, daß wir mit unseren Begriffen nicht hinter ihr zurückbleiben. Herr von Heydebrand findet auch in der Stellung zur Monarchie und zur Religion, zum Privateigentum und zur Ehe Gegensätze zur Sozialdemokratie, die sich nicht überbrücken ließen. Es würde zu weit führen auf alle diese Dinge hier einzugehen. Nur so viel sei dazu gesagt: Es besteht gar kein Bedürfnis, daß alle politischen Parteien über alle Dinge einig sind, wenn nur alle sich als gleichberechtigte Mitarbeiter am Gemeinwohl betrachten. Auch Graf Westarp betont in seinem Brief den »grundsätzlichen Gegensatz« seiner Partei »zu den republikanisch-antimonarchischen, auf die Herrschaft der Masse gerichteten Bestrebungen und zu den Zielen des Klassenkampfes«. Es ist eine ganz falsche Charakterisierung unserer demokratischen Bestrebungen, wenn man sie so hinstellt, als hätten sie ihren Gipfelpunkt darin, daß an die Stelle der Monarchie die Republik trete. Gerade wir Sozialisten wissen, daß nicht das entscheidend ist, ob ein erblicher König oder ein gewählter Präsident die Spitze des Staates bildet. Unsere Demokratie fordert jedwede Förderung der Mitarbeit des ganzen Volkes am Gemeinwesen. Die Gesetzgebung soll diese Mitarbeit ermöglichen, und das Volk soll sie **verwirklichen**. Wir wollen keine Massenherrschaft im Sinn der Tyrannei einer urteilslosen Menge, wir wollen die verständige, hingebungsvolle Mitwirkung des ganzen Volkes an der Schaffung der Wohlfahrt des Ganzen. Wir sind die bewußten Vertreter des Gemeinnsinn; wir wollen, daß jeder zum wirklichen Staatsbürger werde. Unsere Demokratie will dem Volk **Rechte** geben, aber in noch höherm Grad **Pflichten** auferlegen. Für die von uns erstrebte Demokratie ist es wichtiger, daß auch in der letzten Gemeinde ein Arbeiter das Amt des Führers der Gemeinde zu übernehmen die Fähigkeit und die Möglichkeit habe, als daß ein Rechtsanwalt der Präsident des Volkes werden könne. Wir sind darum auch nicht nur Demokraten sondern sozialistische Demokraten, Sozialdemokraten, die von der bloß formalen Demokratie ohne Veränderung der Gesellschaft sich gar nichts versprechen. Das rein formale demokratische Recht ohne Schaffung der sachlichen Fähigkeit des Volkes zu dessen Erfüllung ist für das Volk wertlos. Darum geben wir uns so gewaltige Mühe das Volk zu erziehen, seinen Gemeinnsinn zu entwickeln, darum liegt uns so unendlich viel daran alle geistigen Bewegungen im Volk mit größtmöglicher Freiheit auszustatten, weil wir überzeugt sind, daß daraus eine gewaltige Förderung des Ganzen hervorgehen wird. Wir sind überzeugt, daß die Zeit nach dem Krieg ebenfalls mit Allgewalt eine Entfesselung aller Volkskräfte im Dienst des Gemeinwesens erforderlich machen wird.

Wir Sozialdemokraten brauchen also unseren Grundsätzen nicht untreu zu werden, um unserm Volk und Land die notwendigsten und besten Dienste zu leisten. Andererseits ist es freilich nötig, daß sich die Partei freimache von Auffassungen, die mit dem Ziel der Partei, der Verwirklichung von Sozialis-

mus und Demokratie, gar keinen notwendigen Zusammenhang haben und nur falschen taktischen Anschauungen entspringen. Darüber muß auch die kommende Reichskonferenz, wenn sie überhaupt Wert haben soll, wenigstens in den Grundsätzen volle Klarheit schaffen. Wir verteidigen die Zukunft unseres Volkes. Wie sehr das notwendig ist, darüber dürfte jetzt wohl jedermann im klaren sein. Indem wir unsern Staat als verteidigungswürdig erachten, so daß wir ihn nicht zerstören lassen wollen, sehen wir ihn auch als das an, was wir erhalten und zur Grundlage für die Verwirklichung unseres Staats- und Gesellschaftsideals machen wollen. Wir bejahen diesen Staat, nicht um ihn zu lassen wie er ist, sondern um dadurch, daß wir für ihn die Verantwortung übernehmen, auch das Recht zu erwerben ihn in unserm Sinn zu verbessern. Wollen wir innerlich konsequent verfahren, dann müssen wir den Schritt weiter, den Fortschritt vollziehen, daß wir diesen Staat, den wir im Krieg zu erhalten suchen, auch als unsern Staat ansehen. Die prinzipielle Ablehnung des *E t a t s*, das heißt der Mittel, mit denen der Staat erhalten wird, muß aufhören. Wie wir früher den Standpunkt aufgegeben haben, daß die Reichstagstribüne für uns nur eine bloße Agitationstribüne sei, wie wir gelernt haben die Reichsgesetzgebung als den Ausdruck unseres gesetzgeberischen Willens zu betrachten, so haben wir nun auch diesem Reich uns mit ganzer, positiver Hingabe zu widmen. Insbesondere werden wir uns in Zukunft der Bewilligung des *H e e r e s*- und *F l o t t e n* budgets nicht mehr entziehen können. Wir bleiben die ernsthaften Vertreter jedweder Friedensbestrebungen, wir sind diejenigen Pazifisten, die darnach trachten die Ursachen der Kriege aus der Welt zu schaffen. Aber wir sind auch die Realpolitiker, die für den Fall, daß es zur Notwendigkeit wird für die Existenz unseres Volkes einzutreten, alles aufwenden, um diese Existenz zu schützen. Unser altes Programm der *V o l k s w e h r* müssen wir jetzt wie nie zuvor wahr machen. Mitten im jetzigen Krieg ist dies Programm in seiner Notwendigkeit an uns herangetreten, und nach dem Krieg wird eine Reform in der Wehrkraft des Volkes geschaffen werden müssen, an deren Möglichkeit vor dem Krieg kaum jemand geglaubt hat. Wenn wir uns bei dieser Reform nicht einfach ausschalten lassen wollen, wenn wir nicht zu ohnmächtigen Räsionierpolitikern werden wollen, dann dürfen wir uns der unvermeidlichen Zustimmung zur Schaffung jedweder möglichen militärischen Gewalt nicht entziehen. Was hätte sonst das Wort Volkswehr in unserm Programm für einen Sinn? Wir werden uns nie für die militärische Gewalt an sich begeistern, aber wir brauchen sie, um unser Land und unser Volk gegen die Gefahr möglicher Vergewaltigung durch solche zu schützen, die sich die Macht verschaffen die Völker für sich Krieg führen zu lassen. Es kann uns gar nichts helfen solchen Fragen möglichst lange aus dem Weg zu gehen. Das verlängert nur den Zustand der Unentschiedenheit, der Unsicherheit und Ohnmacht, das kann uns nur um allen Kredit bringen. Mögen die, die anders denken, das sagen und zu rechtfertigen suchen; das ist ihr Recht, das ist ihre Pflicht. Aber Klarheit ist die Hauptsache. Ohne jede Verketzerung, ohne jede moralische Herabsetzung mögen wir alle unsern Standpunkt vertreten.

Der eigentliche Leitsatz unserer Politik, der den Kern sozialistischer Politik überhaupt herauschält, muß sein: Entwicklung der Produktion des ganzen Volkes, in Industrie wie in Landwirtschaft. Mögen die Produktions-

mittel noch zum großen Teil in privatem Besitz sein, wir haben gleichwohl zu verfahren, als ob die Produktion schon ganz unsere Angelegenheit wäre. Die Vertretung der Interessen der Arbeit ist auch die erfolgreichste Vertretung der Interessen der Arbeiter. Des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Unternehmern wohl bewußt, energisch den Standpunkt der Arbeiterklasse während, hat unser höchster Gesichtspunkt immer die Produktion selber zu sein. Der Krieg hat die Notwendigkeit erwiesen, daß das Reich, daß das ganze Volk die Produktion im Reich als gemeinnützige Angelegenheit ansehe. Das gilt ganz besonders von der landwirtschaftlichen Produktion, für die alles geschehen muß, um sie für unser Volk so ertragreich wie möglich zu machen.

Wenn wir mit solchen positiven Zielen in die Zukunft gehen, wenn wir die Reichskonferenz im Geist solcher, auf das Gesamtleben unseres Volkes gerichteten Arbeit abhalten und mit strengster Sachlichkeit, ohne jeden Haß, ohne jede Herabsetzung der anderen, nur mit voller Klarheit dessen, was wir wollen, uns gegenseitig sagen, wie wir zu einander stehen, dann, aber auch nur dann, kann die Reichskonferenz der deutschen Arbeiterklasse und damit dem deutschen Volk etwas bringen.

XX
PAUL UMBREIT · WOHIN STEUERN WIR?



IESE Frage bewegt wohl jetzt jeden Parteigenossen, angesichts der Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie, die über die inneren Streitigkeiten und über die Taktik der Partei während des Krieges eine vorläufige Entscheidung bringen soll. Die Haltung der Partei während eines Krieges war durch frühere Parteitagebeschlüsse nicht festgelegt; alle Beschlüsse deutscher Parteitage wie auch internationaler Kongresse bezogen sich nur auf die Taktik zur Verhinderung eines drohenden Krieges. Doch ließ kein Parteitagebeschluß und kein internationaler Kongreßbeschluß erkennen, daß die Sozialdemokratie im gegebenen Kriegsfall die Landesverteidigung ablehne; im Gegenteil, solche mehrfach von antimilitaristischer Seite erhobenen Zumutungen sind von den berufenen Führern der Partei mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen worden. Vor allem stellt sich unser Parteiprogramm mit seinen Forderungen der Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und des Ersatzes der stehenden Heere durch die Volkswehr durchaus auf den Boden der Landesverteidigung. Die Reichstagsfraktion handelte daher absolut im Sinn der Parteigrundsätze, als sie am 4. August 1914 den geforderten Kriegskrediten ihre Zustimmung gab. Damals standen Rußland, Frankreich und Serbien und wenige Tage später auch England, Belgien, Montenegro und Japan gegen Deutschland und Österreich-Ungarn im Krieg. Heute nach mehr als 2 Jahren ist diese Situation keineswegs geändert. Zu unseren Feinden sind noch Portugal, Italien und Rumänien gestoßen, und unsere Truppen haben auch die Gebiete unserer Bundesgenossen, der Türkei und Bulgariens, auf dem Balkan und in Asien mitzuverteidigen. Die Aufgabe der Landesverteidigung ist größer, verantwortungsvoller und notwendiger denn je geworden, und wir werden dadurch nicht dieser Pflicht enthoben, daß unsere Heere größtenteils auf feindlichem Boden stehen und den Krieg von deutscher Erde fernzuhalten suchen. Es wäre schlimm für uns, wenn wir unser Land nur auf deutschem Boden verteidigen könnten.

Die Politik des 4. August 1914, der Landesverteidigung und der Zustimmung zu den Kriegskrediten, ist also auch heute noch die einzig mögliche. Sie soll und darf ernsthafte Friedensbemühungen nicht ausschließen. Diese dürfen aber nicht dem feindlichen Ausland als ein Bild der Entzweiung und innern Schwäche Deutschlands erscheinen. Sowenig wir allein imstande waren den Krieg zu verhindern, so wenig können wir allein den Frieden erzwingen, und an einen Frieden um jeden Preis denkt auch innerhalb der Sozialdemokratie kein vernünftiger Mensch. Je mehr wir uns im Reich und nicht zum wenigsten auch in der Partei über die Herbeiführung des Friedens entzweien, desto mehr nützen wir den Gegnern. Gerade die Spaltung unserer Partei hat den Kriegstreibern im Ausland am meisten Mut gemacht. Die Wiedervereinigung der streitenden Teile angesichts der ernststen Kriegsereignisse im Südosten wäre ein schwerer Schlag für die Hoffnungen der Kriegsschürer.

Die Politik des 4. August 1914 ist auch für das wirtschaftliche Interesse der deutschen Arbeiterklasse die einzig mögliche. Sie gewährleistet das Zusammenwirken aller Kräfte für den baldigen Wiederaufbau der heimischen Volkswirtschaft, der für die Arbeiterklasse eine Lebensfrage ist. Dieser Wiederaufbau kann nicht das Werk einzelner Klassen oder Gewalten sein sondern muß in gemeinsamer Arbeit aller Volkskreise geschehen. Die künftige Friedenswirtschaft muß an die Kriegswirtschaft anknüpfen; sie wird sich als deren Fortsetzung in umgesteuerter Richtung darzustellen haben. Unsere Kriegswirtschaft hat sich unter dem Mangel an Rohstoffen, dem Bedarf an Kriegsmitteln und dem Zwang der Not sehr stark zentralistisch entwickelt. Die Rohstoffversorgung und -verteilung zahlreicher Industrien ist zentralisiert und zwangsweise geregelt, vereinzelt sind es auch die Produktion und der Absatz sowie die Preise. Auf dem Gebiet der Volksernährung wird die freie Marktversorgung und Preisgestaltung immer mehr durch die behördlich geregelte ersetzt. Diese Regelung ist sicher noch weit davon entfernt alle Kreise zu befriedigen, sie hat im Gegenteil mit den größten Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen. Aber sie wäre ohne die Mitwirkung der Arbeiterklasse unmöglich gewesen. Weder die Bureaucratie noch Industrie, Handel oder Landwirtschaft allein hätten eine gemeinnützige Kriegswirtschaft durchführen können; sie haben den Sozialismus als Wegweiser und die Macht der Arbeiterorganisationen als treibende Kraft gebraucht. Auch die Friedenswirtschaft bedarf der Mitwirkung der Arbeiter. Sie kann keine einfache Wiederkehr zu dem früheren Zustand der Privatwirtschaft sein. Angesichts des Mangels an Rohstoffen, an Schiffsraum, an Aufträgen und an Absatzmärkten ist eine starke Staatshilfe und Zentralisation nicht zu entbehren. Das Reich muß Schiffsraum und Rohstoffe beschaffen, muß wiederum auf dem Geldmarkt regelnd eingreifen und durch eine günstige Wirtschaftspolitik die Absatzmärkte erschließen. Reich, Staat und Gemeinden müssen der Industrie und den Gewerben durch öffentliche Aufträge zu Hilfe kommen, um ihnen die Überwindung der Krisis zu erleichtern, ebenso den Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung. Und um die Reichszentrale wird sich ein Kranz von Industrie- und Handelszentralen legen, die die Verteilung der Rohstoffe und Aufträge regeln, ähnlich den Kriegszentralen der Industrien. Dazu kommt der starke Antrieb der Verstaatlichung wich-

tiger Produktionszweige nach dem Krieg aus fiskalischen Gründen: der Förderung und des Absatzes von Kohlen, Erzen und Salzen, der Elektrizitätserzeugung, der Herstellung von Geschützen, Waffen und Sprengstoffen, der Tabakverarbeitung, des Getreidehandels usw. Bei alledem darf sich die Arbeiterklasse nicht von der tätigen Einflußnahme ausschalten, denn es handelt sich ebenso wie um Unternehmer- so auch um wichtige Arbeiterinteressen. Schon die künftige Wirtschaftspolitik schneidet tief in die Interessen der Arbeiterklasse als Faktors der Produktion wie der Konsumtion ein; sie wird mehr als vor dem Krieg darauf einzustellen sein, was der deutschen Arbeit frommt, und die Arbeiterschaft wird daran mehr als zuvor tätigen Anteil nehmen müssen. Das wird sie aber nicht können, wenn sie sich von der Gesamtheit des Volkes trennt und isoliert, sich in Gegensatz zu ihr stellt und gegenüber den Bedürfnissen der Gegenwart an abstrakte Forderungen einer fernen Zukunft appelliert; vielmehr nur dann, wenn sie in gemeinnützigem Wirken an den Aufgaben der Friedenswirtschaft mitarbeitet, wie sie im Krieg ihre Pflicht erfüllt hat.

Auch die Sozialpolitik steht vor gewaltigen Friedensaufgaben, die nicht das Werk einer einzelnen Klasse sein können. Die Kriegsfürsorge für Arbeitslose und Notleidende, für Kriegerfamilien, Hinterbliebene und Kriegsinvaliden kann nur als der erste Schritt auf diesem Weg aufgefaßt werden. Der Krieg erheischt große Opfer, die das Volk auf Jahrzehnte hinaus zu tatkräftiger Hilfe verpflichten, die Fürsorge für Kriegerwitwen und -waisen, für Kriegsverletzte und Kriegskranke erfordert dauernde Organisationen und Mittel. Die Arbeitsvermittlung bedarf einer großzügigen Regelung; die Arbeitslosenversicherung muß zu einer bleibenden Einrichtung des Reichs werden. Die starken Männerverluste unseres Volkes und der Ausfall an ausländischen Arbeitskräften nach dem Krieg drängen nach stärkerer Erwerbstätigkeit der Frauen. Daraus ergeben sich neue Probleme für den Schutz der weiblichen Arbeiter und Angestellten, für ihre gewerbliche Ausbildung und für die Erhaltung der Volkskräfte durch Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung. Nicht minder bedarf die Jugend eines erhöhten Schutzes und einer bessern Vorbildung für den gesteigerten Wirtschaftskampf der Nationen auf dem Weltmarkt. Das Heimarbeitsproblem darf nicht wieder der Vergessenheit anheimfallen; gerade der Krieg hat gezeigt, daß eine schrankenlose Ausbeutung der Heimarbeit unvereinbar mit dem Volkswohl ist, und bezeichnenderweise haben die militärischen Behörden dies am ehesten erkannt und die geeigneten Maßregeln dagegen durchgesetzt. Arbeiterschutz als Friedensfürsorge ist die konsequente Fortsetzung der Kriegsfürsorge als das Werk eines willensstarken, einmütigen Volkes.

Und gewaltig sind auch die Organisationsprobleme, die nach dem Krieg der Lösung harren. Der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisation auf allen Gebieten erwiesen. Die Organisation hat Triumphe gefeiert. Aber der Krieg läßt die Organisationen ebensowenig unberührt wie die Wirtschaftsweise. Die Kriegswirtschaft hat neue Aufgaben, Instanzen und Organisationen gebracht, die alten umgebildet und auf manchen Gebieten eine feste Grundlage für gemeinsames Wirken geschaffen. Das alles drängt nach Vervollkommnung, nach Ausweitung wie nach rechtlicher Anerkennung. Das Organisationsrecht war schon vor dem Krieg rückständig, die Gesetz-

gebung von dem Individualrecht beherrscht. Das kann nicht so fortgehen. Wie die Hindernisse des Vereinsrechts beseitigt werden mußten, so müssen auch die großen Wirtschaftsorganisationen, die Berufsvereine, die Unternehmenssyndikate auf einen gesunden Rechtsboden gestellt und die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen sich Unternehmer- und Arbeiterorganisationen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse verständigen oder die Kräfte messen können. Anerkannte Berufsorganisationen, gesetzliche Berufsvertretungen, geregelte Mitwirkung der Organisationen an sozialpolitischen Einrichtungen, rechtsverbindliche Tarifverträge, Arbeitsgemeinschaften für gemeinnützige Aufgaben, Schieds- und Einigungsämter, die den Ausgleich von Differenzen erleichtern, und Zugang zu den Volksvertretungen für alle erwachsenen Staatsbürger durch ein demokratisches Wahlrecht: das sind die Aufgaben, die der kommende Frieden an uns stellt. Sie decken sich im wesentlichen mit dem, was als die Neuorientierung auf dem Gebiet der innern Politik bezeichnet wird. Wiederum kann dieses Werk nicht einer einzelnen Klasse überlassen werden. Auch die Regierung und die Verwaltung allein können es nicht vollenden, und noch weniger können wir seine Durchführung einer der Arbeiterklasse feindlichen Koalition anvertrauen. Die Neuorientierung wird das gemeinsame Werk aller Friedensfaktoren des Volkes sein, oder sie wird keine wirkliche Neuorientierung werden.

Die Sozialdemokratie als die politische Vertretung der deutschen Arbeiterbewegung muß sich in diesem Augenblick, da wir, der harten Notwendigkeit der Landesverteidigung noch nicht enthoben, doch schon für den kommenden Frieden rüsten müssen, dessen bewußt bleiben, welche große historische Aufgabe ihr diese ernste Gegenwart stellt. Soll alles, was wir in jahrzehntelangen organisatorischen Kämpfen aufgebaut und im Krieg zur Anerkennung gebracht haben, in dem schweren Ringen einer Krisis, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat, wieder verlorengehen, als Stückwerk wieder untergehen? Soll die wirtschaftliche Restauration, die politische Orientierung nach dem Krieg hinter dem Rücken der Arbeiterklasse erfolgen, die sich schmollend in die Ecke stellt, sich von jedem wirksamen Einfluß auf die Gesetzgebung selber ausschaltet? Sollen die hoffnungsvollen Ansätze zu einer sozialen Regelung von Produktion und Konsum, die der Krieg gebracht hat, wieder spurlos verschwinden? Soll die Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige lediglich zu einer Domäne fiskalischer und kapitalistischer Ausbeutung werden, ohne daß die Arbeiterklasse mitzureden hätte? Soll das künftige Deutschland eine Stätte der Reaktion sein, oder soll der Augenblick erfaßt werden, der dem arbeitenden und waffenfähigen Volk die ihm gebührende gleichberechtigte Stellung im Staatswesen zuweist?

Nur ein einiges Deutschland kann diese große Friedensmission erfüllen. Zerreißen wir das Volk in dem Augenblick, da es sich von neuem unter den durch den Krieg so gewaltig veränderten Verhältnissen einrichtet, um sich seine alte Stellung auf dem Wirtschaftsmarkt der Welt wieder zu erkämpfen, so wird die Entwicklung des künftigen Rechts über uns hinwegschreiten. Wir würden aufs neue das Objekt der Gesetzgebung sein, anstatt gleichberechtigt daran mitzuarbeiten. Wir würden unsere Kräfte unter viel schwierigeren und ungünstigeren Bedingungen verzehren müssen,

in Kämpfen, die uns keinen Erfolg verheißen, weil die deutsche Volkswirtschaft der nächsten Jahre darunter zusammenbräche. Wir müßten mit den ungleich mageren Bissen vorlieb nehmen, die die ungünstige Wirtschaftslage und die Ungunst aller übrigen Faktoren uns dann zuweisen würden. Wir würden den Rückgang unserer Volkswirtschaft und unserer Organisationen besiegelt sehen und außerstande sein dieses Verhängnis aufzuhalten. Nur der Gesamtwille des deutschen Volks kann eine Friedenswirtschaft aufrichten, die allen beteiligten Gewalten, Staat und Volk, Unternehmern und Arbeitern, ein gedeihliches Auskommen gewährleistet und die sich in der Weltwirtschaft durchzusetzen vermag. Darum keine Isolierung, keine Proklamierung von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, wo Zeit und Tatsachen ein gemeinnütziges Zusammenarbeiten dringend erheischen!

Klassengegensatz und Klassenkampf sollen darum nicht preisgegeben werden. Sie haben ihr historisches Dasein und werden nicht verschwinden, solange unsere Gesellschaft aus herrschenden und ausgebeuteten Klassen besteht. Aber sowenig ein Tarifvertrag die Organisation des Lohnkampfes aufhält, so wenig kann eine Arbeitsgemeinschaft zu einem großen nationalen Werk den Klassengegensatz aus der Welt schaffen. Dieses nationale Werk soll uns erst die Grundlage schaffen, auf der die Arbeiterklasse im nächsten Jahrzehnt ihre Existenz findet, auf der unsere Gewerkschaften sich kräftiger und einflußreicher entwickeln können, auf der auch die Partei als gleichberechtigter Faktor im Staatsleben wirksamer für ihre großen Ziele eintreten kann. Um dieses Werk ungefährdet zustande zu bringen, heißt es alle Kräfte zusammenfassen, das Trennende zurückstellen, die Gegensätze vertagen und ihre Austragung ruhig einer Zeit anvertrauen, die uns alle besser gerüstet findet, und die Kämpfe auf das unvermeidlichste Maß beschränken.

Starke Landesverteidigung und wirksame Kriegsfürsorge bis zur glücklichen Beendigung dieses Weltkriegs, gesunde Friedenswirtschaft mit Regelung von Erzeugung und Verteilung, unter wirksamer Anteilnahme und Kontrolle des Volkes, mit einer wirklich sozialen Wirtschaftspolitik und einer modernen Sozial- und Organisationspolitik: das alles verlangt nach einer zielklaren Weiterführung der Politik des 4. August 1914. Möge die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie einzig und allein diesen Kurs steuern. Kein anderer hilft uns die Folgen des Krieges überwinden.

XX
**JULIUS KALISKI · AGITATION ODER WIRKLICHE
 ARBEIT IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK?**



AS hat zur Einberufung der sozialdemokratischen Reichskonferenz geführt? Die Antwort scheint nicht zweifelhaft zu sein. Jedermann weiß, daß die Politik des 4. August scharfe Gegensätze hervorgerufen hat, und daß es jetzt gilt der Zerrüttung des Parteilebens und der zunehmenden Spaltung der Reichstagsfraktion Einhalt zu gebieten. Aber die Politik des 4. August hatte ursprünglich, wie man nicht vergessen haben wird, in der gesamten Partei stürmische Zustimmung gefunden, und selbst als eine Opposition hervortrat, hat lange

niemand an die Einberufung eines Parteitags während des Krieges gedacht. Was ist mittlerweile vorgegangen? Die Minderheit hatte eine sehr lebhaft Agitation entfaltet und die Haltung der Mehrheit als Verletzung der heiligsten Grundsätze und Überlieferungen bekämpft. Doch wie weit nun immer die Gegensätze klaffen mögen: in der Stellung zur Frage der Landesverteidigung, die meist als Mittelpunkt des Streitkomplexes gilt, kann von erheblichen Differenzen eigentlich nicht die Rede sein; hier handelt es sich bei den Meinungsverschiedenheiten allenfalls um Schattierungen, die genau zu ermitteln nicht ganz leicht sein dürfte. Bis auf kleine Gruppen wird die Pflicht der Landesverteidigung allenthalben anerkannt. Aber diese Gemeinsamkeit verschwindet in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen völlig. Es sind eben andere Widersprüche, die den Charakter der Parteikrise bestimmen. Das nicht auszusprechen wäre kein Verdienst um die sozialdemokratische Partei und ihre Zukunft, schon weil sich eine Einheit nicht künstlich dadurch herstellen läßt, daß man die trennenden Faktoren mit Fleiß verkennt.

An sich ist es durchaus erklärlich, daß nach 2 Jahren Weltkrieg die Partei von inneren Konflikten nicht verschont geblieben ist; merkwürdig, wenn es anders wäre. Auch in anderen Parteien fehlt es nicht an entgegengesetzten Strömungen. Sie waren, wie in der sozialdemokratischen Partei, schon lange vor Kriegsausbruch vorhanden und haben sich in der Kriegszeit nur stärker, in der Sozialdemokratie besonders stark, entwickelt. Sieht man bei der Minderheit von einzelnen Angehörigen ab, die nur in Verfolgung irgendeiner Spezialidee oder Spezialliebe dorthin geraten sind, obwohl sie ganz andere Grundauffassungen vertreten, so setzt diese sich aus Vertretern der Richtung zusammen, die nicht erst seit heute und gestern unter der Parole Klassenkampf Staatsnotwendigkeiten nicht sehen und kennen wollen sondern den Hauptinhalt ihrer politischen Aufgabe in der Verkündung von Endzielen erblicken und geneigt sind in der Durchsetzung von Einzelfortschritten durch eine zweckbewußte Politik eher eine Beeinträchtigung der Reinheit ihrer Lehre als einen Erfolg zu sehen. Das ist die reine Agitationspolitik, für die parlamentarische Tätigkeit Deklamation und Bekenntniseifer bedeutet. Mit ihr ist die Konsequenz der Politik vom 4. August allerdings unvereinbar. Das deutsche Volk, das sich bewußt war einen Kampf für die Existenz des Reiches gegen eine gewaltige Koalition führen zu müssen, nahm die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion beim Ausbruch des Krieges als eine Selbstverständlichkeit. Die Nation konstituierte sich als Einheit. Dabei wäre es auch geblieben, wenn der Krieg in einigen Monaten sein Ende gefunden hätte. So aber boten bei seiner längeren Dauer die durch den Krieg bewirkte Veränderung, Einschränkung und Verteuerung der Lebenshaltung den Boden für eine Agitation, die nach und nach die altgewohnten Vorstellungen der Vorkriegszeit wieder wachrief. Auch das ist nicht verwunderlich. Länger als ein Menschenalter sind mit nicht zu unterschätzender Energie die Fragen der Lebensmittelpolitik lediglich von dem Standpunkt der Agitation behandelt worden. Da liegt es nur zu nahe, daß die agitatorisch so erfolgreiche Methode nicht mit einem Schlag aufgegeben wird, selbst wenn man sachlich zu besserer Einsicht gelangt ist. Der Gewissenhaftigkeit des Volkswirts und Politikers stellt sich der Gewohnheitstrieb des Agitators entgegen. Hier ist der Ausgangspunkt für die Politik zu finden, die zur Reichskonferenz geführt hat.

Von Anfang an ist in den Sozialistischen Monatsheften vor der Gefahr einer agitatorischen Behandlung der Ernährungsfragen gewarnt worden. Die Partei ging in dem alten Geleise, ohne ein anderes Ergebnis zu erzielen, als daß in den kritischen Stadien der Lebensmittelpolitik mit wenig tauglicher Mitteln betriebsam fortgewurstelt wurde. Die relative Besserung, die erst nach der Errichtung des Kriegsernährungsamts eintrat, wäre sicherlich früher zu erreichen gewesen, wenn statt parteipolitischer Kontroverse die Lebensmittelversorgung zum Gegenstand der Zusammenarbeit unserer großen wirtschaftlichen Korporationen aller Richtungen gemacht worden wäre. Alles, was hier über diese Dinge, über Kartoffelpanik, Massenabschlachtung von Schweinen, Höchstpreise, Bedarfssicherung, Massenspeisung, Vertriebsregelung usw., gesagt wurde, hatte den Zweck auf eine sachliche Orientierung der Sozialdemokratie hinzuwirken und brauchbare Lösungen zu zeigen, die im Gegensatz zu der üblichen Parteipraxis außerdem den Vorzug hatten mit den Forderungen des Sozialismus übereinzustimmen.

Schlimmer noch als die Macht der Tradition, die eine erfolgreiche Betätigung der Partei auch auf diesem Gebiet verhinderte, war die Neigung der Mehrheit durch eine forcierte Agitation in den Fragen der Nahrungsmittelpolitik ihre Einbuße an Radikalismus in der Gesamtpolitik wettzumachen. Erst wurde gegen den einzelnen Landwirt, der hier oder dort preisgesündigt hatte, ein scharfer Ton angeschlagen; dann richtete sich der Kampf bald gegen *die Agrarier* überhaupt; und nicht lange darauf wurden bereits alle alten wirtschaftspolitischen Register gezogen, die in den Debatten über Lebensmittelnot auch in Friedenszeiten längst mehr schlecht als recht gewesen waren. Die Wirkung solchen Verhaltens offenbarte sich sehr rasch und deutlich. Es wurden jene politischen Instinkte geweckt und genährt, die die Minderheit brauchte. Während die Mehrheit glaubte mit dieser Taktik der Minderheit den Wind aus den Segeln zu nehmen, wie der offizielle Terminus lautet, betrieb sie tatsächlich, sehr gegen ihren Willen, die Agitation für einen wachsenden Einfluß der Minderheit, der es natürlich nicht schwer fallen konnte die Mehrheit zu überbieten. Mit unbedingter Notwendigkeit entwickelte sich dieser Wettlauf zuungunsten der Mehrheit zum mindesten in den Bezirken, in denen der Ersatz politischer Aufklärung und politischen Wollens durch radikale Schlagworte alte Gewohnheit war. Offenbar scheinen diese Zusammenhänge den Repräsentanten der Mehrheit noch immer verborgen geblieben zu sein. Sonst wäre es schwer verständlich, daß selbst ein Mitglied des Parteivorstands es weiter als zweckmäßig erachtet durch agitatorische Kraftleistungen in der Behandlung der Kartoffelfrage die Massen an die Fahne der Mehrheitspolitik zu fesseln. Im Vorwärts vom 6. und 9. August 1916 veröffentlichte nämlich Genosse Otto Braun 2 Artikel über die Kartoffelfrage, die so recht eine Politik des aussichtslosen Wind aus den Segeln Nehmens darstellen. In den ersten Augusttagen dieses Jahres hatte man in einer ganzen Reihe von Großstädten ein Überangebot von Frühkartoffeln. Durch den Bundesrat war schon im März ein hoher Satz als Höchstpreis für Frühkartoffeln angesetzt worden, um zu einem möglichst starken Frühkartoffelanbau anzuregen. Begünstigt durch die Witterung wurde der Zweck erreicht, und wir bekamen eine starke Ernte an Frühkartoffeln, die 5 oder 6 Tage hindurch vielfach überplötzlich an den Markt kamen, zum Teil auch deshalb, weil das Wetter die Erntezeit zusam-

mendrängte. Das Angebot wurde ferner (und auch das geschah planmäßig) dadurch befördert, daß man eine Preisabstufung schuf. Um zu einer möglichst frühen Anlieferung anzureizen, war eine fallende Preisskala vorgesehen worden: ein System, das gegen die Zurückhaltung von Produkten vorher von vielen Seiten gefordert worden war. Nun entstanden aus der sehr starken Lieferung von Frühkartoffeln mißliche Zustände; die Verteilungsorganisation erwies sich nicht gerade als vortrefflich, die leicht verderblichen Frühkartoffeln konnten an manchen Orten nicht rechtzeitig verteilt werden, verderben und wurden für Ernährungszwecke unbrauchbar. So bedauerlich diese Vorgänge waren, die Schuld daran kann unmöglich den Erzeugern zuerkannt werden, abgesehen von einzelnen Ausschreitungen, die gewiß nicht ohne schwere Folgen für die Schuldigen bleiben werden. Unter völliger Verkennung dieses Sachverhalts hat nun Genosse Otto Braun die Vorkommnisse zu Angriffen gegen die Landwirtschaft überhaupt verallgemeinert, was wegen der Folgen sowohl für die Stimmung der Arbeiterschaft wie für die Stellung der Sozialdemokratie zu landwirtschaftlichen Fragen außerordentlich bedauert werden muß. Sollte, um nur ein Beispiel herauszugreifen, ein wirklich politisches Verantwortlichkeitsgefühl einen Politiker nicht davon abhalten folgenden Satz niederzuschreiben? »Um sich den hohen Preis zu sichern, also von nacktem Eigennutz getrieben, gab man viele tausend Zentner Kartoffeln dem Verderben preis, nicht um den Städtern zu helfen, die jetzt nur den Gestank der faulenden Kartoffeln haben, und aus ihrem Stadtsäckel noch den Schaden bezahlen müssen.« Näher hätte es liegen müssen von vornherein als Hauptgrund aller unserer Ernährungsorgen den von England gegen Deutschland organisierten Aus-hungerungskrieg zu behandeln; dabei hätte man immer noch mit der denkbar größten Entschiedenheit alle Maßnahmen verlangen können, die geeignet waren die Volksernährung zu sichern. Statt dessen ist man Schritt für Schritt dazu gekommen die deutsche Wirtschaftspolitik als Sündenbock hinzustellen, wobei abgestandene Kleinbürgerhandelspolitik wieder als Ausfluß aller Weisheit, womöglich gar sozialistischer Prägung, ausgegeben wurde.

Ganz folgerichtig war man auf der Bahn von der agitatorischen Behandlung der Nahrungsmittelpolitik wieder zur gründlichsten Verkennung aller wirtschaftlichen Tatsachen gekommen, so in erster Reihe der gewaltig gesteigerten Produktionskraft der Landwirtschaft und ihrer ungemein großen Leistungen. Weiter glaubte man den Zeitpunkt gekommen auch in der Behandlung der Kolonialpolitik auf alte Schablonen zurückzugreifen, als ob sich in der Welt gar nichts geändert habe. Eine günstige Handhabe dazu bot das Problem der Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbands, durch den man bei oberflächlicher Bewertung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten und Zukunftsfragen der Notwendigkeit einer Forderung eigenen Kolonialbesitzes zur Sicherung der wichtigsten Rohstoffe für unsere Industrien überhoben zu sein glaubte. Doch auch eine ausreichende Klärung unserer Stellung zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsverband konnte nicht erfolgen, weil man sich nicht dazu entschließen konnte ohne Scheu den Schutzzollgedanken anzuerkennen, ohne den solch ein Wirtschaftskomplex sich nun freilich beim besten Willen nicht schaffen läßt. Und die Flottenfrage? Man bemühte sich schnell wieder zu vergessen, was es bedeutete Handels-schiffahrt, Überseehandel, Versorgung mit den notwendigsten Rohstoffen

dem Terror Englands aussetzen zu müssen. Englands Aushungerungspolitik wurde seitdem als Doktorfrage völkerrechtlicher Untersuchungen behandelt, um die Notwendigkeit ausreichender Seewehr bestmöglichst zu übersehen zu können. So blieb alles in Halbheiten und Ängstlichkeiten stecken. Und dazwischen wagten sich schon wieder Stimmen hervor, die, wie in guter, alter Zeit, den Freihandel priesen.

Unentschiedenheit in der Fortsetzung der Politik vom 4. August hat zur Reichskonferenz geführt. Was kann diese bedeuten? Nur sehr wenig, wenn sie zu weiter nichts da wäre als dem Parteivorstand und der Mehrheit der Fraktion Deckung für die Politik des 4. August zu geben, ohne daß zugleich bestimmt umrissene Grundlinien für die weitere Politik vorgezeichnet würden. Man muß endlich die Tatsache erkennen, daß sich der Radikalismus nicht teilen läßt, daß man sich ihm entweder ganz verschreibt oder die Wege einer positiven sozialistischen Politik beschreitet, die sich nicht in der bloßen Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht zur Landesverteidigung erschöpft. Entfaltung der Produktivkräfte und Schutz der Produktion muß das Leitmotiv aller Ziele und Handlungen einer Partei des Sozialismus sein. Diese Orientierung wird uns vor grundsatzlosem Handeln und wechselvollen Zufällen schützen. Möge deshalb die Reichskonferenz diesen Weg als die konsequente Fortsetzung des 4. August der Partei zur Pflicht machen. Viel ist bereits versäumt, vieles schlecht gemacht worden. Doch rückschauende Vorwürfe haben nur dann einen Sinn, wenn sie mit dem festen Entschluß verbunden sind nun an die wirkliche Arbeit zu gehen. Noch ist es dazu nicht zu spät.

XX
**ERNST HEILMANN · KLASSENKAMPF UND
 GEMEINSCHAFTSARBEIT**



NACH Marx und Engels ist alle bisherige Geschichte eine Folge von Klassenkämpfen. Das ist der wichtigste Lehrsatz der ökonomischen Geschichtsauffassung. Diese Marxische Auffassung bedeutet in Wahrheit, um mit Conrad Schmidt zu reden, eine »heuristische Methode sozialer Forschung«, eine »Methode der Betrachtung, die, wenn auch selbstverständlich nicht für alle Epochen der Geschichte gleichmäßig durchführbar und aufschlußreich, für das entscheidend Wichtige, die genetische Erklärung der modernen, einstweilen höchsten und weiter in die Zukunft weisenden Gesellschaftsform bahnbrechend ist.«¹⁾ Die sich Marxisten im engern Sinn nennen, betrachten jenen Lehrsatz aber nicht als ein Forschungsprinzip sondern als eine Tatsachenaussage. Und von dieser Meinung her erklären sie einen Bürgerkrieg für widersinnig und verräterisch. Die Einigkeit der Nation während eines Krieges verurteilen sie als unwissenschaftlich und unsozialistisch. Diese Verurteilung scheint zwingend geboten, wenn man einmal das Klassenkampfdogma anerkennt.

Und doch sind diese Vorwürfe auch vom Standpunkt jener vermeintlich strengen Marxisten aus ungerecht und haltlos. Wer sie erhebt, übersieht vollständig, daß gerade nach dieser Geschichtsauffassung der Krieg selbst Klassenkampf reinsten Art und schärfster Form ist. Ja, der Krieg ist die

¹⁾ Siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 929.

erste, die ursprünglichste Methode des Klassenkampfes, der Vater aller Klassengegensätze. Kriegssklaven sind die Urväter aller ausgebeuteten Arbeiter. Und wie an der Eingangspforte der Klassenscheidung der Krieg steht, so ist er bis heute das mächtigste Instrument zur Ausbeutung eines Volkes durch das andere.

In der Friedenszeit wird der Klassenkampf in allen möglichen Erscheinungsweisen geführt: vom Industriekapital gegen die Grundrente, vom Handelskapital gegen den Zins, von den Gehalt- und Lohnempfängern gegen Besitz und Eigentumsertrag überhaupt. Aus dieser Vervielfachung der Klassenkämpfe erwächst die Möglichkeit mannigfacher Kombinationen, wobei der selbe Mensch, ja die selbe Gruppe bald auf der einen bald auf der andern Seite erscheinen kann, je nachdem welchem gemeinsamen Klassengegner es gilt. Von Zeit zu Zeit tritt dann auch ein Zweig des Klassenkampfes, alle anderen überschattend, allein sichtbar in überragender Bedeutung hervor: Bei einem gewaltigen Streik verzichtet der Konsumverein auf den von ihm sonst hochgehaltenen Grundsatz der Barzahlung und gewährt den Streikenden Warenvorschüsse; oder eine Gewerkschaft schädigt bewußt die wirtschaftliche Kampfkraft ihrer Mitglieder, um einem großen politischen Ringen durch Kundgebungen zum Erfolg zu verhelfen.

Der allergewaltigste dieser Klassenkämpfe, unvergleichlich nach dem Einsatz von Mitteln und Opfern wie in der Tragweite seiner Entscheidungen, ist nun der Krieg. Wenn je der Lassallesche Rat stets alle Kraft auf einen Punkt zu vereinigen befolgt zu werden verdient, dann jedenfalls im ungeheuren Kampftoben des Weltkriegs. Gerade nach dem Klassenkampfgedanken ist es daher selbstverständlich, daß alle geringeren Klassenfehden vor dem gigantischen Klassenkampf des Krieges so weit zurückzutreten haben, daß sie ihn nicht schädigen. Den Willen sich dieser Notwendigkeit zu unterwerfen nennt man gegenwärtig in Deutschland Burgfrieden.

Diese richtige Auffassung des Krieges als Klassenkampf wird auch weder durch den zornigen Hinweis auf die internationale Interessensolidarität der Arbeiter noch durch den entrüsteten Protest gegen den Widersinn der Kriege überhaupt entkräftet. Von der höhern Warte sozialistischer Gerechtigkeit herab kann man gewiß den Satz verkünden, daß der deutsche und der englische Arbeiter in keinerlei Interessengegensatz stehen: nämlich soweit beide eine Gesellschaft herbeiführen wollen, in der niemand ausgebeutet wird, sondern jeder, der mit seiner Arbeit der Weltgemeinschaft ehrlich dient, einen gerechten Anteil an allen Lebensgütern erhält (wenn auch das Urteil über den gerechten Anteil strittig werden könnte, wie jetzt zwischen französischen und deutschen Sozialdemokraten die Frage, wem Elsaß-Lothringen dem Recht nach zugehört). Aber diese zukünftige ideale Gesellschaftsverfassung läßt sich nicht vorwegnehmen. Mag der Arbeiter sich vollkommen freimachen von dem Wunsch, daß sein Volk irgendein anderes Glied der Menschheit ökonomisch ausbeute, so müßte er immer noch die Ausbeutung seines Volkes durch ein anderes oder durch die in ihm herrschende Bourgeoisie fürchten und abwehren. Und da gleiche Furcht und Notwendigkeit den Arbeiter des andern Volkes treiben, stehen sich tatsächlich gegenwärtig englische und deutsche Arbeiter als Kriegsparteien mit entgegengesetzten Interessen gegenüber.

Der Krieg ist, im Rahmen dieser Klassenkampfauffassung gesehen, der gewaltigste Zusammenprall zweier oder mehrerer verschieden gerichteter ökonomischer Mächte. Die Gegensätze innerhalb dieser Mächte treten bei seiner erdrückenden Wucht und unübersehbaren Zukunftswirkung zurück. Äußerer Krieg und innerer Burgfriede (immer in dem Umfang verstanden, daß der innere Klassenkampf den Sieg im größeren Klassenkampf des Krieges nicht stören darf) sind sachlich und untrennbar zusammengehörig. Burgfrieden und union sacrée stehen selbst mit dem strengsten Klassenkampfdogma nicht in Widerspruch, folgen vielmehr selber aus dem konsequent fortgeführten Klassenkampfgedanken. Troeltsch tadelt auf der jüngsten Konferenz der neutralen Sozialisten die deutschen (und die französischen) Sozialdemokraten, daß sie den Burgfrieden ernster genommen hätten als die reaktionären Parteien. Ist das wahr, haben sie den Burgfrieden stets so gewahrt, daß die Sache der eigenen Nation durch innern Streit nicht beeinträchtigt wurde, so können sie auf dieses Ehrengewinn stolz sein.



FFENBART der innere Frieden während des Krieges durch den Wegfall der sozialen Kämpfe eine ungeheure Kräftesteigerung der Nation, so entsteht naturgemäß der Wunsch diesen Zustand des Burgfriedens über die Kriegszeit hinaus als einen Gewinn der Kriegserfahrungen zu erhalten. Indes, cessante causa cessat effectus. Die Vorstellung, daß eine Wirkung fort dauern könnte, nachdem die erzeugende Kraft fortgefallen ist, ist unwirklich. Natürlich werden wir nach Beendigung des Krieges die inneren Klassenkämpfe wiederbekommen: in welchem Umfang und in welcher Intensität, das wird von den Notwendigkeiten abhängen, die sich beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft ergeben, und die sich am unmittelbarsten den Gewerkschaftsführern spürbar machen werden.

Die Verewigung des vollen Burgfriedens kann es also nicht sein, was ernsthafte, einsichtige und gelehrte Männer heute erstreben, wenn sie sich zu Sammelwerken oder zu Vereinigungen zusammentun, die den Zweck haben eine bessere Verständigung unter den Volksgenossen anzubahnen. Wir haben bereits eine ganze Reihe solcher Kundgebungen zu verzeichnen. Unter diesen ragen 3 durch ihren Umfang, die Bedeutung und Zusammensetzung ihres Mitarbeiterkreises besonders hervor. Das erste Werk dieser Art war das von Dr. Friedrich Thimme und Carl Legien herausgegebene sogenannte Buch der Zwanzig, in dem 10 bürgerliche Gelehrte und 10 sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer Möglichkeiten und Bedingungen einer geistigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Welt untersuchten.²⁾ Der kritische Haupteinwand gegen dies Werk war in den radikalen Parteiblättern der Hinweis auf die geringe tatsächliche Macht der *Professoren* und *Kathedersozialisten*, die sich dort zu einem weitherzigen Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiterklasse bereit erklärten. Diesem Vorwurf ist eine neue und größere Veröffentlichung nicht ausgesetzt, die Dr. Thimme in diesem Jahr als »ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens« herausgebracht hat.³⁾ Hier

²⁾ Siehe Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, herausgegeben von Thimme und Legien /Leipzig 1915/; über dieses Werk siehe auch Kampffmeyer Gemeinsame Arbeit zum Aufbau eines neuen Deutschlands, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 951 ff.

³⁾ Siehe Vom innern Frieden des deutschen Volkes, herausgegeben von Thimme /Leipzig 1916/.

haben sich über den Frieden unter den Weitanschauungen, den Konfessionen und Kirchenparteien, den Klassen und Berufsständen, den politischen Parteien und den Nationalitäten neben Wissenschaftlern, Arbeitersekretären und sozialistischen Politikern auch Großunternehmer und bürgerliche Parteihäupter, hohe Staatsbeamte und andere sozial einflußreiche Persönlichkeiten mit größerer oder geringerer Freimachung von dem vermeintlich alleinberechtigten Eigeninteresse geäußert. Und etwa gleichzeitig mit diesem ist, ebenfalls auf Anregung Dr. Thimmes, ein kaum weniger umfangreiches Sammelwerk von dem Bielefelder Richter Dr. Alfred Bozi und unserm Parteigenossen Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann herausgegeben worden.¹⁾ 25 Aufsätze von praktischen Juristen, Rechtsgelehrten, Volkswirtschaftlern, Arbeitervertretern, Pädagogen und Journalisten entwerfen hier Grundlinien für die Umbildung und Neubildung unserer Rechtsbegriffe und Rechtsnormen nach dem Krieg; auch sie haben sich aus den verschiedensten Parteilagern zu der gemeinschaftlichen Arbeit im Geist künftiger Gemeinschaftsarbeit zusammengefunden. In den 85 Aufsätzen dieser 3 Bücher sind naturgemäß außerordentlich viele Einzelfragen behandelt und die mannigfachsten Gesichtspunkte für den Wiederaufbau der Gesellschaft im Friedenszustand hervorgehoben worden. Der allen gemeinsame Grundgedanke besteht in nichts anderm als darin, daß man versuchen will durch neue Gesetze, Verwaltungsmaßnahmen und gesellschaftliche Verkehrsformen die sozialen Kämpfe auf das Maß des Unvermeidlichen zu beschränken.

Der Krieg hat uns alle mit der eindringlichen Kraft tiefster Not gelehrt, daß das deutsche Volk als Wirtschaftseinheit im Kampf gegen andere nationale Wirtschaftsgemeinschaften steht, genau wie innerhalb eines jeden Volkes die verschiedenen Klassen als Wirtschaftsgemeinschaften um höhere Geltung mit einander ringen. Über den Krieg hinaus soll wachsamste Sorge darauf gerichtet bleiben den innern Kampf nicht so weit ausschreiten zu lassen, daß er die deutsche Gemeinschaft zugunsten der anderen schädigt. Diese Rücksichtnahme wird auch nach Beendigung des offenen Kriegszustands um so mehr geboten sein, je stärker die feindseligen Gesinnungen und Handlungen fort dauern. Die Pariser Wirtschaftskonferenz hat Raneuropa gegen Mitteleuropa zum Kampf aufgerufen. Wie weit dieser *Krieg nach dem Krieg* wirklich ausgefochten werden wird, hängt vom Kriegsausgang selbst ab und ist heute noch nicht abzuschätzen. Die harmlose liberal-freihändlerische Selbstgewißheit, die mit Bestimmtheit vorauszusagen wagt, daß England schon um seiner eigenen Handelsinteressen willen niemals einen solchen Wirtschaftskrieg auf Tod und Verderben eröffnen werde, hat indessen während des ganzen Kriegsverlaufs mit so tödlicher Sicherheit stets falsch prophezeit, daß wir ihrer wirtschaftlichen Friedenszuversicht nicht gerade unbedingtes Vertrauen schenken können. Jedenfalls wird auch auf dem wirtschaftlichen Kampffeld jedes bittere Opfer, das der zähe Vernichtungswille Englands uns auferlegt, das deutsche Volk um so enger zusammenschmieden, die gemeindeutsche Kriegsfriedensgemeinschaft um so dauerhafter und lückenloser machen.

Aber selbst wenn die Beendigung des Waffengangs zugleich den erwünschten internationalen Wirtschaftsvergleich brächte, würde die Nachwirkung der

¹⁾ Siehe Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland, herausgegeben von Bozi und Heinemann /Stuttgart 1916/.

Kriegsnöte noch lange schmerzhaft im Leben unseres Volkes zu spüren sein. Die Aufzehrung aller Vorräte während der Kriegszeit, die Abnutzung der Maschinen und Gebäude, deren Erneuerung jetzt zurückgestellt werden muß, der Ausfall von fast 2 Millionen hochwertiger Arbeitskräfte, die Sorge um die soziale Aufrechterhaltung der Kriegsinvaliden werden gegenüber den neutralen, durch den Krieg enorm bereicherten Volkswirtschaften die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt arg beeinträchtigen und den Schaden etwaiger heftiger sozialer Kämpfe gegenüber den Zeiten vor dem Krieg bedeutend erhöhen. Soll die deutsche Wirtschaft nicht dauernd im Hintertreffen bleiben, so wird sie auch dann von inneren Krisen und Störungen so weit wie möglich freibleiben müssen.

Die Versorgung der Kriegsinvaliden ist schon heute durch den Heimdank in Sachsen und ähnlich gerichtete Vereinigungen im ganzen Reich zum Gegenstand einer Gemeinschaftsarbeit aller Parteien und Klassen gemacht worden. In ähnlicher Weise können die wichtigsten anderen Fragen der Menschenökonomie zu Gemeinschaftsangelegenheiten, also zu nationalen Fragen erhoben werden. Zum Ersatz für das teure verlorene Blut soll eine planmäßige und großzügige Bevölkerungspolitik betrieben werden. Dazu gehören der Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz, die Entlastung der kinderreichen Familien, der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten usw.; in weiterem Umfang auch die ganze Wohnungsfrage und die städtische Bodenpolitik. Mit dem vorhandenen Menschenmaterial gilt es die höchsten Leistungen herauszuarbeiten. Darum muß das Bildungswesen so umgestaltet werden, daß dem Aufstieg der Begabungen von unten her zu den hohen Schulen nicht länger fast unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Hierher gehört auch der ganze Bereich der Sozialpolitik, die nichts anderes ist als ein Schutz gegen Verwüstung und Vergeudung von Menschenkraft und Menschenleben. Nach der Aufopferung unzähliger Einzelwesen für die Gesamtheit muß nun im Staat gegenüber den starr gewordenen Rechts- und Besitzverhältnissen der Mensch wieder zur Geltung kommen. Auch wie die Landwirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte erhält, alle in ihr arbeitenden Menschen möglichst gut ernährt, zugleich aber das ganze Volk reichlich versorgt, bedarf eingehender Untersuchungen und vollkommen unbefangenen Urteils. Ein besonderes Kapitel, das schon jetzt eine sorgsame Behandlung von sozialistischer Seite oder in Gemeinschaftsarbeit verdient und zum Teil auch bereits gefunden hat⁶⁾, ist die Erhaltung derjenigen kriegssozialistischen Maßnahmen und Einrichtungen, die sich bewährt haben, und auf deren Beseitigung naturgemäß die geschädigten Interessentenkreise drängen.

Alle diese Probleme sind ihrer Natur nach ebenso geeignet zu gemeinschaftlicher Sorge und friedlichem Ausgleich wie zum Gegenstand erbitterten Ringens. Wird der Wille der Verständigen zu verträglichem Auskommen noch etwas bedeuten, wenn der Druck des Kriegszustands und der militärischen Diktatur fortgefallen ist? Tobt nicht schon jetzt unter dieser dünnen Hülle der alte gehässige Zwist, bezichtigt man sich nicht schon jetzt

⁶⁾ Siehe unter anderm Heine mann Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit /Chemnitz 1914', ferner Fischer Der Sozialismus während des Krieges, Die sozialpolitische Bedeutung des ersten Frühstücks, Die Sozialisierung des Brotes, Das Milchmonopol, Die Sozialisierung des Wohnens, Geist und Form des Sozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1128 ff., 1915, 1. Band, pag. 286 ff., 2. Band, pag. 575 ff. und 758 ff., 3. Band, pag. 1069 ff., 1916, 2. Band, pag. 846 ff.

persönlicher Profitgier und andererseits geringer Vaterlandsliebe, Vorwürfe, die durch die Zügellosigkeiten der Spartacus und Steinmann-Bucher freilich geradezu herausgefordert werden? Die Sozialdemokratie hat keinen Grund auf irgendeinem Gebiet das Bemühen um sachliche Aussprache, gegenseitiges Verständnis und friedliche Vereinbarung abzulehnen. Dazu hat sie zu viel Vertrauen auf die Wahrheit ihrer eigenen Grundlehren und die Kraft ihrer guten Gründe. Genau so wie wir auf internationalem Gebiet eine bessere Rechtsordnung und den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit erstreben, ohne doch in dieser Welt voll nationaler Ungerechtigkeit und Unterdrückung an die völlige Überwindung der Kriege zu glauben, genau so haben wir trotz dem Klassenkampf die Errichtung der Gewerbe-gerichte als Einigungsämter begrüßt und seit langem ein Reichseinigungsamt gefordert.

Wir sind auf allen Gebieten bereit und gewillt die uns anvertrauten Interessen in der sachlichsten und friedlichsten Form zu vertreten. Für uns allein sind wir auf absehbare Zeit noch eine Minderheit. Wir ersehen aber aus den genannten Sammelwerken und vielen anderen Beweisen eine starke Neigung der anderen Parteien, der verschiedenen religiösen und nationalen Richtungen, sich zu verständigen und ohne allzu heftige Auseinandersetzungen die Arbeit für Deutschlands Wiederaufbau gemeinsam zu bewältigen. Wollten wir uns von dieser Zusammenarbeit ausschließen, so würden wir uns zur Ohnmacht bei Entscheidungen verurteilen, die später in langer Arbeit nicht wieder aufzuheben wären. Bei einer Verständigung über die in die Milliarden gehenden neuen Steuern durch unsern Einfluß mitzuwirken ist im sozialen wie im Produktionsinteresse wünschenswerter als grollend und scheltend beiseite zu stehen. Zweifellos wird es in allen Parteien auch nach dem Krieg Unversöhnliche geben, und die Führer der Kampfparteien und diese selbst werden durch die Fanatiker leicht einmal mit fortgerissen werden die notwendigen Schranken der inneren Auseinandersetzungen zu durchbrechen. Aber ein Kern verständiger Männer kann zusammenbleiben und die Verständigungsmöglichkeiten wahrnehmen; es muß schließlich auch in Deutschland einmal Menschen geben, die nicht glauben, daß Schreien die einzige Methode ist, um einen Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Die Sozialdemokratie gibt durch ihre Teilnahme an solcher Verständigungsarbeit, durch die Aufnahme der Verständigungsbereitschaft in ihren Willen den Klassenkampf nicht auf. Wie wäre das möglich? Der Klassenkampf ist nicht eine mystische Sonderheit der Arbeiterbewegung. Klassenkämpfer sind Heydebrand und Westarp genau so wie Legien und Haase, Klassenkämpfer sind alle, die bestimmte soziale und politische Überzeugungen verfechten, die auf Interessen bestimmter Wirtschaftsgruppen zurückgeführt werden können. Die Sozialdemokratie gibt auch nicht ihren Kampf gegen den kapitalistischen Staat auf; das heißt gegen diejenigen Einrichtungen und Gesetze, die dem toten Kapital gerecht werden und dem lebenden Menschen unrecht tun; denn wir wollen nicht stillstehen sondern ruhig und rüstig aufwärtssteigen zu unserm Ziel. Wohl aber kann die *Todfeindschaft* schwinden, namentlich bei denen, die die vieldeutige Verstiegenheit der Dresdener Resolution nicht erst seit dem Beginn dieses Weltkriegs erkannt und abgelehnt haben.



ÜR die Möglichkeit einer solchen Entwicklung ist die wichtigste Voraussetzung die umfassendste gleichberechtigte Mitarbeit der Arbeiterklasse. Sie ist bei ihrer Millionenmasse nur durch die Hilfe der Organisationen und ihrer Vertrauensmänner möglich. Nur diese besitzen das Geschick die Interessen der weiten Arbeiterscharen zur Geltung zu bringen und das Ansehen diesen wiederum die getroffenen Maßnahmen verständlich und, entgegen der von altem Mißtrauen getragenen Demagogie, annehmbar zu machen. Deshalb ist »auf dem Gebiet des Koalitionsrechts, des Grundrechts der arbeitenden Bevölkerung«, wie Heine- mann durchaus richtig ausführt, »dieser modus vivendi mit rückhaltloser Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft identisch«. Auf allen anderen Gebieten seien Kompromisse und gegenseitige Konzessionen möglich. Hier aber sei ein Nachgeben undenkbar.⁶⁾ Das gleiche gilt auch für ein politisches fair play. Der Sozialdemokrat muß für jedes Amt und in jeder Verwaltung bei genügender Befähigung dem Anhänger jeder andern Partei gleichberechtigt sein. Die Parlamente sind die wichtigste Instanz zum friedlichen Austrag der Klassenkämpfe. Auf das Anrufen der direkten Aktion durch die Masse der Klassenangehörigen kann die Sozialdemokratie verzichten, soweit sie im Parlament die Klasseninteressen der Arbeiter mit der ihrer Zahl und Einsicht entsprechenden Wucht zur Geltung zu bringen vermag und daran nicht durch Wahlentrechtung gehindert wird. Soll die Störung des Wirtschaftslebens durch Streiks nach Möglichkeit vermieden werden, so müssen die Unternehmer bereit sein mit den Vertrauensmännern der Arbeiterverbände auf dem Fuß der Gleichheit zu verhandeln. Das Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft Ludwig Loewe Justizrat Dr. Walther Waldschmidt spricht seine Verwunderung darüber aus, »daß Werke, die mustergültige Anlagen für ihre Arbeiter geschaffen haben, weit mehr Anerkennung bei anderen Unternehmern, teilweise auch bei Behörden gefunden haben als bei den Arbeitern, für welche die Anlagen bestimmt sind und die den größten persönlichen Nutzen davon haben.«⁷⁾ Diese »Gleichgültigkeit« der Arbeiterklasse rührt daher, daß solche Wohlfahrtseinrichtungen vielfach mit der schroffsten Versagung der Gleichberechtigung und jeglicher Selbstverwaltung verbunden worden sind; wo das nicht der Fall war, wie in einer bekannten großen Dresdener Zigarettenfabrik, ist derartigen Mustereinrichtungen in der Arbeiterklasse Bewunderung und Dankbarkeit nicht vorenthalten worden. Wie zwischen zwei Nationen keine Gemeinschaftsarbeit möglich ist, wenn die eine der andern die Freiheit bestreitet die eigene Kultur zu entfalten und ihr ihre Sprech-, Denk- und Lebensweise aufzwingen will, genau so können zwei soziale Klassen niemals friedlich zu einander kommen, wenn die eine der andern ihre Organisationsform und ihren Interessenkreis aufzwingen will.

Hat die Arbeiterklasse freie Betätigungsmöglichkeit gleich den anderen Klassen, ist ihre Gleichberechtigung nicht mehr bestritten, dann gewinnen auch die bisher im engern Sinn so genannten nationalen Fragen der Rüstung und der Kolonien für sie ein anderes Gesicht. Daß die Wehrhaftigkeit des Volkes notwendig ist, kann eine freiheitliebende Partei wie die Sozialdemokratie zuallerletzt bestreiten. Auch wer in einer dürftigen Wohnung

⁶⁾ Siehe Heine mann Die soziale Kraft der Koalition, in dem in Note 4 genannten Sammelwerk, pag. 8.

⁷⁾ Siehe Waldschmidt Unternehmertum und Arbeiterschaft, in dem in Note 3 genannten Sammelwerk, pag. 315.

zu hause gezwungen ist, läßt sie nachts nicht unverschlossen, und der kleine Laubenkolonist ist vielleicht noch eifriger auf der Hut vor dem Räuber, der ihm die Früchte seiner Mühe kürzen möchte, als der Eigentümer ausgedehntesten Grundbesitzes. An unserer prinzipiellen Bejahung der Wehrhaftigkeit aus eigener Kraft kann also kein Zweifel sein. Je größer die Schwierigkeit wird nach dem Krieg für die deutsche Industrie die Rohstoffe zu erhalten, die in tropischen und subtropischen Gegenden erzeugt werden, desto weniger wird sich eine Vertretung der Arbeiterklasse gegen deutschen Kolonialbesitz ablehnend verhalten können. Die deutsche Sozialdemokratie hat durch wiederholte feierliche Beschlüsse ihrer berufensten Vertretungen während des Krieges sich mit dem Kampf um die Sicherung des deutschen Landes und der deutschen Wirtschaftsfreiheit solidarisch erklärt. Die Arbeiterklasse, die dafür ungeheure Blutopfer gebracht hat, wird sich nach dem Krieg gewiß nicht gleichgültig gegen das Schicksal des deutschen Bodens und der deutschen Stellung auf dem Weltmarkt verhalten. Wie die sozialdemokratische Fraktion nach dem Krieg bei den einzelnen Etatsforderungen stimmen wird, hängt natürlich von Einzelerwägungen materieller, taktischer und vielleicht auch symbolischer Art ab, ist aber gegenüber jener unzweifelhaften tatsächlichen Feststellung von untergeordneter Bedeutung. Die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im neuen Deutschland würde in jedem Fall mindestens dazu führen, daß dem Ausland jegliche Spekulation auf die Möglichkeit deutscher Uneinigkeit im Fall eines Angriffs auf das Reich oder die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit des Volkes von vornherein vollständig abgeschnitten werden würde: viel klarer und unzweideutiger als dies durch die Erklärungen der Vertreter unserer Partei auf internationalen Kongressen bisher schon geschehen ist.

Jetzt im Krieg ist jeder, denke ich, verpflichtet seine Anschauung über die künftige Politik unserer Partei, mag sie nun auf Versöhnung oder auf Kampf hinauslaufen, so vorzutragen, daß nicht der Lärm der Auseinandersetzung dem Kriegsgegner wie Musik in den Ohren klingt. Ich maße mir nicht an zu bestimmen, mit welcher politischen Gesinnung die Kämpfer von der Front zurückkehren werden. Aber nach meiner Wahrnehmung haben sie weder Geschmack an sinnloser Allerweltseroberungsgier noch an zwecklosen Allerweltfriedensbeteuerungen. Sie, die mit ihrem Blut dafür einstehen, daß der Friede erkämpft wird, werden auch, das steht zu hoffen, nach ihrer Rückkehr in die Heimat Wertschätzung für den innern Frieden und Mut für den unvermeidlichen Kampf bewahren.

XX
WALT WHITMAN · DREI GEDICHTE VOM TOD ·
ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

NACHDENKLICH UND STOCKEND

N

ACHDENKLICH und stockend
 Schreibe ich die Worte: der Tod.
 Denn die Toten sind lebend
 (Vielleicht die einzig Lebenden, einzig Wirklichen,
 Und ich bin die Erscheinung, ich das Gespenst).

DAS TAL DES TODES · VOR EINEM GEMÄLDE



EIN, träume nicht, düsterer Zeichner,
 Du hast dein Thema wohlgetroffen und geschildert,
 Ich, der jüngst dies düstere Tal bis an seine Grenzen durch-
 schwebte, habe Blicke getan
 Und trage nun Verzeichnisse vor dich, mein Recht behauptend auch
 ein Sinnbild zu schaffen.

Denn ich habe viele wunde Krieger sterben sehen
 Nach schrecklichen Leiden, habe ihre Leben mit Lächeln entschwinden sehen;
 Und ich habe die Todesstunden des Greises durchwacht; und das Kind
 sterben sehen;

Den Reichen, bei all seinen Wärterinnen und Doktoren;
 Und dann den Armen, in Magerkeit und Armut;
 Und ich selbst, o Tod, habe lange jeden Zug meines Atems
 In deiner Nähe und dem stillen Gedenken an dich geatmet.

Und daraus und aus dir
 Mache ich eine Szene, ein kurzes Lied (nicht Furcht mach' ich aus dir
 Noch düstere Schluchten noch Öde noch Dunkelheit, denn ich fürchte dich
 nicht,

Noch feiere ich den Kampf, das verzerrte Antlitz oder den verschlungenen
 Knäuel)

Von dem breitfließenden gesegneten Licht und der vollkommenen Luft, mit
 Wiesen, rauschenden Gezeiten und Bäumen und Blumen und Gras,
 Und dem leisen Summen der kräftigen Brise, und mitten darin Gottes
 schöne ewige rechte Hand,

Du, der heiligste Diener des Himmels, du, Gesandter, Pförtner, unser aller
 Führer zuletzt,

Reich, blühend, Löser des straffen Knotens, den wir Leben nennen,
 Süßer, friedvoller, willkommener Tod!

GEFLÜSTER VOM HIMMLISCHEN TOD



EFLÜSTER vom himmlischen Tod hör' ich murmeln,
 Lippengespräch der Nacht, wispernde Choräle,
 Leicht hinansteigende Schritte, mystischen Windhauch, sanft und
 tief hergeweht,

Wellenschlag unsichtbarer Flüsse, Gezeiten eines flutenden, ewig
 flutenden Stromes.

(Oder ist es das Plätschern der Tränen? Sind es die unermeßlichen Wasser
 menschlicher Tränen?)

Ich sehe, sehe gerade himmelwärts, große Wolkenmassen,
 Trauervoll, langsam rollen sie hin, schweigend schwellen sie an und ver-
 schwimmen in einander,

Ein halbgetrübler, schwermütiger, fernferner Stern, zeitweise
 Erscheinend und verschwindend.

(Ein Gebären mehr, eine feierliche unsterbliche Geburt;
 An den Grenzen, die den Augen undurchdringlich sind,
 Geht eine Seele hinüber.)

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Gemeinwirtschaft

Die *Privatwirtschaft* des Staates und der Gemeinden ist Gemeinwirtschaft, wenn man Staat und Kommunen nicht als Organisationen oder Körperschaften betrachten will, die neben oder über der Gemeinschaft stehen. Leider hat sich bis jetzt die Statistik in Deutschland noch nicht so weit mit der bestehenden Gemeinwirtschaft beschäftigt, daß man ein genaues Bild von ihrem Umfang und ihrer Bedeutung gewinnen kann. Über den Besitz und die Eigenbetriebe der Gemeinden erfährt man nur Einzelheiten aus den Jahresberichten der großen Städte, und über die *privatwirtschaftliche* Tätigkeit des Staates geben die Voranschläge zum Haushalt nur mangelhaft Auskunft. Johannes Pfitzner sucht nun im Allgemeinen Statistischen Archiv nach den gedruckten Voranschlägen für das Jahr 1914 und, soweit solche nicht vorhanden sind, nach Auskünften der betreffenden Finanzministerien eine umfassende Darstellung von den sogenannten privatwirtschaftlichen Einnahmen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten zu geben, aus der sich einigermaßen ein Bild von dem Umfang der Gemeinwirtschaft, das heißt der Eigenwirtschaft, des Staates gewinnen läßt.

Eine scharfe Grenzziehung zwischen der eigentlichen Staatstätigkeit und der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit ist allerdings nicht immer möglich. Die Unklarheit ist jedoch meistens darauf zurückzuführen, daß zwischen einer die Privatwirtschaft fördernden und regulierenden Tätigkeit und einer eigenen Privatwirtschaft des Staates unterschieden wird. So nennt Pfitzner den Bau und die Unterhaltung von Straßen, Brücken, Kanälen, die Regulierung von Flußläufen eine die Privatstätigkeit fördernde Tätigkeit des Staates, während der Bau und die Unterhaltung von Eisenbahnen eine sogenannte privatwirtschaftliche Tätigkeit des Staates sei. Und er meint, diese Unterscheidung sei beim Post- und Telegraphenwesen noch schwieriger. Vor allem die Nachrichtenvermittlung durch Telegraphie und Telephonie könne in erster Linie als eine die Privat-

tätigkeit fördernde Staatstätigkeit bezeichnet werden, was sich auch daraus ergebe, daß der Staat auf diesem Gebiet bisweilen mit Verlust arbeite. Aber zu einer solchen Unterscheidung kann man doch nur kommen, wenn man die privatwirtschaftliche Tätigkeit des Staates als eine rein erwerbswirtschaftliche betrachtet, was Pfitzner selbst ablehnt. Dann schwindet aber jeder Unterschied zwischen einer wirtschaftlichen Tätigkeit im engeren Sinn, das heißt einer die Privatstätigkeit fördernden und regulierenden, und einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit des Staates. Denn auch die Eisenbahnen fördern und regulieren die Privatstätigkeit, wie die Telephonie und Telegraphie, die Produktion von Gas, elektrischer Energie, Steinkohlen usw. Die eine Produktion ist auf die andere angewiesen, und die staatliche Produktion hat auf keinem Gebiet in erster Linie die Aufgabe Gewinne zu erzielen. Ungeregelt ist vielfach noch die Grenzlinie zwischen dem staatlichen Eigentum und dem Privatbesitz des regierenden Fürsten. In Preußen zum Beispiel ist über das Eigentum an den Domänen und Forsten weder durch die Verfassung noch durch ein späteres Gesetz eine Entscheidung getroffen worden. Nach der herrschenden Ansicht hat bereits das Allgemeine Landrecht die Eigentumsfrage entschieden und die Verordnung vom 17. Januar 1820 das Eigentum des Staates an den Domänen und Forsten bestätigt. Der Staat kann von dem Vermögen, das bereits vor Erlaß der Verfassung vorhanden war, alles als Staatseigentum beanspruchen, was der Monarch auf Grund öffentlichrechtlicher Titel erworben hat. Soweit sich der Erwerbstitel nicht mehr feststellen läßt, wie dies vor allem bei den Domänen und Forsten der Fall ist, liegt aber nur dann Staatseigentum vor, wenn der Monarch ausdrücklich auf sein Recht einseitig über die Substanz zu verfügen verzichtet hat. Das ist in Preußen bisher nicht geschehen. In Bayern ist der gesamte Immobilienbesitz des königlichen Hauses zwar durch die Verfassung vom 26. Mai 1818 zu einem Bestandteil der unteilbaren unveräußerlichen Gesamtmasse erklärt worden, die das Staatsgebiet des Königreichs Bayern bildet. Aber die Gesamtmasse ist Staatsgut nur in dem Sinn, daß sich

der König verpflichtet hat über sie nur im staatlichen Interesse zu verfügen. Die sächsische Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 unterscheidet Staatsgut, königliches Hoffideikommiß und königliches Privatvermögen. In Württemberg ist das Königliche Kammergut Staatseigentum, das Hofdomänenkammergut dagegen Privatbesitz des Königs usw. Das sind zwar im wesentlichen nur Formalitäten, und sofern es einmal zu einem Konflikt kommen sollte, würde der Staat über die Krone siegen. Mit der zunehmenden Demokratisierung der Parlamente wird die Zeit auch bald kommen, wo der Staatsbesitz von allen überlieferten Formen losgelöst sein wird. Das heutige Verhältnis wirkt aber noch störend bei der Zeichnung eines einheitlichen Bildes vom staatlichen Besitz, dem Gemeineigentum.

Das Deutsche Reich hat nur 3 eigene Unternehmungen: Post, Reichseisenbahnen und Reichsdruckerei. Es hat ferner Anteil am Reingewinn der Reichsbank und des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers und erzielt Einnahmen aus vermieteten Gebäuden und Räumen.

In Preußen verteilen sich Besitz und Einnahmen auf Domänenverwaltung, Forstverwaltung, Lotterieverwaltung, Königliche Seehandlung, Münzverwaltung, Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung und Eisenbahnverwaltung. In die Kasse der Domänenverwaltung fließen auch Einnahmen aus Mineralbrunnen und Badeanstalten. Verpachtet sind die Mineralbrunnen zu Niederselters, Fachingen, Geilnau sowie die Bäder und Mineralbrunnen zu Langenschwalbach und Schlangenbad; selbstbewirtschaftet werden Bad und Mineralbrunnen zu Ems sowie die Bäder Nenndorf, Rehburg und Norderney. Verpachtet sind 1027 Domängüter mit einer nutzbaren Fläche von 430 197 Hektar. Die Seehandlung besitzt auch Mühlen in Bromberg und, gemeinsam mit dem Domänenfiskus, eine Mühle in Krone an der Brahe sowie eine Flachsgarnmaschinenspinnerei in Landeshut in Schlesien. Mit der Seehandlung ist auch das Königliche Leihamt in Berlin verbunden. Die Münzverwaltung umfaßt die Münze in Berlin und eine Probieranstalt in Frankfurt am Main. Die Eisenbahnen warfen vor dem Krieg jährlich über 300 Millionen für die Staatskasse ab, die Steinkohlenbergwerke rund 40 Millionen, die anderen Bergwerke 12 bis 14 Millionen. Erträge brachten auch: Gesetzsammlungsamt,

Staatsanzeiger und Porzellanmanufaktur; staatlich ist ferner der Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal. Staatlich betrieben werden in Bayern Eisenbahn, Post, Bodenseedampfschiffahrt, Würmseedampfschiffahrt, Schiffahrt auf dem Ammersee und der Amper, Kettenschleppschiffahrt auf dem Main. Der Staat besitzt 3 Kohlenbergwerke, 7 Hüttenwerke; Salzwerke bestehen in Berchtesgaden, Reichenhall und Rosenheim. Staatsbetriebe sind ferner das Hofbräuhaus in München, ein Weingut in Unterfranken, die Hofschifferei auf dem Chiemsee. Aus Mineralbädern, Gebäuden, Grundstücken, Fischerei erzielt die Staatskasse jährlich 1,3 Millionen, aus Forsten, Jagden und Triften 35 Millionen, aus der Königlichen Bank 4,6 Millionen, der Münzanstalt 66 000 Mark.

Das Königreich Sachsen besitzt neben den Eisenbahnen, der Münze, der Landeslotterie ein Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden, das Blaufarbenwerk in Oberschlema, Erzbergwerke und Hüttenwerke bei Freiberg, ein Braunkohlenbergwerk, ein Steinkohlenbergwerk, die Porzellanmanufaktur, 2 Zeitungen, ein Bad (Elster), die Hofapotheke in Dresden, Kohlenfelder, 4 Kalkwerke, Domänen und Forsten; die beiden letztgenannten Besitzungen werfen jährlich rund 10 Millionen Mark für die Staatskasse ab, so viel wie die Staatseisenbahnen.

In Württemberg bringen die Forsten einen Reinertrag von rund 12 Millionen Mark. Von den 43 Meiereien sind 29 an Private verpachtet, 4 mit Ackerbauschulen verbunden, 10 zu Staatszwecken verpachtet. Bergwerke sind keine mehr vorhanden, wohl aber 6 Hüttenwerke. Die Zahl der Salinen beträgt 4. Neben der Post und den Eisenbahnen ist der Staat auch im Besitz der Badeanstalt Wildbad, einer Münze, des Staatsanzeigers und der Bodenseedampfschiffahrt.

Das Großherzogtum Baden besitzt neben den Eisenbahnen, Domänen, Forsten, der Münze, den Salinen auch die Brauerei Rothaus und das Murgkraftwerk.

Die kleinen Bundesstaaten haben im wesentlichen keinen andern Staatsbesitz als die Domänen und Forsten, zu denen auch noch einige Sägemühlen, Steinbrüche, kleine Gruben, Mühlen, Apotheken, kleine Eisenwerke und dergleichen in dem einen oder andern Staat sich gesellen.

Im wesentlichen ist also der heutige Staatsbesitz, von den modernen Verkehrseinrichtungen abgesehen, der alte überlieferte Gemeinbesitz, der zu einem nicht geringen Teil seinen Ursprung in der ersten Zeit der Herausbildung des Staatswesens hat.

× Eisenbahnwesen Der 35. Band der Statistik der in Betrieb befindlichen Eisenbahnen Deutschlands /Berlin, Mittler/ gibt in zahlreichen Tabellen ein anschauliches Bild des deutschen Eisenbahnwesens. Danach betrug im Rechnungsjahr 1914 die Eigentumslänge der deutschen vollspurigen Eisenbahnen 61 994,34 Kilometer, gegen 61 357,76 im Jahr zuvor. Im Lauf des Rechnungsjahrs 1914 sind 647,31 Kilometer neu eröffnete Strecken hinzugekommen, davon im Bereich der preußisch-hessischen Staatsbahnen 443,58; dagegen wurden infolge von Bahnhofsumbauten 10,73 Kilometer dauernd außer Betrieb gesetzt. Die Eigentumslänge der deutschen Staatseisenbahnen berechnete sich am Ende des Jahres 1914 auf 58 444,10 Kilometer und die der Privateisenbahnen auf nur 3550,24. An Fahrzeugen standen am Ende des Jahres 1914 30 633 Lokomotiven nebst 20 067 zugehörigen Tendern, 485 Triebwagen, 67 491 Personenwagen, 719 555 Gepäck- und Güterwagen zur Verfügung. Die gesamten Betriebsmittel haben einen Anschaffungswert von 5031,4 (am Ende des Vorjahrs 4752,8) Millionen Mark. An Baukosten sind im ganzen 20 207 Millionen Mark aufgewendet, auf 1 Kilometer Eigentumslänge 325 949 Mark. Das von den gegenwärtigen Eigentümern aufgewendete Anlagekapital beträgt 19 835,3 Millionen Mark. Von diesem Anlagekapital entfallen auf Staatsbahnen 19 464,4 Millionen Mark und auf Privatbahnen 370,9 Millionen Mark. Der Verkehr stand im Jahr 1914 natürlich schon stark unter dem Einfluß des Krieges. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wurden 837,3 (im Vorjahr 1017,5) Millionen Mark eingenommen, das sind 26,66 (28,55) % der Gesamteinnahme. Aus der Beförderung von Personen (ausschließlich des Militärs auf Militärfahrkarte und Militärfahrkarten) sind 736,3 (957) Millionen, aus der Beförderung von Militär 70 (17,8) Millionen, aus der Gepäckbeförderung 23,6 (33) Millionen Mark gelöst worden. Der Güterverkehr brachte eine Einnahme von 2041,8 (im Vorjahr 2286,2)

Millionen Mark oder 65,02 (64,16) % der Gesamteinnahmen. Die gesamte Betriebseinnahme auf den vollspurigen Eisenbahnen betrug 3134,2 (im Vorjahr 3556,1) Millionen Mark; die Betriebsausgaben ergaben 2513,2 (im Vorjahr 2490,4) Millionen Mark. Der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben auf den vollspurigen Eisenbahnen belief sich auf 621,02 (im Vorjahr auf 1065,7) Millionen Mark und ergab als Rente 3,20 (im Vorjahr 5,70) % des auf die eigenen Strecken verwendeten Anlagekapitals. Nach Abzug der für die Erneuerungs- und Reservefonds gemachten Rücklagen und nach Hinzutritt einiger sonstigen Erträge hat sich ein verfügbarer Jahresertrag von 625,1 (im Vorjahr 1068,2) Millionen Mark ergeben. Davon sind 609,55 (1049,1) Millionen Mark als Ertrag der Staatsbahnen an die Staatskasse abgeführt worden. Die Zahl der im Betrieb der vollspurigen Eisenbahnen beschäftigten Beamten und Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 764 028 (786 466). An Besoldungen und sonstigen Bezügen sind für diese 1394,6 (1351,4) Millionen Mark gezahlt worden.

Die Länge der schmalspurigen Eisenbahnen für den öffentlichen Verkehr am Ende des Jahres 1914 betrug 2217,72 Kilometer. Die Gesamteinnahmen stellten sich auf 14,565 (17,326) Millionen, die Ausgaben auf 13,431 (14,552) Millionen Mark, so daß sich ein Überschuß von 1,134 (2,774) Millionen Mark ergab. Das bedeutet eine Verzinsung des 185,598 (179,573) Millionen Mark betragenden Anlagekapitals von 0,68 (1,54) %. Die Zahl der beschäftigten Beamten und Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 6163 (6623), für die an Besoldungen usw. im Betriebsjahr 9,791 (10,256) Millionen Mark gezahlt worden sind.

× Elektrizitätsmonopol

× Die staatliche Elektrizitätsversorgung des Königreichs Sachsen (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 592 ff.) war der Gegenstand einer Beratung der sächsischen Industriellen, über die nun als 17. Heft der Veröffentlichungen des Verbandes sächsischer Industrieller ein stenographischer Bericht vorliegt /Dresden, Boden/, der ein besonderes Interesse verdient, weil er Aufschluß über die verschiedenen Ursachen gibt, aus denen gegen ein staatliches Elektrizitätsmonopol Widerstand geleistet wird. Der Großindustrielle Kommerzienrat Bauer

bezieht seine Kraft bereits aus einem großen Elektrizitätswerk und hat den Vorteil der Zentralisierung der Kraft-erzeugung und -verteilung praktisch kennengelernt; er sieht deshalb »in der Verstaatlichung einen Akt, der zum Wohle und zum weitern Blühen und Gedeihen unserer Industrie durchaus geeignet ist«. Er fand auch Beifall bei Unternehmern aus kleinen Gemeinden, die keine eigenen Kraftwerke besitzen. So meinte der Besitzer einer großen Weberei, Förster in Spremberg; daß, wenn man auch befürchte, daß den großen Gemeinden durch die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung eine gute Steuerquelle verloren ginge, er diese doch im Interesse der Industrie und der kleineren Gemeinden für nötig halte. In der Entschließung dieser Versammlung von Industriellen kam recht deutlich zum Ausdruck, daß die Unternehmer noch andere Befürchtungen haben. Es wird da unter anderm verlangt, daß die der Industrie in der Regierungsdenkschrift zugebilligte Freiheit bei der Selbsterzeugung elektrischer Kraft gesetzlich ohne jede Beschränkung gewährleistet werden müsse. Schließlich verlangen die Industriellen, daß die Elektrizitätserzeugung nicht vom Staat sondern von einer öffentlichen Organisation verwaltet werde, »in welcher der Staat einen maßgebenden Einfluß besitzt«, und bei der jedenfalls die Industrie »in ausreichender Weise zu Worte kommt«.

Die Unternehmer wollen nicht in die Abhängigkeit des Staates kommen: das ist der wesentlichste Grund, weshalb sie das Monopol verwerfen. Ihre jetzige Machtstellung ist ihnen wertvoller als der billigere Strom. Das brachte der Vortragende Dr. Voigt aus Kiel am besten zum Ausdruck: Die Stromkosten betragen nur etwa 2 bis 10 % der Lohnkosten und seien nur ein einziges Glied in der Summe der Momente, die für das Gedeihen der Industrie ausschlaggebend sind. »Die Arbeiterfrage ist zum Beispiel viel, viel wichtiger; billiger Einkauf von Material, günstige örtliche Lage, geringe Transportkosten der Roh- und Fertigware und dergleichen mehr übertreffen in ihrer Bedeutung die Frage des Strombezuges, so daß es nicht gerechtfertigt ist die eine Frage, nämlich den Strombezug, allen anderen voranzustellen. Ein Betrieb kann oft trotz verhältnismäßig teurer Elektrizität konkurrenzfähig bleiben, nicht aber, wenn er ungünstige Arbeiterverhältnisse hat.«

Die Stellungnahme der Unternehmerorganisation sollte die Arbeiterorganisationen veranlassen ihren Einfluß ebenfalls zur Geltung zu bringen. Leider hat sich allerdings eine einheitliche Auffassung über die Bedeutung der Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung in den Reihen der Arbeiter noch nicht herausgebildet.

Die sächsischen Industriellen empfehlen für die Elektrizitätsversorgung ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, mit dem jetzt allgemein die Kapitalisten gegen die Verstaatlichung operieren. Sehr willkommen ist deshalb die recht interessante und eingehende Untersuchung Die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen bei der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, die Clemens Heuß in Schmollers Jahrbuch veröffentlicht. Sehr treffend sagt er, die wirtschaftliche und juristische Beurteilung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen habe nicht bloß akademische Bedeutung, sondern sie werde durch private Erwerbsinteressen sehr stark beeinflusst. Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung sei zu einem Schlagwort geworden, hinter dem sich rein wirtschaftliche, sehr mächtige Erwerbsinteressen verbergen, die die Kommunalisierung von Erwerbsbetrieben nicht vom Standpunkt des privaten Unternehmers, der Manchesterdoktrin aus bekämpfen sondern vorgeben, in der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung habe man es mit einer Unternehmungsform zu tun, die die Wahrung der öffentlichen Interessen in glücklicher Weise mit dem Vorteil privater Geschäftsführung verbinde. Deshalb verdiene diese Frage auch eine gründliche Untersuchung. Heuß hat diese an einem reichen Material vorgenommen. Er kommt dann zu dem Ergebnis, die Entwicklung unserer Elektrizitätsversorgung gehe dahin, daß die privaten Monopole der beiden Berliner Konzerne, die sich auf das ausschließliche Wegebenutzungsrecht gründen, die übrigen kleinen Elektrizitätswerke zu umklammern und aufzusaugen drohen. »Zufolge dieses Wegebenutzungsrechts handelt es sich aber ebenso um ein privates Monopol wie seinerzeit vor der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Diese hat aber die Überlegenheit der öffentlichen Verwaltung beim Monopolbetrieb unwiderleglich bewiesen. Von einem höhern, das Gesamtinteresse Deutschlands zusammenfassenden Gesichtspunkte aus können wir eine befriedigende Lösung

der Elektrizitätsversorgung Deutschlands nur in ihrer Verstaatlichung sehen.«

×
Kurze Chronik Als leitendes und zusammenfassendes behördliches

Organ zur Beschaffung und

Verteilung der Rohstoffe, deren die deutsche Volkswirtschaft beim Übergang vom Kriegs- in den Friedenszustand in großen Mengen bedürfen wird, ist durch Verordnung des Bundesrats vom 3. August ein Reichskommissar für Übergangswirtschaft bestellt worden, dem sachverständige Mitarbeiter aus den Interessentengruppen und ein Beirat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern an die Seite gestellt werden sollen. × Eine Reichsstelle für Speisefette ist durch Verordnung des Bundesrats vom 20. Juli errichtet worden. × Die Sammlung und Ablieferung von Speiseresten und Küchenabfällen unterliegt laut Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni besonderer staatlicher Regelung. Gemeinden von mehr als 40 000 Einwohnern sind verpflichtet die in den Häusern und auf Grundstücken von den Einwohnern aufbewahrten Küchenabfälle 3mal wöchentlich abzuholen und an die Reichsgesellschaft für Milkraftfutter abzuliefern. × Ein Einfuhrmonopol für Kupfervitriol hat der schweizerische Bundesrat am 31. Juli errichtet.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Massen- speisung

Bei der Notwendigkeit die vorhandenen Lebensmittel auch möglichst vollständig für die Ernährung des Volkes auszunutzen ist das Problem der Massen-speisung mehr und mehr in den Vordergrund getreten. Wohl haben einzelne Städte, es sei nur an Hamburg erinnert, von Kriegsbeginn an Kriegsküchen eingerichtet und in ihnen stets wachsende Massen gespeist, aber sie bildeten die Ausnahme. Eigentlich erst in diesem Jahr sind die Städte nach und nach gezwungen worden sich mit dieser Aufgabe zu beschäftigen. Von dem Verein für Volkswohlfahrt wurde in den Tagen vom 7. bis zum 9. Juli eine Konferenz über die Massenspeisungen veranstaltet, die sicherlich viele Anregungen und Aufklärungen aus der Praxis brachte. Schon ehe diese Tagung stattfand, hatten indes einige Großstädte, wie Berlin, Köln und andere, den Entschluß gefaßt die Massenspeisungen systematisch

einzuführen und ihre Einrichtungen dazu getroffen. Köln hatte schon seit längerer Zeit eine Anzahl Volks- und Fahrküchen im Betrieb, in denen zuletzt über 20 000 Portionen verausgabt wurden. Die Stadt entschloß sich nun die Einrichtung zunächst so weit auszubauen, daß vom Juli ab etwa 40 000 Personen befriedigt werden könnten. Ebenso hat Berlin Anfang Juli die erste Zentralküche eröffnet. Mit dieser Küche, die auf eine Leistungsfähigkeit von 30 000 Litern eingerichtet ist, sind 9 Verteilungsstellen verbunden, von denen 7 in Gemeindefurnhallen untergebracht sind. Bis Anfang September folgten 6 weitere Küchen. München, das seit Kriegsbeginn 13 Volksküchen mit einer Leistungsfähigkeit von je etwa 1000 Litern pro Tag aufrechterhält, hat den Bau von 7 weiteren Küchen seit Anfang Juli in Angriff genommen, von denen 2 mit einer Leistungsfähigkeit von je 4000 Portionen Mittagbrod Ende Juli in Betrieb kamen. Ähnlich andere Städte. Man kann diese Bestrebungen kurz in die Worte Kommunalisierung der Massenspeisungen zusammenfassen. Die Gemeinden übernehmen die neue Aufgabe, da sie auf die Dauer von niemand anders geleistet werden kann. Denn nur die Gemeinden sind heute imstande sich Lebensmittel zu beschaffen. Die Speisung erfaßt nicht nur mehr die Kreise der Kriegerfamilien und der minderbemittelten Bevölkerung überhaupt sondern auch den Mittelstand, wenigstens bis in seine mittleren Schichten hinein. Damit entstehen neue Fragen, wie, ob Einheitsküche oder 2 Arten von Küchen, Volksküchen und Mittelstandsküchen neben einander, ob Herstellung verschiedener Speisen, abgestuft nach den Lebensgewohnheiten und der Zahlungsfähigkeit der Käufer, auf die hier nur hingewiesen werden kann. In einzelnen Städten, Köln, Berlin und anderen, haben die neuen Einrichtungen nicht den erwarteten Zuspruch gefunden. Köln hatte seine Einrichtungen auf 40 000 Teilnehmer zugeschnitten; in der ersten Woche beteiligten sich aber nur 3000 Personen, weniger Arbeiter als Angehörige des Mittelstands, Beamte, Angestellte usw. In Saarbrücken wurde ein Rückgang in der Zahl der abgenommenen Portionen um etwa ein Siebentel beobachtet, sobald die Kartoffelzufuhr stärker wurde und auch Gemüse in größeren Massen auf den Markt kam. Die Selbstzahler blieben fort, während die Zahl der Kriegerfamilien und der an-

deren Unterstützten unverändert blieb. Ähnliches wurde aus Düsseldorf, Essen und anderen Orten gemeldet. Nun wäre es sicherlich verfrüht aus solchen Erscheinungen, die wahrscheinlich nur vorübergehend sind, irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Nur das eine wird man wohl sagen dürfen: Die Abneigung gegen Massenspeisungen jeder Art ist ein tief eingewurzelt Vorurteil, mit dem jede verständige Stadtverwaltung rechnen wird. Man wird daher auch mit einer langsamer Entwicklung zu rechnen haben als man anfänglich annahm. Mit der Zeit wird allerdings der Einfluß der eingangs genannten Faktoren so stark werden, daß er auch heftige Vorurteile überwinden dürfte.

Für eine gedeihliche Entwicklung der Massenspeisungen ist es vor allem notwendig, daß sie nicht als Wohlfahrtsunternehmen (davon nahmen sie ihren Ausgang) sondern als allgemeine Einrichtungen der Kriegslebensmittelfürsorge erscheinen und behandelt werden. Das Odium der Armenpflege muß mit peinlicher Sorgfalt ferngehalten werden.

× Milchversorgung

Wie in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 309 f.) berichtet wurde, war die

Stadt Straßburg durch den Krieg sofort gezwungen worden die Milchversorgung ihrer Bevölkerung in die Hand zu nehmen, da sich der Milchhandel den Ereignissen gegenüber in keiner Weise gewachsen zeigte. Sie gründete in Verbindung mit einigen größeren Geschäften des Milchhandels eine Milchzentrale, die bereits am 1. Januar 1915 eröffnet wurde. Das Unternehmen wurde mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark ausgestattet und kaufte sofort eine Reihe größerer Geschäfte auf. Die Milchzentrale mußte nach kurzer Zeit eine tägliche Milchmenge von 11- bis 12 000 Liter, die im Juni und Juli 1915 zeitweilig bis zu 17 000 Liter stieg, bearbeiten. Von jenen Geschäften übernahm die Zentrale auch ihre Tochtergeschäfte und Niederlagen sowie die Verbindungen mit Spezerei-, Obst- und Gemüsehändlungen, die bisher den Vertrieb der Milch besorgt hatten. Sie sah ihre Hauptaufgabe zunächst darin die Verteilung selbst zu organisieren, Milch in größeren Mengen auch in die von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteile zu bringen, um später auch die Qualität der Milch zu verbessern. Die Schwerfälligkeit des äußern wie des innern Betriebs, eine

Folge der Übernahme oft veralteter und verbrauchter maschineller Einrichtungen und einander Konkurrenz machender Verteilungseinrichtungen, erschwerte eine gewinnbringende Geschäftsführung in den ersten Monaten außerordentlich. Doch gelang es dem Unternehmen immerhin im 1. Vierteljahr noch Überschüsse herauszuwirtschaften, die zu Abschreibungen verwendet wurden. Im 2. Vierteljahr dagegen arbeitete die Zentrale mit Verlust, da die Einkaufspreise in die Höhe gingen und namentlich auch die vom Allgemeinen Baseler Konsumverein gelieferte Milch um 3 Pfennig für das Liter teurer wurde. Auf der andern Seite steht aber die Tatsache, daß der Verkaufspreis in der Stadt bis zum 6. August 1915 auf 24 Pfennig festgehalten werden konnte. Anfang August mußte der Höchstpreis erhöht werden.

Trotz allen Anstrengungen der Stadt gelang es nicht die Milcheinfuhr auf einer Höhe zu halten, bei der die Versorgung der Bevölkerung dem freien Handel hätte größtenteils überlassen bleiben können. Der Ertrag der Milchkühe in dem Produktionsgebiet ging sehr stark zurück; gleichzeitig stieg der Verbrauch der Milch auf dem Lande beträchtlich. Am 15. September 1914 wurden noch 52 746 Liter aus dem Unterelsaß, Lothringen und Baden eingeführt. Das Quantum erreichte am 17. November mit 65 948 Liter das Maximum, um von da an fortgesetzt abzunehmen. Auch das Eintreten der Grünfütterung im Jahr 1915 brachte nur ein kurz dauerndes Ansteigen der Zufuhr. Mit der zweiten Hälfte des Septembers 1915 häuften sich die Klagen über ungenügende Milchversorgung durch die Händler. Ende November war die Zufuhr auf 40 465 Liter gesunken. Dazu kam noch eine völlig ungleichmäßige Verteilung der Milch. Stellte ein Händler seinen Betrieb ein, so blieb der größere Teil der Kundschaft ohne Milch, weil die anderen Händler keine neuen Kunden annahmen. Die Milchzentrale vermochte den Notstand nur wenig zu ändern, auch sie hatte unter dem Stocken und dem Rückgang der Einfuhr zu leiden. Ebenso wehrlos war sie dagegen, daß zu dem Milchmangel auch noch heimliche Überschreitungen des Milchpreises hinzukamen. In dieser Notlage entschloß sich die Stadt dazu den gesamten Handel mit Milch zu übernehmen und Milchkarten einzuführen, um mit ihnen die Milch zu verteilen und die Einhaltung des Höchstpreises zu

sichern. Es wurde ein städtisches Milchamt eingerichtet, das die nötigen Verwaltungsmaßregeln, Entwurf einer Milchordnung usw. vorbereitete. Als kaufmännisches Unternehmen zur Ausführung der Milchordnung diente die Milchzentrale. Wertvolle Förderung erhielt die Stadt durch das Ministerium und das Gouvernement. Dieses erließ eine Verordnung für den erweiterten Befehlsbereich der Festung, sprach darin eine Beschlagnahme aller zur Einfuhr in die Stadt gelangenden wie in ihr gewonnenen Milch aus, legte den bisher liefernden Landwirten einen Lieferungs-zwang für die Zukunft auf und erteilte der Stadt zum Abschluß von Verträgen besondere Berechtigungen.

Die Verteilung wurde nun in der folgenden Weise organisiert. Die Vororte, die noch ganz oder zum nicht unerheblichen Teil die Milch selbst erzeugen, die bei vorsichtiger Wirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung notwendig ist, wurden als Selbstbewirtschaftungsgebiete organisiert. Die Viehhalter erhielten Kunden aus ihren Vororten zugewiesen, an die sie die überschüssige Milch abzuliefern hatten. Die übrige Stadt wurde in Milchbezirke eingeteilt, die sich an die Grenzen der auch der Brotkartenverteilung zugrunde gelegten Bezirke für die Landtags- und Gemeinderatswahlen anschlossen. Die Verbraucher müssen die Milch von der Abgabestelle abholen. Nur in 7 Bezirken wird die Milch zugeführt, weil in diesen die Entfernungen zur Abgabestelle zu groß geworden wären. Die Abgabestellen wurden in bestehenden Milchhandlungen, Spezereiwarengeschäften, Läden des Konsumvereins, Milchhäuschen des Vereins für Gesundheitspflege und in leerstehenden Läden eingerichtet. Die einer Abgabestelle zugewiesene durchschnittliche Milchmenge beträgt 150 bis 300 Liter pro Tag. Für das Liter wurde eine Verkaufsvergütung von 1½ Pfennig gewährt. Im allgemeinen kamen die Verträge mit dem freien Milchhandel verhältnismäßig glatt zustande. Sicherte doch die neue Ordnung allen gleichmäßig ihr Brot für die Kriegsdauer. Größere Schwierigkeiten machten die Annahme, Bearbeitung und Verteilung von rund 40 000 Liter Milch täglich, eine Aufgabe, die nunmehr die Milchzentrale zu übernehmen hatte. Ihre Zentralisation an einer Stelle war unmöglich, da die Einrichtungen keiner der seinerzeit übernommenen Molke-reien dazu ausreichten. So mußten denn

mehrere Bearbeitungsstellen eingerichtet und außerdem auch noch Betriebe, die nicht zur Milchzentrale gehörten, herangezogen werden. Sie erhielten eine Entschädigung von 2 bis 2½ Pfennig für das verarbeitete Liter Milch.

Die Behandlung der Milch mußte fürs erste mit den vorhandenen Betriebsmitteln erfolgen, die durchaus unzulänglich waren, weder moderne Erhitzungsvorrichtungen noch moderne Kühlapparate, noch Kannenspülanlagen usw. besaßen. Für die Abfuhr mußte ein eigener Fuhrpark von 12 Pferden beschafft werden. Neben der Vorbereitung der Organisation im Innern der Stadt gingen die Verhandlungen mit den Milchlieferanten weiter. Es gelang mit den Lieferanten zur Einigung zu kommen, so daß keine größere dauernde Störung in der Milchzufuhr erfolgte. Die Verteilung bedurfte erst einiger Zeit, um sich einzuführen. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, daß die Milchzufuhr nach und nach ständig abnahm, und daß daher die ausgegebenen Milchkarten nicht immer voll eingelöst werden konnten. Allmählich aber konnte man die erforderlichen 46- bis 47 000 Liter dadurch aufbringen, daß an den Sonntagen etwa 20 000 Liter durch Ausschluß der Erwachsenen bis zu 70 Jahren erspart wurden.

Der Ausbau und die innere Durchbildung des in der deutschen Gemeindeverwaltung ganz einzigartigen Unternehmens erforderte natürlich Zeit. Das galt insbesondere für die weitergehenden Bestrebungen, bei deren Durchführung die Stadt auf die verständnisvolle Hilfe der Milchproduzenten angewiesen ist, nämlich die rationelle Ordnung des Sammlungs- und Frachtdienstes, Gewinnung der Milch nach den Forderungen der Gesundheitspflege und die Steigerung der Produktion. Auch in dieser Richtung wurden im Lauf der Zeit wichtige Fortschritte gemacht, die dann schließlich in der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung Unterelsässische Milchversorgung ihren vorläufigen Abschluß fanden. Damit wurde die Versorgungsregelung über die Stadt Straßburg hinaus auf die Gemeinden des Kommunalverbandes Unterelsaß ausgedehnt. Die Gesellschaft stellt den Ausgleich zwischen den Überschuß- und den Bedarfsgemeinden her.

X
 Grundstücks- Ein Schüler Adolf Webers, X
 kredit Dr. Fritz Terhalle, hat ein
 Buch Die Kreditnot am
 städtischen Grundstücksmarkt erschei-

nen lassen /Jena, G. Fischer/, in dem er durch die Untersuchung der Ursachen der Kreditnot die wissenschaftliche Grundlage für die kritische Würdigung einiger Reformprojekte gewinnen will, mit denen er sich dann weiter beschäftigt. Wie ich schon früher im Archiv für Sozialwissenschaften dargelegt habe, trete ich Weber in vielen Punkten bei, ohne ihm doch in allen seinen Schlußfolgerungen überall zuzustimmen. Das gilt auch für das Buch Terhalles.

Der Verfasser übernimmt vielfach Behauptungen des Schutzverbands für deutschen Grundbesitz, der Hausbesitzervereine, Pohles und anderer, ohne sie genügend auf ihre Richtigkeit zu prüfen. So zitiert er eine Behauptung aus dem Zentralmarkt des Berliner Tageblatts, daß lediglich das »solide« Geschäft, der normale Wohnhauserwerb, unter offenbaren Belästigungen durch die Wertzuwachssteuer gelitten habe, die spekulativen Transaktionen aber nicht in nennenswerter Zahl durch sie beschränkt worden seien. Die sorgfältige Studie Bertholds über die Ergebnisse der Zuwachssteuer und ihre Wirkungen auf den Grundstücksumsatz aber, die für jede wissenschaftliche Untersuchung eine wichtige Grundlage bietet, wird von ihm überhaupt nicht erwähnt. Sie kommt gerade zu dem entgegengesetzten Urteil, ist allerdings ganz anders fundiert als die Äußerung des Berliner Tageblatts. Ein anderes Beispiel: Der Verfasser bespricht die Bedeutung, die den Bauordnungen für die Realkreditnot zukommen soll. Hier erörtert er unter anderm eine Äußerung aus dem Deutschen Ökonomen, zitiert von Brockdorff vom Schutzverband, die Konjunktur, Roscher, als Beleg für die Behauptung, daß durch ihre zu weit gehenden Anforderungen an Luft und Licht, Weiträumigkeit usw. noch das Risiko der Wohnungsproduktion und damit auch der zweiten Hypothek gesteigert worden sei, ohne überhaupt zu untersuchen, ob die von den neueren Bauordnungen geforderte Weiträumigkeit wirklich so ungeheuerlich ist wie die Herren vom Schutzverband und die Terraininteressenten behaupten, und ob denn überhaupt eine Verbindung zwischen der sogenannten Not der zweiten Hypothek und den Bauordnungen volkswirtschaftlich möglich sei. Nur diese Hinweise zur Charakteristik des 1. Teils des Buches.

Der 2. Teil beschäftigt sich mit der

Amortisationshypothek, der gesetzlichen Regelung des Taxwesens, den Mängeln des Hypothekenrechts, der Organisation des zweitstelligen Hypothekarkredits, insbesondere auch den städtischen Hypothekenbanken. Die Kritik, die der Verfasser hier übt, scheint mir in vielen Punkten zutreffen. Seiner Beurteilung der Amortisationshypothek, deren obligatorische Einführung wenigstens für die Großstädte er ablehnt, ist durchaus zuzustimmen. Sie ist auf einmal Mode geworden, und es gehört fast zum guten Ton in ihr die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der Realkreditverhältnisse zu sehen. Das gleiche gilt auch für die Mängel des Hypothekenrechts. Man mag ihr Vorhandensein einräumen, muß sich aber vor dem Glauben hüten, als ob durch die Änderung einiger Gesetzesvorschriften große volkswirtschaftliche Entwicklungen gehemmt oder in andere Bahnen gelenkt werden können. Terhalle hebt in seinem Schlußwort selbst hervor, daß seine Untersuchung in weiten Kreisen mehr Widerspruch als Zustimmung, und zwar auf beiden Seiten, bei den Hausbesitzern wie bei den Wohnungsreformern, finden werde. Darin hat er sicherlich recht; es ist aber damit noch kein Beweis weder dafür, daß der Verfasser mit seiner Kritik recht hat, noch daß er unrecht hat, geliefert. Die Frage ist, ob seine Darlegungen einer wissenschaftlichen Prüfung standhalten.

×
Kurze Chronik Die wachsende Teuerung der Lebensmittel zwingt die Städte zur Revision ihrer Teuerungszulagen in der Richtung, daß sie nicht mehr nur die kleinen Einkommen ihrer Unterbeamten und Arbeiter sondern auch die mittleren erhöhen. So hat Berlin neuerdings die Höchstgrenze von 2500 Mark auf 3600 Mark hinaufgesetzt. Charlottenburg gewährt nunmehr Teuerungszulagen bis zu 5000 Mark Einkommen; Verheiratete mit Kindern unter 16 Jahren erhalten bei Einkommen von 4- bis 5000 Mark für jedes Kind 4 Mark. Berlin-Friedenau hat die Grenze von 2000 auf 3600 Mark erhöht. Der gleiche Vorgang spielt sich in einer großen Zahl von Gemeinden ab, die hier nicht alle genannt werden können. × Die Stadt Bad Oeynhausen hat sich an der Gründung einer gemeinnützigen Heimstättengesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt. Diese hat den Zweck ein günstig gelegenes Areal von 2,1 Hektar mit Einfamilienhäusern

für den Mittelstand zu bebauen. × Die Kreisregierung von Mittelfranken hat die Stadt Nürnberg für verpflichtet erklärt der Baugenossenschaft Selbsthilfe, einer von katholischen Vereinen und den christlichen Gewerkschaften geförderten Gründung zum Bau von Kleinwohnungen, ein bei der Königlichen Landeskulturrentenanstalt aufzunehmendes Darlehen von 118 700 Mark zu gewähren. Der Magistrat hat beschlossen Beschwerde beim Ministerium des Innern und Klage beim Verwaltungsgerichtshof wegen Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts zu erheben. × Die Stadtgemeinde Fürth in Bayern hat für die Arbeiter aller städtischen Betriebe die durchgehende Arbeitszeit eingeführt. Während der Mittagspause erhalten die Arbeiter ein warmes Mittagessen zum Selbstkostenpreis von der Stadt.

×

Literatur

Das von Stier-Somlo herausgegebene Handbuch des kommunalen Verwaltungs- und Verwaltungsrechts / Oldenburg, Gerhard Stalling/ nimmt seinen Fortgang. Im neuesten Heft wird das Recht der Kommunalabgaben behandelt. An die Spitze dieses Teils ist ein Abschnitt über das Recht der staatlichen Einkommensteuer aus der Feder von Strutz gestellt, an den sich ein Abschnitt über das Recht der Gemeindeabgaben im allgemeinen vom gleichen Verfasser anschließt. Beide Arbeiten zeigen die Vorzüge, die die Strutzschen Arbeiten auszeichnen: gründliche Kenntnis der Materie und Erfassung des Gegenstands nach größeren Gesichtspunkten. Eine weitere Würdigung soll für die Zeit vorbehalten bleiben, wenn das Werk abgeschlossen vorliegt. × In den Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt behandelt Dr. O. H. Jenny in seiner Arbeit Bautätigkeit und Wohnungsmarkt im Kanton Basel-Stadt /Basel, Lendorff/ die 12. Zählung der leerstehenden Wohnungen und die 11. Neubautenstatistik in Basel. Der Schwerpunkt der ganzen Darstellung liegt in den Tabellen. Sie wurden deshalb nach einheitlichen Grundsätzen ausgearbeitet und umfassen die Ergebnisse der letzten 10 Jahre in absoluten Werten und für die wichtigeren Reihen auch nach Verhältniszahlen. Man vermag daher die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt während des genannten Dezenniums in ihren Einzelheiten zu studieren. In diesem Zusammenhang tritt dann auch die Be-

einflussung, die Bautätigkeit und Wohnungsmarkt durch den Krieg erlitten haben, recht deutlich zutage. Basel hat als Grenzstadt schwer unter dem Krieg zu leiden, und wie in den deutschen Städten so zeigt das Jahr 1915 auch dort noch mehr als das Vorjahr seine verwüstenden Wirkungen. Das Studium der Schrift kann allen, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigen, empfohlen werden.

Geistige Bewegung / Herman Kranold

Vereinsrecht für Jugendliche Durch die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, wie sie vom Reichstag beschlossen wurde (siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, 1916, 2. Band, pag. 768 ff.), wird auch den Jugendlichen, die nach dem Vereinsgesetz noch nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen, die Möglichkeit der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften gegen alle Gelegenheitsjurisprudenz gesichert. An sich wäre über diese Erfüllung einer alten demokratischen Forderung nichts Besonderes zu sagen; man könnte sich vielmehr damit begnügen diesen kleinen Fortschritt zu registrieren. Der Einspruch jedoch, der von sehr fortschrittlicher pädagogischer Seite gegen die Novelle erhoben worden ist, nötigt zu erneuter Behandlung des Gegenstands. Denn dieser Einspruch wie die Person dessen, der ihn erhob, sind der Beachtung wert. Georg Kerschesteiner, der durch seine Reformideen, sein ernstes Sachverständnis und die Energie und Lauterkeit seines Wesens sich bedeutendes Ansehen erworben hat, erklärte die Zulassung der Jugendlichen zu Versammlungen über politische und Lohnfragen für einen verhängnisvollen Schritt. »Sie werden dort [in diesen Versammlungen] nicht Belehrung finden können, aber um so mehr auf die nur allzu oft unvermeidlichen leidenschaftlichen Ausbrüche hereinfließen. Wir müssen alles tun, um unsere Jugend vor den Gefahren jeglicher Art von Verhetzung zu bewahren.« Man kann vieles an diesen Sätzen akzeptieren, ohne doch zu den gleichen Folgerungen zu kommen wie der Münchener Schulorganisator. Gewiß ist Verhetzung etwas, wovor man die Jugendlichen bewahren sollte; gewiß ist es sehr fraglich, ob politische Versammlungen, insbesondere große Agitationsversammlungen, Bildungsmittel sind, obwohl auch hier genau unterschieden werden muß, damit man nicht

zu viel verbiete. Aber für Lohnversammlungen, überhaupt für gewerkschaftliche Bestrebungen gelten Kerschensteiners Besorgnisse nicht. In der gewerkschaftlichen Arbeit ist wenig Gelegenheit zu »leidenschaftlichen Ausbrüchen« gegeben; und umgekehrt ist das ganze Gewerkschaftsleben mit seinem ständigen Appell an die eigentlichen sozialen Tugenden, an Treue, Hingebung an eine Sache, Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und Hinausblicken über die eigene Person und den einzelnen Tag ein außerordentlich wertvoller, leider noch fast völlig ungenutzter Erziehungsfaktor. Demgegenüber ist die Gefahr recht unbedeutend, daß die jungen Leute sich an schönen Worten berauschen könnten, statt sich an klares Denken zu gewöhnen. Dazu kommt aber ein Argument, das Kerschensteiner vielleicht nicht anerkennt, das jedoch den Marxisten wesentlich mitbestimmt: Die Gewerkschaftsbewegung ist von der frühzeitigen Eingliederung der Jugendlichen in ihre Reihen in ihrem Gedeihen und ihrem Wirken in hohem Maß abhängig. Deshalb ist gerade der Erziehungsreformer verpflichtet dieser Eingliederung freie Bahn zu schaffen. Nur wenn wir den ökonomischen Unterbau der Gesellschaft, unter anderm durch die Gewerkschaftsarbeit ändern, können wir die Grundlagen einer neuen Erziehung aufbauen. Und deshalb sind wir doppelt bereit Jünglinge zu wagen, um künftig Männer zu gewinnen.

✕
Militärische Jugend- und Arbeitererziehung
 Bei der Agitation zur Militarisation der Jugend muß streng unterschieden werden. Wir wollen alle die Erziehung der Jugend, die sie später zu großen Leistungen befähigt. Deshalb sollen wir aber nicht die Überlegenheit der körperlichen über die geistige Bildung proklamieren. Ebenso wenig ist es ein staatliches Erfordernis noch nicht zum Heeresdienst eingezogene junge Leute zu Halbsoldaten zu machen. Andererseits ist es unbedingt notwendig, daß man es unternimmt der körperlichen Verwahrlosung der Jugend abzuwehren, die vom Beginn der Fortbildungsschulzeit bis zum Eintritt ins Heer, vornehmlich in den ärmeren Schichten, bei uns vorhanden war. Doch haben wir bei allen Reformbestrebungen dieser Art darauf zu achten, daß das organisierte Eigenleben der Jugend nicht geknickt werde, das sich in den letzten Jahren, und gerade auch in weitgehen-

der Pflege der Körperkultur, recht zu entfalten begann.
 Der Reichtum der literarischen Produktion auf diesem Gebiet entspricht dem lebhaften Drang nach Reformen. Dabei finden wir alle Anschauungen vertreten, von vollkommenster Zustimmung bis zu entschiedener Abwehr. Nur recht wenige Autoren verlangen eine eigentliche militärische Ausbildung der Jugendlichen, und unter diesen finden sich immer noch häufiger Oberlehrer als Militärsachverständige. Aber die Schrift des Majors Corsep Die Erziehung unseres Armeenachwuchses /Erfurt, Literarisches Auskunftsbureau/ spricht doch davon, daß es nötig sei »unsern Heeresnachwuchs schon vor dem Dienst Eintritt mit positiven und ausgesprochen fachlich militärischen Vorkenntnissen auszustatten«. Aus dem Übungsplan erwähne ich Krokieren, Ausheben eines Schützenlochs, Gefecht gegen ein Nachbardorf usw. Solche Vorschläge tauchen indessen nur vereinzelt auf. Selbst Adolf Matthias, der unser Leben nur noch auf Wehrkraft stellen will (Deutsche Wehrkraft und kommendes Geschlecht /Leipzig, Hirzel/) sagt: »Es soll sich nicht um militärischen Drill und um Äußerlichkeiten handeln«; freilich setzt er hinzu: »sondern um die Ausbildung praktischer und im Kriege wesentlicher Fertigkeiten«. Dagegen sagt der Reichstagsabgeordnete Dr. Ernst Müller (Meiningen) in seiner Schrift Wir brauchen ein Reichsjugendwehrgesetz /Leipzig, Teubner/: »Notwendig ist ein Übungsbetrieb, der dem physiologischen Übungsbedürfnisse der Jugend und ihrem Tätigkeitstrieb Rechnung trägt und die Entwicklung zur Persönlichkeit fördert, aber keine sogenannte militärische Fachausbildung mit Drill, reiner Mechanik, mit Starrem und Gebundenem.« Er stellt sich auf die Forderung Wilhelm I.: »Macht uns die Jugend exerzierfähig, exerzieren wollen wir sie nachher schon selbst.« Das beste Studienmaterial ist die Gutachtensammlung Die militärische Vorbereitung der Jugend im Urteil Sachverständiger /Leipzig, Teubner/. Einstimmig werden, wie in der Zusammenfassung der Gutachten betont wird, auch hier nur ausgiebige Märsche und Übung der Sinne gefordert; schon bei der Beurteilung der Pfadfinderübungen sind die Meinungen geteilt, und das Schießen »findet mehr Abiehnung als Befürwortung, ebenso das eigentliche stramme Exerzieren«.

Läuft die Bewegung sonach im allgemeinen nur auf eine stärkere Betonung der Notwendigkeit auch körperlicher Jugenderziehung hinaus, so haben wir doch aus einem andern Grund Ursache ihr recht aufmerksam zu folgen. Von allen Seiten ertönt nämlich der Ruf nach dem Zwang. Manchen Autoren kommt wohl dabei der Gedanke, wie sehr dadurch die eigentlichen Jugendorganisationen, die bisher für diese Zwecke gerade das Beste geleistet haben, in ihrem Bestand gefährdet werden; doch beruhigt man sich darüber sehr leicht. Nur wenige, wie in der erwähnten Gutachtensammlung der Bundesvorsitzende des Wandervogels, Schuldirektor Neuendorff, äußern sich hier energischer. Und auch sie geben keinen eigentlichen Ausweg an. Hier ist der Punkt, wo wir anfangen sollten uns mit der Sache zu beschäftigen. Wir haben zu verhüten, daß unter den vielen Zweigen der bürgerlichen Jugendbewegung gerade die, die uns am wertvollsten sein müssen, unter die Räder geraten. So bald wird auch eine Zeit nicht mehr wiederkommen, die so günstige Bedingungen bietet, um für die Besserung der körperlichen Erziehung der Jugend durchgreifend zu wirken.

× **Feldlesestoff** ×
 Die Zusammenstellung eines besondern, für die Soldaten im Feld bestimmten und auf sie zugeschnittenen Lesestoffs hat sich allmählich immer mehr herausgebildet. Viele Sammlungen werden auf sehr leichtem Papier gedruckt und so dem Feldpostverkehr zugänglich gemacht. Dazu gehört eine Goetheausgabe des Inselverlags, ein besonderer Abzug aus Erich Schmidts Volksgoethe, der Neue Deutsche Novellenschatz und ähnliche billige und leichte Neudrucke, zum Beispiel auch eine ganze Anzahl schöner Bände aus der Bibliothek der Romane des Inselverlags. Über eine ganze Anzahl besonderer Sammlungen, die begonnen wurde, so die Langenschen Kriegsbücher, die Fleischelschen Feldbücher, die 50 Bücher Ullsteins und andere, ist gerade vor kurzem hier in der Rundschau Dichtkunst (1916, 2. Band, pag. 927 f.) berichtet worden. Ferner ist hier die Weltliteratur zu nennen, die in Zeitungsdruck für 10 Pfennig jede Woche einen Bogen guter Erzählungen bringt /München, Die Weltliteratur/. Die Süddeutschen Monatshefte geben ihre Kriegshefte in besonderer Ausgabe auf leichtem Papier heraus. Manches

Anregende (neben einzelnen haarsträubenden Geschmacklosigkeiten, zum Beispiel dem schauerlichen Gedicht auf Maeterlinck, d'Annunzio usw.) ist darin enthalten, allerdings auch vieles recht Siefie. Von seinem Fröhlichen Buch hat Ferdinand Avenarius eine etwas gekürzte Feldausgabe Das vergnügte Büchel /München, Callwey/ herausgebracht; im besten Sinn amüsant, hübsch gedruckt und auch im Einband einigermaßen kriegsverwendungsfähig.

Für Studenten sind mancherlei gute Gaben gefunden worden. So sandte die Universität München ihren sämtlichen Schülern K. Th. von Heigels Politische Hauptströmungen im 19. Jahrhundert /Leipzig, Teubner/, ein durch Gedankenreichtum und würdige Form gleich ausgezeichnetes Werk des Gründers der Internationalen Assoziation der Akademien der Wissenschaften. Der Furcher Verlag in Kassel fuhr mit der Herausgabe seiner Liebesgaben deutscher Hochschüler fort. Das 4. Heft (Unter deutschen Eichen) enthält mancherlei lobenswerte Aufsätze (zum Beispiel über akademische Zukunftsaufgaben und über Mathematik als Kriegswaffe) und hübsche Bilder. Ebenso gut ist das 6. Heft (Vom deutschen Michel) mit Aufsätzen über Peter Behrens, Kunst und Technik, du Bois-Reymond, Kriegserfindungen; am Text haben durchweg namhafte Autoren mitgearbeitet: Deißmann, Kammerer, Kerschsteinner, Lahusen, Sonnenschein, J. K. Vietor, Schulze-Gaevernitz, Keup, Fr. W. Foerster; ausgezeichnete Abbildungen sind beigegeben. Der christliche Standpunkt der Herausgeber ist mit Takt betont. Es läßt sich wohl verstehen, daß diese Schriften Mut und Freude in die Not der Schützengräben bringen.

Die politische Propaganda unter den im Feld Stehenden, die bisher besonders von klerikaler Seite gepflegt wurde (Feldausgabe der Kölnischen Volkszeitung), hat jetzt auch der rührige Verleger der Internationalen Korrespondenz, Genosse Albert Baumeister, mit einer besondern, 2mal monatlich erscheinenden Sozialdemokratischen Feldpost aufgenommen: ein Unternehmen, das, gut ausgeführt, sicherlich erheblichen Nutzen stiften kann.

Die Zahl der Einzelschriften, die ins Feld hinausgeschickt werden, ist Legion. Und sie sind natürlich von sehr ungleicher Qualität und sehr ungleichartigem Geist. Hermann Bahrs Bändchen Kriegseggen /München, Delphinverlag/ zum

Beispiel ist (bei aller Sympathie, die man dem stets frisch angeregten und anregenden Autor, dem Verfasser der Guten Schule von 1890 entgegenbringt) doch eine schlimme Entgeisung. Auch von Theodor Taggers Buch Von der Verheißung des Krieges und den Forderungen an den Frieden /München, Georg Müller/ ist nicht viel anderes zu sagen. Bedenkenlos, wie solche Dinge jetzt hingeschrieben, wie allerhand aus der Luft gegriffene Theorien jetzt als feststehende Wahrheiten verkündet werden. Ebenso ist A. Aschers Utopie Guilivers neue Reise /Berlin, Concordia/ recht mißglückt. Sie will die Vorzüge des Optimismus und die Nachteile des Pessimismus zeigen. Fragwürdig wie die Auffassung selbst ist auch ihre Begründung. Wer den Mut hat den Schatzen Swifts zum Vergleich zu beschwören, muß denn doch mit ganz anderer Phantasie begnadet sein.

Einiges andere möchte ich dagegen nachdrücklich empfehlen. An erster Stelle Georg Hermanns »ernste Plaudereien« Vom gesicherten und ungesicherten Leben /Berlin, Fleischel/. Da sind gar nicht quietistische, gar nicht idyllisch gestimmte Aufsätze vereinigt, wirklich nachdenkliche Aufzeichnungen. Der Aufsatz Weltliteratur oder Literatur für den Hausgebrauch? scheint mir die beste Abfertigung des geistigen Chauvinismus, die ich während des Krieges gelesen habe. Auch in Julius Babs Aufzeichnungen Am Rande der Zeit /Berlin, Oesterheld/ ist, manchmal in wenigen Zeilen, etwas vom Besten des deutschen Wesens verdichtet, und man wird davon ebenso stark zu fruchtbarem Nachdenken veranlaßt wie von E. M. Kronfelds Zitatenammlung Krieg und Soldat in der Spruchweisheit /München, Hugo Schmidt/; beiden Büchern sind recht viele Leser zu wünschen. Leopold von Wieses Gedanken über Menschlichkeit /München, Duncker & Humblot/ üben an verschiedenen, jetzt auf der rechten wie auf der linken Seite beliebten Schlagworten, wie Idealismus, Nationalismus, Kosmopolitismus, geschmackvolle und mutige Kritik. Der Wille zum Aufbauen spricht aus dem Buch.

Für jüdische Kriegsteilnehmer hat Leo Herrmann eine Sammelschrift zusammengestellt, die er Treue betitelt /Berlin, Jüdischer Verlag/. Dieses Buch soll, wie der Herausgeber in seinen Worten der Widmung sagt, »Zeugnis sein, daß der Zusammenhang zwischen Ehemals, Jetzt und Einst nicht gesprengt ist, daß

vom Galuth nach Erez Israel die Brücke geschlagen wird, über die der Weg zur Erlösung des Volkes führt«. Man gewinnt aus den gutgewählten Beiträgen ein lebhaftes, fesselndes Bild der neu-jüdischen Literatur. Die Empfindung des Ganzen, die aus der Vergangenheit Sehnsucht nach neuer Zukunft weckt, ist wohl in der kleinen Skizze Am Grabe Rahels von David Frischmann wiedergegeben. Im selben Verlag erschien Das Buch von den polnischen Juden, herausgegeben von S. J. Agnon und Ahron Eliasberg. Es ist in seinem vielseitigen Inhalt recht geeignet die westlichen Ansichten über das Ostjudentum, die namentlich durch oberflächliche vermeintliche Eigenbeobachtungen jetzt im Krieg in verkehrtester Weise gebildet worden sind, ganz erheblich zu korrigieren: wenigstens bei solchen, die überhaupt imstande sind die Dinge nach ihrem Eigenwert und nicht nach ihrer Anpassung an gewohnte Formen zu beurteilen.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Sammlung hinterlassener Aufsätze von Wilhelm Lentrott Das doppelte Gesicht der Gegenwart /Berlin, S. Fischer/ auch jetzt noch, und gerade jetzt, Leser drinnen und draußen verdient. Wenn man Stücke liest wie Geistiges Heldentum oder den großen Aufsatz, der dem Buch den Namen gibt, so fühlt man sich wieder von der ewigen Aktualität reiner Gedankengänge mächtig berührt. Oder mutet ein Satz wie der folgende nicht wie eine Kriegserfahrung an? »Gewißlich ist der Schauplatz des menschlichen Schaffens, wie der des Geschehens in der Natur, ein Schlachtfeld. Und doch, und doch, unberührt in seiner Schönheit ist das Antlitz der Welt und des Menschen Sein, zu einem fernen Ziel geleitet von einer Hand, getragen von einer Kraft, von der er nicht weiß, von wannen sie ist.« Bricht nicht durch den dunklen Alltag in solchen Sätzen immer wieder der Glaube an lichte Zukunft?

X

Kurze Chronik Nach einer von Professor Oberle im Deutschen Philologenblatt aufgenommenen Statistik ist das humanistische Gymnasium in Preußen in stetem Rückgang begriffen. Von 1900 bis 1914 sind nur 17 neue gymnasiale Anstalten eröffnet worden, dagegen 146 realgymnasiale und 122 reale. Ob der Humanismus dauernd verdrängt werden wird, ist allerdings zu bezweifeln, da man in

letzter Zeit die Bedeutung des humanistischen Geistes gegenüber dem bloßen Nützlichkeitsstreben aufs neue zu erkennen beginnt. × Eine im Interesse der Geistesfreiheit und des Universitätswesens in Deutschland sehr zu beklagende Erscheinung war der Fall Foerster (siehe den Artikel Kampffmeyers, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 752 f.). Die Münchener Philosophische Fakultät hat ihren Fehlgriff eingesehen. Professor Foerster wurde bei der Wiederaufnahme seiner Vorlesungen von einer großen Hörerschaft mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er erwiderte den Demonstranten, er nehme den warmen, ihn ehrenden Empfang nicht für seine Person sondern für die Redefreiheit auf den Lehrstühlen der Universität an. × Eine Anzahl hervorragender bürgerlicher Pädagogen, zum Beispiel Natorp, Wyneken, Baege und andere, hatten sich in einem Aufruf gegen die chauvinistischen Tendenzen im Schulunterricht gewandt, die während des Krieges hervorgetreten sind. Der Frankfurter Regierungspräsident Graf Schwerin hat an die Kreisschulinspektoren einen Erlaß gerichtet, in dem es unter andern heißt: »Allen Bemühungen aber die Schandtaten, die unsere Feinde an den Deutschen der ganzen Erde begangen haben, zu entschuldigen oder zu beschönigen, wollen Sie, falls sie in die Schule einzudringen versuchen sollten und nicht schon an dem gesunden Sinn der Lehrerschaft scheitern, Ihrerseits entschlossen entgegenzutreten.« × Die von der Gesellschaft für Volksbildung gestifteten Kriegsbüchereien erreichten am 13. März einen Bestand von 356 096 Bänden und 83 468 Heften. × In der Schweiz erschienen im Jahr 1915 1719 (im Jahr 1914 1470) Bücher; davon waren 1121 (943) deutsch, 469 (423) französisch, 46 (34) italienisch geschrieben. × Die englischen Universitäten sind durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden. So zählt die Universität Oxford, sonst von 2- bis 3000 Hörern besucht, jetzt überhaupt so gut wie gar keine Studenten mehr. Von den Studenten der Trinity und Pembroke-Colleges der Universität Cambridge ist die Mehrzahl gefallen oder wird noch ausgebildet.

×
Literatur

Der verdiente Organisator der Leipziger Volksbücherei Walter Hofmann schrieb für den Dürerbund eine Flug-

schrift Merkpunkte zum volkstümlichen Bibliothekswesen /München, Callwey/, die in ganz wenigen Seiten eine ausgezeichnete Einführung in den Gegenstand gibt. × Der Annual Catalogue 1914-1915 der University of Rochester, einer nordamerikanischen Technischen Hochschule, und der Annual Report der New York University für 1913-1914 sind interessante Materialien zur Kenntnis amerikanischen Hochschulwesens und Hochschulgeistes. × Ein guter Ratgeber für Private und Vereine, die Bücher ins Feld schicken wollen, ist das Heft Die kleine Feldbücherei /Leipzig, Thomas/.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Landwirtschaft- Der Ständige Ausschuß
liche Arbeit zur Förderung der Arbeiterinneninteressen veröffentlicht die Ergebnisse einer Untersuchung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen in der Landwirtschaft /Jena, G. Fischer/. Das 7. Heft der Schriften dieses Ausschusses enthält 4 Referate, die auf seiner 3. Konferenz im Februar 1914 gehalten wurden. Die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse erfuhr durch den Krieg eine Unterbrechung; in den Vorträgen soll indessen das gesamte Material benutzt sein, und insofern geben sie das Resultat der Aufnahmen vollständig wieder. Nach der Publikation der ersten größeren Arbeiten: der Untersuchungen aus Südwestdeutschland und Brandenburg habe ich in dieser Rundschau (1914, 1. Band, pag. 446 ff.) die Frage der landwirtschaftlichen Frauenarbeit näher besprochen. Die Referate setzen den damaligen Ergebnissen kein neues wesentliches Moment hinzu. Die Lebensverhältnisse der Frauen auf dem Lande gestalten sich völlig verschieden je nach der wirtschaftlichen Kategorie, um die es sich handelt: Scharwerkerin, Magd, Haustochter, Klein-, Mittel- oder Großbäuerin.

»Wir sahen«, sagt Gertrud Dyhrenfurth, »daß die Tagelöhnerin mit $\frac{1}{2}$ bis 1 Hektar Besitz bei beschränkter Lohnarbeit kein allzu schweres Leben zu führen brauchte. Darüber aber beginnt eine Besitzgröße so ungefähr zwischen 2 bis 5 Hektar, wo es scheint, als könnten die Leute darauf nicht recht leben und nicht sterben, speziell im Osten, wo die Gelegenheit zur Zupacht und die Allmende fehlt. Der Mann muß außerhalb Erwerb suchen, und die Be-

wirtschaftung liegt zuzeiten allein auf den Schultern der Frau. . . Wollte ich nach den Eindrücken der Enquete einen Gradmesser aufstellen für die Intensität der Beschäftigung der verschiedenen Arbeiterinnengruppen, so würde ich sagen: Am längsten und schärfsten arbeitet die Kleinbäuerin, dann die Magd, dann die Wanderarbeiterin, dann erst die kontraktlich gebundene Arbeiterin und zuletzt die freie Tagelöhnerin.«

Als die größte Schädigung der Frauen auf dem Lande wird von allen Seiten der Mangel an geistiger Allgemeinanziehung und besonders an wirklich gründlicher beruflicher Vorbildung hingestellt. »Wenn wir fragen, was hat den Bauer zum modernen Berufsmenschen gemacht, so sind es Literatur, Versammlung, Genossenschaft und Verein. Seine Leistungen stehen vollwertig in der volkswirtschaftlichen Produktion da, die der Bäuerin nicht.« Die Landarbeit erscheint, wie immer wieder konstatiert wird, den jungen Mädchen gegenüber den städtischen Berufen schwer und unangenehm; der Strom geht deshalb unaufhörlich vom Lande zur Stadt. Auch Gertrud Dyhrenfurth hält den Eigenbesitz für das einzig aussichtsreiche Gegenanziehungsmittel gegen die Lockungen städtischen Lebens. »Von diesen psychologischen Voraussetzungen aus aber kommt man zu dem Schluß: daß die Arbeit, die die Frau in fremder Wirtschaft nicht mehr leisten will, in erhöhtem Maß in ihre eigene verlegt werden sollte, damit sie dort die gleichen Werte für die Volkswirtschaft erzeuge.«

Zur Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte müßten nach Gertrud Dyhrenfurth landwirtschaftliche Hausfrauenvereine nach dem Muster der ostdeutschen gegründet werden, die gleichzeitig am besten geeignet seien die beruflichen und geselligen Interessen der Frauen auf dem Lande zu vertreten. »Auch die weiteren Gedanken genossenschaftlichen Zusammenschlusses müßten von hier ausgehen, die genossenschaftliche Wäscherei, Brotbäckerei, Obstverwertung, die den Hausfrauen ungeahnte Arbeitererleichterungen bringen würden. . . Eine solche, sich von unten, auf breitester Grundlage aufbauende Organisation brauchen die Frauenkräfte in der Landwirtschaft, um sich voll in ihrem Berufe auswirken zu lernen und wieder feste Wurzeln in ihm zu schlagen.« Daneben sollten weibliche Wohlfahrtsbeamte als Landpfleger wirken und

Wohnungspflege, Mutterschafts-, Kinderfürsorge usw. übernehmen.

Dr. Rosa Kempf bespricht im einzelnen die bereits vorhandenen und die zu erstrebenden Ausbildungsmöglichkeiten für die weibliche Bevölkerung auf dem Lande.

Elisabet Boehm-Lamgarben, die Organisatorin der ostpreußischen landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, berichtet recht interessant über deren Tätigkeit wie über ihre menschlichen Erfahrungen dabei. »Wir haben dort in 33 Kreisen 37 Vereine, von denen aber ein großer Teil erst wenige Jahre arbeitet. . . Im ganzen ist unsere Bewegung 15 Jahre alt.« Sie schildert, wie sie nur sehr allmählich durch eigene Zusammenarbeit mit den Landarbeiterinnen deren Vertrauen gewonnen habe, und wie sich dann langsam in ihnen Berufsstolz und Heimatliebe entwickelten. Frau Boehm-Lamgarben ist sicher persönlich eine außerordentlich tüchtige und geschickte Frau, und ihre großen Erfolge mögen zum Teil auf ihren organisatorischen Fähigkeiten beruhen. Aber auch die Ideen selbst: genossenschaftliche Verwertung der Eigenerzeugnisse, Vereinszusammenschluß usw., sind fruchtbar; sie werden allgemein verwirklicht werden müssen, wenn der landwirtschaftlichen Frauenarbeit eine kraftvolle Zukunftsentwicklung gesichert werden soll.

Wie schon in den größeren Einzeluntersuchungen, so fällt auch innerhalb dieser Vorträge Frein Elly zu Putlitz etwas aus dem Rahmen, durch ihre bei allen guten Absichten allzu patriarchalische Betrachtungsweise. Sie spricht von dem Einfluß der Gebildeten auf dem Lande.

×

Kurze Chronik Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, die im Jahr 1913

223 676 betrug, hat sich infolge des Krieges im Jahr 1914 auf 203 648 und am Schluß des ersten Kriegsjahrs auf 185 633 vermindert. Auch 1915 scheint die Mitgliederabnahme weiter fortgeschritten zu sein, obwohl die Zahl der Arbeiterinnen sich in diesem Jahr um etwa eine Million erhöht hat. Dabei wird die gewerkschaftliche Organisation der Frauen nach dem Krieg besonders große Bedeutung haben, weil die unorganisierten Arbeiterinnen die männlichen Arbeiter überall, wo sie in deren Berufe eingedrungen sind, zu unterbieten und so den Organisationen auch für ihre Mitglieder die Früchte ihrer

Tätigkeit zu entreißen drohen. X Das Oberkommando von Westpreußen verfügte, daß Frauen und Kinder in den Grenzen ihrer Kraft zum ortsüblichen Tagelohn zu landwirtschaftlichen Arbeiten verpflichtet werden können (siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1916, 2. Band, pag. 916). X Asquith erklärte, er habe seine Stellung zum Frauenstimmrecht geändert. Bei einer Wahlrechtsreform werde den Frauen das Wahlrecht gegeben werden müssen. Es ist anzunehmen, daß damit der Widerstand dagegen in England endgültig gebrochen ist und so ein weiterer bedeutender Fortschritt für die Frauenstimmrechtsbewegung in Aussicht steht. X Im Sommersemester 1916 studierten an der Berliner Universität neben 8619 männlichen (mit den eingezogenen) 1133 weibliche Studenten. Von den Frauen waren 3 Theologinnen, 22 Juristinnen, 251 Medizinerinnen, 857 gehörten zur Philosophischen Fakultät. X Die deutschen akademischen Nationalökonominnen haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die bereits über 80 Mitglieder umfaßt. Sie will »die Interessen der Nationalökonominnen in wissenschaftlicher und beruflicher Beziehung« fördern. X In England arbeiten jetzt bereits gegen 40 weibliche Ärzte in den Lazaretten. Im Beginn des Krieges war ihre Anstellung als Lazarettärzte ständig abgelehnt worden. Jetzt hat der große Ärztemangel die Behörden gezwungen aus eigener Initiative an die Ärztinnen heranzutreten. X In San Francisco existiert jetzt ein Geschworenengericht, das ganz aus weiblichen Geschworenen besteht; es hat nur weibliche Verbrecher zu richten. X In Poona (Indien) ist eine indische Frauenuniversität errichtet worden. Sie ging aus einem seit Jahrzehnten bestehenden Heim für indische Witwen hervor, das sein Begründer, Professor Karvé, allmählich zu einer Erziehungs- und Bildungsanstalt für eine große Zahl von Witwen und deren Kinder ausgestaltete. Professor Karvé will die Universität ganz aus privaten Mitteln zu erhalten suchen, um jeden Regierungseinfluß auszuschließen und so vor allem die englische Sprache dort völlig fernzuhalten. X Vor der Pariser Juristischen Fakultät hat eine junge Chinesin aus Kanton, die an der chinesischen Revolution von 1911 teilnahm, ihr juristisches Examen abgelegt. X Auch in der asiatischen

Türkei, wo landwirtschaftliche Arbeiter jetzt besonders fehlen, haben sich türkische Frauen zur Hilfe in der Landwirtschaft gemeldet. Die Türkinnen haben damit einen weitem Schritt in dem Bruch mit allen ihren Traditionen getan.

X
Literatur Sind es Frauen? von Aimé Duc /Leipzig, A. Schumann/ ist eine in Romanform gesteckte Propagandaschrift für prinzipielle weibliche Homosexualität. Natürlich nur für die der Liebe zum Mann abgeneigten, für weibliche Liebe empfänglichen, angeblich geistig selbstständigeren Frauen, die nach der Verfasserin eben ein besonderes Menschenschlecht bilden. Ob deren Empfindungsleben richtig gezeichnet ist, kann der nicht beurteilen, für den die Homosexualität ein unbekanntes, ihm anormal erscheinendes Gefühlsgebiet bleiben muß und alle Ergüsse nach dieser Richtung hin fremdartig sein werden. Der offenbar von Aimé Duc im stillen konstruierte Zusammenhang zwischen geistiger Selbständigkeit und Homosexualität bei der Frau wird von der Mehrzahl der selbständigen Frauen zweifellos abgelehnt werden.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Ionisationsbahnen Die außerordentlichen Ergebnisse, die die Lehre von der Wellennatur des Lichts im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts gegenüber der damals noch allgemein gültigen Emissionstheorie von Newton aufzuweisen hatte, bewirkte, daß fortan Strahlen und Wellen fast stets zusammen vorgestellt wurden. Als Crookes, gestützt auf die Erscheinungen bei den Kathodenstrahlen, seine Anschauungen von der »strahlenden Materie« ausbildete (1879), die im Zustand höchster Verdünnung kleinste Teilchen in geradlinigen Bahnen fortschleudern sollte, fand er bei den Physikern zunächst sehr wenig Anklang. Erst die Forschungen um die Wende des Jahrhunderts, die sich an die Entdeckungen der Röntgenstrahlen und der Radioaktivität angeschlossen, führten allgemein zu der Überzeugung, daß wir es in den Kathodenstrahlen wirklich mit geradlinig fortgeschleuderten Teilchen zu tun haben. Auch in den radioaktiven Strahlen handelt es sich um geradlinig fortgeschleuderte kleinste Teilchen teils mate-

rieller teils elektrischer Natur; so sind die α -Teilchen Heliumatome, die β -Teilchen Elektronen, so daß durch die Beobachtungen über die Einzelwirkungen von α -Teilchen und β -Teilchen ein direkter Beweis für die korpuskulare Natur sowohl der Materie wie der Elektrizität als erbracht gelten kann. Möglich war dieser Beweis nur zufolge der großen Geschwindigkeit, mit der die von den radioaktiven Körpern ausgeschleuderten Teilchen sich fortbewegen, die bei den α -Teilchen 20 000 Kilometer in der Sekunde beträgt und bei den β -Teilchen sogar der Lichtgeschwindigkeit nahekommt. Infolge dieser großen Geschwindigkeit haftet an jeder einzelnen Korpuskel eine so große Energie, daß auch die Wirkung der einzelnen Korpuskel zur Beobachtung gelangen kann, und es ist infolgedessen eine Reihe von Zählmethoden für diese Teilchen ausgearbeitet worden. Außerdem gelang es vor 3 bis 4 Jahren C. P. R. Wilson die Bahnen von α - und β -Teilchen in feuchter Luft sichtbar zu machen und zu photographieren, wodurch wir einen ganz direkten Beweis von dem Verhalten der einzelnen α - und β -Strahlkorpuskel erhalten.

Die Methode Wilsons beruht auf der Eigenschaft der radioaktiven und der Röntgenstrahlen: in einem Gas, durch das sie hindurchgehen, Ionen zu erzeugen. Bei den γ - und den Röntgenstrahlen erfolgt nach der von Bragg eingeführten Anschauung die Ionisation nicht direkt sondern ist eine Folge der Sekundärstrahlen, die den Charakter von β -Strahlen haben. Sind nun die α - und β -Strahlen wirklich korpuskularer Natur, so müssen die von ihnen gebildeten Ionen sich längs der Flugbahn der Teilchen anordnen. Solche Ionen haben nun, wie schon in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Robert von Helmholtz und Richarz nachgewiesen ist, die Eigenschaft in übersättigtem Wasserdampf Kondensationskerne zu bilden. Indem Wilson auf sinnreiche Weise die Kondensation des Wasserdampfs an den Ionen unmittelbar nach ihrer Entstehung durch den betreffenden Strahl vornahm und durch Momentanbeleuchtung auch sofort eine Photographie der entstandenen Wassertröpfchenwolke herzustellen vermochte, gelang es ihm die Bahnen der einzelnen korpuskularen Strahlen sichtbar zu machen. Längs der Flugbahn eines α -Teilchens werden auf 1 Zentimeter Weg in normaler Luft

zirka 20- bis 30 000 Ionen erzeugt; die von ihnen gebildeten Wassertröpfchen liegen daher so dicht, daß sie auf den Photographieen, die Wilson in den Proceedings of the Royal Society veröffentlicht hat, als ein zusammenhängender scharfer Streifen erscheinen. Längs der Bahn der β -Teilchen dagegen ist die Zahl der gebildeten Ionen verhältnismäßig klein; hier beträgt sie pro Zentimeter nur einige 100 bis 1000. Daher zeigt eine β -Strahl-Photographie sich ganz charakteristisch verschieden von der Photographie eines α -Strahls; auf jener kann man die einzelnen längs der Bahn gebildeten Wassertröpfchen und damit die Ionen sogar zählen.

Die Methode Wilsons ist neuerdings von dem indischen Physiker Debendra Bose angewendet worden, um auch die Ionisationsbahnen von Wasserstoffteilchen, die durch den Zusammenstoß von α -Teilchen mit Wasserstoffatomen erzeugt wurden, sichtbar zu machen. Die Ablenkung von α -Teilchen, die eine dünne Schicht Materie durchlaufen, ist von Rutherford unter der Annahme behandelt worden, daß die Masse des von einem α -Teilchen gestoßenen Atoms im Verhältnis zu der des α -Teilchens so groß ist, daß das Atom durch den Zusammenstoß nicht in Bewegung gesetzt wird. Bei den Wasserstoffatomen trifft diese Annahme nicht zu; ein Wasserstoffatom kann vielmehr durch den Zusammenstoß mit einem α -Teilchen eine beträchtliche Geschwindigkeit erlangen. Da nun anzunehmen ist, daß auch die Wasserstoffteilchen längs ihrer Bahn durch ein Gas dieses ionisieren, so würde die erfolgreiche Photographie nach der Wilsonschen Methode ein ganz sicherer Beweis für ihre Existenz und ihre Entstehungsweise sein. McLennan und Mercer haben Versuche in dieser Richtung angestellt, jedoch nur ein negatives Ergebnis erhalten, wie sie im vorigen Jahr im Philosophical Magazine berichteten. Bose aber hat jetzt bei ähnlichen Versuchen, wie er in der Physikalischen Zeitschrift mitteilt, recht schöne Resultate erzielt. Auf den dort veröffentlichten Photographieen sieht man deutlich die plötzliche Teilung der Ionisationsbahn des α -Teilchens in die des abgelenkten α -Teilchens und die des von ihm durch Stoß in Bewegung gesetzten Wasserstoffteilchens. Interessant ist auch eine an die Versuchsergebnisse angefügte Rechnung über die Zahl der von α -Teilchen in Bewegung gesetzten Wasserstoffatome und

ihre Vergleichung mit den Beobachtungen. Während die Rechnung 7,7 gestoßene Wasserstoffatome auf 1000 α -Teilchen ergibt, konnten bei 42 Aufnahmen einer Versuchsreihe 1038 Bahnen von α -Teilchen gezählt werden, von denen 7 auf dem letzten Zentimeter ihrer Bahn durch Zusammenstoß ionisierende Wasserstoffatome in Bewegung setzten, also eine recht gute Übereinstimmung zwischen Rechnung und Beobachtung.

×
Relativitätstheorie

Die vollständige Umwandlung, die die Relativitätstheorie für unsere gewohnten Anschauungen von Raum und Zeit erfordert, bewirkt, daß der Zahl ihrer begeisterten Verfechter auch immer noch eine nicht geringe Zahl von Gegnern gegenübersteht. Wenn zum Beispiel Minkowski in seinem berühmten Vortrag über Raum und Zeit auf der Kölner Naturforscherversammlung /1908/ sagt »Von Stund an sollen Raum und Zeit für sich völlig zu Schatten herabsinken, und nur eine Art Union der beiden soll Selbständigkeit bewahren«, so betont der hervorragende Münchener Astronom Seeliger dem gegenüber sehr lebhaft (in der Vierteljahrschrift der Astronomischen Gesellschaft, 1913), daß zeitliche und räumliche Beziehungen keineswegs unbedingt zusammengehören. Der Raum sei nichts anderes als die Möglichkeit der räumlichen Anordnung, und keine Tatsache sei sicherer und unumstößlicher als die, daß alle Objekte der Welt sich neben, hinter und über einander anordnen, keine Erkenntnis zwingender als die, daß diese Anordnung unter allen Umständen eintritt, und zwar so und nicht anders. Die Zeit dagegen sei die Möglichkeit des Nacheinander und daher an die Veränderung irgendwelcher Eigenschaften der Dinge geknüpft. Solche Veränderung sei schon die Aufeinanderfolge von Vorstellungen und Denkakten, so daß die Existenz der Zeit keineswegs an die Außenwelt und noch viel weniger an räumliche Anordnungen gebunden sei. Das ist allerdings ein Einwand, der in das Wesen dieser Raum-Zeit-Verknüpfung gar nicht eindringt.

Auch der Mathematiker Erwin Papperitz, der an der Bergakademie in Freiberg wirkt, bekennt sich im Jahresbericht der Deutschen Mathematikervereinigung zu den Gegnern der Relativitätstheorie, die er eine »futaristische Theorie« nennt, »die zwar mathematische

möglich und widerspruchsfrei entwickelbar ist, die aber ebensowenig in der Physik Anwendung finden kann, wie eine nichteuklidische Geometrie«. Papperitz erörtert an der genannten Stelle die experimentelle Grundlage der Theorie, den Michelsonschen Interferenzversuch, der mit seinem negativen Ergebnis immer noch als die stärkste Grundlage der Theorie gilt. Es handelt sich dabei um die Entscheidung der Frage, ob die Bewegung der Erde relativ zum Lichtäther einen Einfluß auf den Verlauf der auf der Erde zu beobachtenden optischen Erscheinungen ausübt, respektive ob die Folge dieses Einflusses unserer Beobachtung zugänglich ist. Da dies theoretisch der Fall sein muß, tatsächlich aber ein solcher Einfluß nicht zu konstatieren war, so schien hier ein Widerspruch zwischen der Theorie und den experimentellen Tatsachen vorzuliegen, zu dessen Lösung zunächst G. F. Fitzgerald und H. A. Lorentz annahmen, jeder bewegte Körper erfahre in der Richtung seiner Bewegung eine gewisse Verkürzung. Diese Kontraktion ist, wie es in dem schon erwähnten Vortrag Minkowskis heißt, »nicht etwa als Folge von Widerständen im Äther zu denken sondern rein als Geschenk von oben, als Begleitumstand des Zustands der Bewegung«. Gegen diese Hypothese von der Kontraktion der bewegten Materie, die von Einstein weiter entwickelt worden ist, erhebt Papperitz den Vorwurf, daß sie sich über das Kausalitätsgesetz hinwegsetzt, indem die Kontraktion durch die Bewegung selbst eintreten soll, ohne daß nach einer Ursache einer solchen Veränderung überhaupt auch nur gefragt wird. Solche Einwände treffen natürlich gar nicht das Wesentliche der Relativitätstheorie; sie zeigen nur, wie schwer es den meisten wird sich mit der durch diese Theorie bedingten neuen Denkweise vertraut zu machen. Weit wichtiger wäre es, wenn sich zeigen ließe, daß das Ergebnis des Michelsonschen Interferenzversuchs sich ohne jede Reform der bisher in der Physik anerkannten Axiome erklären ließe. Diesen Versuch unternimmt nun Papperitz tatsächlich, indem er die durch die Michelsonsche Versuchsanordnung bedingten Vorgänge im Sinn der »Geometrie der Bewegung«, wie er es nennt, genauer analysieren will. Seiner Ansicht nach zeigt diese Analyse, daß das Versuchsergebnis auf Grund der bisher herrschenden Anschauungen durchaus verständ-

lich ist, und daß daher die Verschiedenheit des Raum- und des Zeitbegriffs und die Axiome der Mechanik, die von der modernen Relativitätstheorie abgesetzt werden sollten, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden müssen.

Ob die Papperitzsche Untersuchung der Kritik standhält, wird ihre weitere Nachprüfung erweisen. Die Einwürfe gegen die Relativitätstheorie, die sich auf unsere Vorstellungen und Denkgewohnheiten berufen, können jedenfalls überhaupt nicht als stichhaltig anerkannt werden. Ihnen gegenüber muß immer wieder betont werden, was Planck in seiner Rede über die Stellung der neuern Physik zur mechanischen Weltanschauung auf der Königsberger Naturforscherversammlung /1910/ ausgeführt hat: »Der Maßstab für die Bewertung einer neuen physikalischen Hypothese liegt nicht in ihrer Anschaulichkeit sondern in ihrer Leistungsfähigkeit.«

× **Kurze Chronik** Immer zahlreicher werden die Kriegsoffer auch unter den Vertretern der

exakten Naturwissenschaften. Bereits am 10. August 1915 ist der englische Physiker Henry G. I. Moseley bei den Kämpfen an den Dardanellen gefallen. Er hat ein Alter von nur 27 Jahren erreicht. Seine Untersuchungen über die charakteristischen Röntgenstrahlen chemischer Elemente sind von grundlegender Bedeutung; sie haben auch wichtige Beiträge zur Frage der Isotopen Elemente geliefert. Am 17. Mai 1916 starb der Assistent am Leipziger Chemischen Universitätslaboratorium Dr. Walter Hünlich infolge einer Verwundung, die er am 2. Mai erhalten hatte. Auf dem Schlachtfeld fiel im Juni der Assistent für Chemie an der Danziger Technischen Hochschule Dr. Rudolf Lauk. × In Paris starb im Mai der Chemiker Emile Jungfleisch, 77 Jahre alt. Er stammte aus dem Elsaß, war Mitglied der Pariser Académie des Sciences und Mitarbeiter und Nachfolger Berthelots am Collège de France. × Am 22. Juli starb der Professor der Mathematik, Geophysik, Meteorologie und Astronomie an der Universität Krakau, zugleich Direktor der Sternwarte, Moritz Rudzki, im Alter von 54 Jahren. Er hat zahlreiche geophysikalische Probleme bearbeitet, meist in polnischer Sprache. Sein Werk Theorie des physikalischen Zustands der Erde wurde von der Krakauer Aka-

demie der Wissenschaften mit einem Preis gekrönt. × Die Berliner Akademie der Wissenschaften setzt aus dem Eллерschen Legat einen Preis von 2000 Mark für eine Prüfung der allgemeinen Relativitätstheorie aus. Bewerbungsschriften sind bis zum 31. Dezember 1918 einzureichen. × Ein Teilnehmer der Stefánssonschen Polarexpedition ist in Toronto eingetroffen. Wie er berichtet, ist Stefánsson mit der Untersuchung des von ihm auf seiner vorigen Reise entdeckten Landes beschäftigt (siehe hierüber diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 599 ff.). × Der außerordentliche Professor der Pharmakologie an der Universität Würzburg Dr. Ferdinand Flury ist an das Kaiser Wilhelm-Institut für physikalische Chemie in Berlin-Dahlem berufen worden. × In der Wiener Philosophischen Fakultät habilitierte sich Dr. Ludwig Flamm für Physik.

× **Literatur**

× Die Grundlage der Quantentheorie in elementarer Darstellung und Anwendung der Quantenhypothese in der kinetischen Theorie der festen Körper und der Gase betiteln sich zwei Schriften S. Valentiners, die in der Sammlung Vieweg in Braunschweig erschienen sind. In dem ersten der beiden Bücher versucht der Verfasser zunächst klarzumachen, warum man heute eine so vollständige Umgestaltung unserer wichtigsten physikalischen Vorstellungen und Grundgesetze, wie sie die Einführung der Energiequanten bedingt, für unumgänglich hält. Ob die Notwendigkeit einer so fundamentalen Änderung völlig überzeugend dargetan ist, mag dahingestellt bleiben; man darf keinesfalls vergessen, daß eine elementare oder gar allgemeinverständliche Darstellung der Quantentheorie heute noch zu den allerschwierigsten Aufgaben gehören dürfte. Im weiteren Verlauf der ersten und der andern Arbeit wird dann gezeigt, was mit der Quantentheorie bereits in verschiedenen Gebieten der Physik geleistet worden ist. Diese Darstellung konnte natürlich nicht erschöpfend sein. Sie ist aber geeignet selbst physikalisch wenig Durchgebildeten eine gute Vorstellung von den erreichten Fortschritten zu geben. × Das kleine Bändchen A. Wittings Soldatenmathematik (in der Mathematischen Bibliothek /Leipzig, Teubner/) soll, wie der Verfasser sagt, einige wichtige Dienstzweige des Infanteristen vom mathematisch-physi-

kalischen Standpunkt aus behandeln. Das Schätzen und Messen von Entfernungen im Feld wird beschrieben, die wichtigsten Kapitel der Ballistik werden besprochen, wobei auch eine kurze Darstellung über die geschichtliche Entwicklung des modernen Gewehrs eingeflochten wird. X Professor Dr. Felix Lampe gibt in dem Büchlein Große Geographen (in Bastian Schmidts Naturwissenschaftlicher Bibliothek /Leipzig, Teubner/) mehr als der bescheidene Titel vermuten läßt, nämlich eine Darstellung der Entwicklung des geographischen Wissens, wobei die großen Entdeckerfahrten und die Entdecker im Zusammenhang mit der Kulturentwicklung geschildert werden, so daß diese selbst dem Verständnis nahegebracht wird.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Brentano- Bald nach dem Rücktritt
leutschrift seiner Fachkollegen und Altersgenossen Schmoller,

Wagner, Bücher und nach dem Tod von Lexis hat sich nun auch Lujo Brentano in München, der letzte weithin bekannte Vertreter dieser Generation von deutschen Ökonomen, 72jährig, in den Ruhestand zurückgezogen. Brentanos Forschungen galten in erster Reihe der Arbeiterfrage. Weitblickend und mannhaft trat er von Anbeginn seiner Laufbahn für die gewerkschaftlichen Organisationen ein. Anfang der siebziger Jahre erschienen seine beiden Bände Arbeitergilden der Gegenwart, die eine Darstellung des englischen Tradeunionismus boten. Mit Wagner und Schmoller, von denen ihn später seine Opposition gegen die Bismarcksche Schutzzollpolitik trennte, war er einer der Gründer des Vereins für Sozialpolitik. In Parteikreisen ist insbesondere seine kleine ausgezeichnete Untersuchung über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung /1876/ bekannt geworden. Als Agrarpolitiker trat er für kleinbäuerlichen Besitz und eine diesen fördernde innere Kolonisation ein.

Anhänger und Freunde haben bei seinem Scheiden von der Universität eine umfangreiche Festschrift erscheinen lassen /Leipzig, Duncker & Humblot/, die in 24 kleineren Abhandlungen, zum Teil unter Bezugnahme auf den vom Jubilar vertretenen Standpunkt, eine bunte Reihe ökonomischer und politischer Themen erörtert.

Der einleitende Aufsatz von S. N. Angelescu (Bukarest) erinnert an Brentanos vielzitierte Polemik gegen jene vorwiegend in der englischen Ökonomie herrschende Auffassung, der die Lohnarbeit von vornherein als Ware galt, für die es keine anderen Gesetze als die des allgemeinen, allein von Angebot und Nachfrage beherrschten Warenmarkts geben könne. Diese Polemik war wesentlich ethisch. Sie wies mit großem Nachdruck auf die völlig andere Position des Arbeiters hin, der im Gegensatz zu allen anderen Anbietern von Ware nichts anderes als sich selber, den Dienst, den er im Produktionsprozeß leisten kann, zu verkaufen hat, und ständig neu verkaufen muß, um nicht zu verhungern. Nur die gewerkschaftliche Organisation vermöge da im Rahmen des kapitalistischen Systems, das den Arbeiter als einzelnen zu erdrücken droht, einen Schutz zu gewähren und Bedingungen zu realisieren, auf Grund deren Arbeiter als Macht zu Macht mit Unternehmern verhandeln, bei dem Vertragsschluß ihre notwendigen Ansprüche durchsetzen können. Im allgemeinen in Politik und Ökonomie ein Vertreter liberaler Tradition, hat er jene einst einflußreiche Art des Manchesterturns, die unter heuchlerisch doktrinäer Berufung auf eine angeblich durch das freie Walten ökonomischer Naturgesetze garantierte Interessenharmonie die ungehemmte Konkurrenz pries, vom Interessenstandpunkt der Arbeiterklasse von je auf das entschiedenste bekämpft. An der Loslösung des Liberalismus aus dem kompromittierenden Bündnis mit solchen Theorien fällt ihm so ein hervorragendes Verdienst zu.

Eine eigentlich theoretische Kritik der Annahmen und Voraussetzungen, die der Bezeichnung der Lohnarbeit als einer Ware in der klassischen Ökonomie letztlich zugrunde liegen, würde man indes bei ihm vergebens suchen. Der Zusammenhang, der zwischen dieser Formulierung, die den Begriff der Lohnarbeit dem Allgemeinbegriff der Ware subsumiert, und jenem großzügigen Bestreben der ökonomischen Klassiker besteht: die typischen Erscheinungen kapitalistischer Volkswirtschaft auf einige wenige, möglichst umfassende Gesetze zurückzuführen kümmert ihn weiter nicht. Für die Bedeutung derartiger Fragen, deren weitere Verfolgung zu einer Revision der ökonomischen Grundbegriffe führen könnte, geht ihm, dem liberalen Ökonomen ebenso wie den

Kathedersozialisten Schmoller-Wagnerscher Richtung der Sinn ab. Und damit selbstverständlich auch der Sinn für die von Marx in seinem Kapital vollbrachte theoretische Leistung. Von der Umbildung, die dieser an der Lehre, daß Lohnarbeit Ware sei, dadurch vorgenommen hat, daß er die Arbeit als das im Produktionsprozeß Wert und Mehrwert schaffende Moment, das als solches unmöglich selber wieder Ware sein kann, von des Arbeiters Arbeitskraft streng unterscheidet; davon also, daß Marx die Arbeitskraft als Ware, die der Arbeiter im Lohnvertrag auf Zeit verkauft, seiner Arbeitsleistung gegenüberstellt und in der Differenz der neuen Wert erzeugenden Arbeitsleistung und des im Taglohn ausgezahlten Werts der Ware Arbeitskraft dem Springquell kapitalistischen Mehrwerts nachspürt, von alledem, dem theoretischen Hintergrund, erfährt der Leser bei Brentano kaum etwas.

Freilich, ob die Marxsche Fassung, einen so gewaltigen Fortschritt sie auch gegenüber den vielfach schwankend unbestimmten Kategorien der klassischen Nationalökonomie darstellt, sich auf die Dauer wird halten lassen, ist eine andere Frage. Die Marxsche Lehre von der Arbeitskraft als Ware weist auf jene allgemeine Begriffsbestimmung der Ware zurück, von der sein Kapital den Ausgang nimmt; auf eine Begriffsbestimmung, die den elementaren offenkundigen Tatbestand, daß Waren zum Zweck der Veräußerung im Warenaustausch produzierte Güter sind, mit der unbeweisbaren Hypothese verquickt, daß die Austauschsätze, nach denen Waren gegen Waren respektive gegen Geld veräußert werden, letzthin vom sogenannten Wertgesetz, das heißt durch die in den Waren enthaltenen Arbeitsmengen tendenziell notwendig geregelt seien. Führt aber diese Hypothese auf die bekannten, im 3. Band des Kapitals skizzierten Widersprüche, und läßt sich auf dem Boden des Wertgesetzes eine Lösung dieser Widersprüche schlechterdings nicht finden, so würde selbstverständlich mit dem Wertgesetz auch die darauf gegründete Lehre vom Taglohn als dem nach dem Wertgesetz sich bestimmenden Preis der Ware Arbeitskraft ihren Halt verlieren. Das Merkmal aller anderen Waren; in Produktionsbetrieben mit der Absicht der Erzielung eines Geldgewinns (des Profits) für den Verkauf erzeugt zu sein, trifft, wie für die Arbeit so auch für die Arbeits-

kraft nicht zu. Die Subsumtion der Arbeitskraft unter den Begriff der Ware, zumal wenn sich für deren Preisbestimmung das Wertgesetz als regelndes Fundamentprinzip nicht nachweisen läßt, erscheint demnach unmotiviert und willkürlich. Die Erklärung dafür, daß in der kapitalistischen Volkswirtschaft das Unternehmerinteresse (ohne gewerkschaftliche Gegenwehr) den Durchschnittsentgelt, den Arbeiter für ihre zeitbestimmte Tagesarbeit in Lohnform erhalten, auf das nur zum Kauf des Existenzminimums hinreichende Maß und unter dieses herabzudrücken tendiert, ist ohne weiteres in dem Machtverhältnis dieser beiden Klassen gegeben, zwischen deren Angehörigen die Lohnverträge abgeschlossen werden. Wie sich dann andererseits weiter auch aus der Tatsache, daß die kapitalistisch erzeugten Waren außer dem Kostpreis der dabei verbrauchten Produktionsmittel und dem Kostpreis der dabei aufgewandten Mengen von Lohnarbeit notwendig Profit enthalten, den wie alle Warenkäufer so auch die Arbeiter beim Kauf der notwendigen Unterhaltsmittel mit bezahlen müssen, ohne Zuhilfenahme des Wertgesetzes der zwingende Nachweis erbringen läßt, daß der Reallohn der Arbeiter (die Warenmenge also, die sie mit ihrem Geldlohn für eine Tagesarbeit von so und so viel Arbeitsstunden kaufen können) notwendig immer das Produkt einer geringern Menge von Arbeitsstunden darstellt als der Arbeitsstundenzahl, die sie für ihren Taglohn im Dienst des Lohnherrn täglich leisten, daß somit Kapitalprofit und Kapitalzins in der kapitalistischen Volkswirtschaft die Leistung unvergüteter Mehrarbeit zur unabtrennbaren Ergänzung hat.

Der Wiener Historiker L u d o M. H a r t m a n n hat einen Aufsatz Das Wesen der Politik beigesteuert, der in dem Bemühen alles Utopistische, mit den gegebenen Mitteln nicht Erreichbare aus dem politischen Streben auszuschalten zu der bedenklischen Schlußfolgerung gelangt, daß Politik nichts anderes als die Kunst sei die tatsächlichen von der Soziologie festgestellten sozialen Tendenzen »auf staatlichem Gebiete zu organisieren«. Über dem Hinweis, daß alle politische Arbeit sich nur auf dem Boden und im Rahmen des sozial Möglichen bewegen könne, kommt das andere Moment zu kurz: daß Politik planbewußtes Zweckhandeln gesellschaftlicher Schichten zur Erreichung be-

stimmter durch ihr Interesse (im Zusammenhang mit allgemeineren gesellschaftlichen Interessen) vorgezeichneter Ziele ist, und als solches, je nach Umständen, auch in Gegensatz zu gegebenen sozialen Tendenzen treten kann und muß, die vom Gesichtspunkt jener Zwecke aus als unheilvoll gewertet werden. Das zeigt wie jede so die sozialistische Politik. Wo gäbe es denn auch soziale Tendenzen, die nicht durch andere tatsächliche Tendenzen eingeschränkt sind und mit solchen im Streit liegen? So muß zur Einschätzung der Kraft, die soziale Tendenzen besitzen, beim politischen Handeln doch immer die Erwägung hinzutreten, wie sie von jenem Zweckgesichtspunkt aus zu werten seien, ob man ihre Kraft (in Grenzen des Möglichen) fördern oder hemmen will.

Die Ausführungen Robert Drills Nationalökonomie und Willensfreiheit reklamieren umgekehrt, und zwar mit spezieller Berufung auf die Kantsche Ethik, für das bewußte ethisch-teleologische Moment die Führerrolle im politisch-sozialen Leben. Ja, er tritt von diesem Standpunkt sogar für die sogenannte ethische Nationalökonomie ein, die doch noch stets, wo sie über die Verfechtung einzelner bestimmter sozial-reformerischer Forderungen sich aufs Gebiet der Theorie begab, in unfruchtbare Konstruktionen auslief, die die hier herrschende Begriffsverwirrung noch vergrößerten.

Über die Geschichte der Nationalökonomie schreibt Heinrich Herkner. Er hält eine eingehendere Berücksichtigung der frühern ökonomischen Literatur in den akademischen Vorlesungen für wünschenswert. In der Rückschau auf die bisherigen Darstellungen bringt er es fertig des seligen Roschers dickleibigen, mit allerhand gelehrtem Kleinkram vollgepropften Wälzer Die Nationalökonomie in Deutschland ein monumentales Geschichtswerk zu nennen und an den genialen Bemerkungen, mit denen Marx im Kapital und in den nachgelassenen Theorien über den Mehrwert die Ideengänge der klassischen englischen Ökonomie beleuchtet, so gut wie mit Stillschweigen vorbeizugehen. Wo doch Marx der einzige ist, der, weil er kritisch weiter dachte, über die innere Gedankenbewegung, in der die Geschichte der Theorie sich zu einer Art von geistiger Einheit zusammenfaßt, etwas Wichtiges zu sagen hat. Alles, was sonst an zusammenfassenden geschicht-

lichen Darlegungen geschrieben ist, von Leuten, denen tiefer bohrende theoretische Selbstbesinnung ein Buch mit sieben Siegeln war, wirkt neben ihm als farblose Zusammenstoppelung von allerhand gleichgültigen Meinungen, die kein inneres Band verbindet. Eine wirkliche Geschichte der Theorie kann nur von einem allseitig durchdachten eigenen theoretischen Standpunkt gegeben werden, der einen Maßstab kritischer Wertung in sich hat. Eine *Objektivität*, die, weil ihr selber ein näheres Verhältnis zu den Problemen abgeht, auf Kritik verzichten und nur darstellen will, wird auch das, was einfach zu berichten ist, nie plastisch eindrucksvoll zu gliedern und zu gestalten imstande sein, dem Leser oder Hörer also auch nichts Lebendiges vermitteln können.

Der Münchener M. J. Bonn geht der Rolle, die die Idee einer in sich abgeschlossenen selbstgenügsamen Volkswirtschaft in der philosophischen und ökonomischen Literatur gespielt hat, der Freiburger P. Mombert dem Verhältnis von Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland in einem anregenden Überblick nach. Gerhart von Schulze-Gaevernitz sucht den Begriff der Wirtschaftswissenschaft als einer Kulturwissenschaft im Rickertschen Sinn, doch zugleich auch so, daß in gewissen Grenzen der theoretisch deduktiven Erforschung der Zusammenhänge ihr Recht gewahrt bleibt, näher zu bestimmen.

Besonderes Interesse vom sozialistischen Standpunkt aus hat Edgar Jaffés, des langjährigen Redakteurs des Archivs für soziale Wissenschaft und Statistik, Abhandlung Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Neben den von Marx hervorgehobenen materiellen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus, deren Untersuchung durch Max Webers und Sombarts Nachforschung nach den psychologisch wirkenden Momenten ergänzt worden seien, komme den wechselnden Formen kapitalistischen Warenabsatzes eine entscheidende Bedeutung zu. In Zeiten des Frühkapitalismus habe das Monopol geherrscht, das dann erst später, seit Ende des 18. Jahrhunderts durch das Prinzip der freien Konkurrenz in wachsendem Maß verdrängt wurde, durch eine Konkurrenz, deren volle Entfaltung dann aber schließlich zu einem Wettbewerb wechselseitigen Sichunterbietens trieb, das am Ende den Unternehmervergewinn selber, die

Triebfeder des ganzen kapitalistischen Systems, zu gefährden schien und so zu einer Reaktion auf der ganzen Linie führte. »Die freie Konkurrenz war das Panier, weil und so lange sie die Möglichkeit zu immer neuen Gewinnen bot; sie mußte weichen in dem Augenblick, in dem sie dies Kleinod des Kapitalismus zu bedrohen beginnt . . . Die neue Herrschicht, die Bourgeoisie, war geschaffen. Jetzt brauchte man eine Form, die es ermöglichte die errungene Herrschaft zu behaupten gegen alle Neukommer . . . Das war nur möglich durch Ausschaltung des freien Wettbewerbs . . . Das parteipolitische Spiegelbild dieser Umwälzung in Deutschland war die Wandlung der preußischen Fortschrittspartei der sechziger in die Nationalliberalen der achtziger Jahre.« So entsteht das moderne nationale Schutzollsystem, das mit den Listschen Erziehungszöllen nichts mehr zu schaffen hat, vielmehr als dauernde Institution gedacht ist, und, hierdurch wesentlich gefördert, jene mächtige Tendenz monopolistischer Kartellierung, die der industriellen Bewegung seit Jahrzehnten das Gepräge aufdrückt. Sich selber überlassen würde diese Tendenz die ungeheure Gefahr eines alles niederdrückenden Industriefeudalismus bedeuten. Aber gleichzeitig mit ihr sind andere Mächte auf den Plan getreten, die dem zu steuern wissen werden. Tendenzen, die auf eine Übernahme der Monopole in eine gemeinwirtschaftliche, den Profit als Triebfeder ausschaltende Ordnung hinarbeiten und die ökonomischen Funktionen des Staates, der Kommunen, der genossenschaftlichen Organisationen ständig auszudehnen streben. Unser Wirtschaftssystem ist damit an einen Wendepunkt gelangt, von dem aus die Weiterentwicklung nicht mehr wie bisher von rein ökonomischen sondern in entscheidender Weise von sozialen und politischen Kräften bestimmt und beeinflusst ist, über die Schranken des Kapitalismus zu weiterer Entwicklung fortgetrieben wird.

×
Kurze Chronik Die ungarische Akademie der Wissenschaften hat eine Reihe von Preisaufgaben gestellt. In das Gebiet der Sozialwissenschaften fallen darunter die folgenden: 1. »Bedingungen für die wirtschaftliche Geltung Ungarns im Nahen Orient.« 2. »Verhältnis Friedrich Lists zu Ungarn und Wirkung seiner Tätigkeit.« 3. »Gestaltung der Valuta-

verhältnisse im gegenwärtigen Krieg.« Die Preise betragen 800 bis 6000 Kronen; über die Bedingungen erteilt das Sekretariat der Akademie in Budapest nähere Auskunft. × Das Institut für ostdeutsche Wirtschaft, das im Mai eröffnet wurde (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 671 f.), ist der Philosophischen Fakultät der Königsberger Universität angegliedert worden; es enthält Abteilungen für Agrarpolitik, Gewerbe, Handel und Verkehr, Landwirtschaft, Privatwirtschaft und Wirtschaftsgeschichte. Die Hauptarbeit liegt auf staatswissenschaftlichem Gebiet. Gegenwärtig erscheint ein bändereiches, mit Karten ausgestattetes Werk Grundlagen des Wirtschaftslebens von Ostpreußen, eine Denkschrift zum Wiederaufbau der Provinz, die in Verbindung mit anderen Fachmännern von Professor Dr. A. Hesse, dem Direktor des Instituts, herausgegeben wird. × Der Leipziger Privatdozent Dr. A. Gerlach habilitierte sich für das Fach der wirtschaftlichen Staatswissenschaften nach der Universität Kiel um.

×
Literatur Logik des Geldes nennt sich recht anspruchsvoll die Abhandlung des Kieler Privatdozenten Bruno Moll /Leipzig, Duncker & Humblot/, die in dem hoffnungslosen Wirrnis ihrer Argumentation den Tiefstand theoretisch ökonomischen Denkens widerspiegelt. Diese Logik des Geldes ist ungefähr das Widerspiel zu der bisher allein bekannten Logik des menschlichen Verstands. Von irgendeiner systematischen Fragestellung, wie sich denn in einer warenproduzierenden Gesellschaft das Verhältnis der als Geldware und all der zahllosen anderen als Bedarfswaren im Austausch nachgefragten Warenarten und damit der zwischen einfachen Bedarfswaren und Geldware bestehende Artunterschied ihrer respektiven Veräußerlichkeit, ihres Tauscherts, begreifen lasse, und welche weiteren Folgerungen für eine Theorie des Geldes von dieser Basis aus sich dann ergeben mögen, ist nicht die Rede. Tausch- und Gebrauchswert vermengen sich dabei zu einem ungeschiedenen Knäuel, aus dessen Tohuwabohu dann, was in der Sprache des Verfassers das »Problem des Endes« oder auch der »endgültigen Befriedigung« heißt, emportaucht. Die Marxschen Erörterungen über Geld und Ware, die auch bei Ablehnung des Wertgesetzes noch eine Fülle fruchtbarster

Ausblicke und Fingerzeige enthalten, scheinen dem Autor nie zu Gesicht gekommen zu sein. Mit um so größerer Emphase spricht er dafür von Adam Müllers, des Romantikers, konfus romantischen Geldphantasien und tischt seitenlange Zitate aus dessen Schriften auf. Kein Wunder, daß ihm dann das Phänomen des Geldes, das nach dem von Marx zitierten hübschen Gladstonewort noch mehr Leute um den Verstand gebracht hat als die Liebe, so abgrundtief erscheint, daß er darin eine Verwandtschaft zu Kants berühmten Antinomien der menschlichen Vernunft wittert. X In einer Broschüre Unser Wirtschaftsleben als Gegenstand des Universitätsunterrichts / Tübingen, Mohr/ befuhrwortet Adolf Weber die Einrichtung neuer praktischer Spezialkurse an den Hochschulen. Eingehend wird über die Verhandlungen und Vorarbeiten, die zur Ausführung eines derartigen Plans von der Breslauer Universität unternommen worden sind, berichtet.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Gemeinnützige Rechtsauskunft Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen hat bereits sein 10jähriges Stiftungsfest feiern können. Nach den Mitteilungen seines Verbandsorgans Die gemeinnützige Rechtsauskunft vom 15. Januar 1916 ist Mitgliederzahl wie Tätigkeitsumfang des Verbands außerordentlich gewachsen; im Jahr 1913 zum Beispiel wurden in den angeschlossenen Rechtsauskunftsstellen 665 000 Fälle bearbeitet. Seit 1907 bildet der Verband erfreulicherweise, ähnlich wie die Gewerkschaften in der Gewerkschaftsschule und den Kursen für Arbeitersekretäre, in besonderen Kursen Leiter und Angestellte für Rechtsauskunftsstellen vor. Besonders bedeutungsvoll wurde für die Verbandsarbeit die Gründung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, die nach dem Geschäftsbericht vielen solchen Firmen das Handwerk legen und damit weiteren Schädigungen des Volkes und der anständigen Geschäftsleute vorbeugen konnte. Es sind aber, besonders während des Krieges, zahlreiche neue derartige Firmen entstanden, so daß zurzeit die Wirksamkeit und der Ausbau der Zentralstelle notwendiger ist als je.

Die Führung der laufenden Verbandsgeschäfte liegt seit 1910 in den bewähr-

ten Händen des Leiters der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle Lübeck Dr. Link. Als Organ diente dem Verband lang Jahre hindurch die Soziale Praxis, die sich um den Gedanken der gemeinnützigen Rechtsauskunft höchstes Verdienst erworben hat; seit Oktober 1915 besitzt er ein selbständiges Organ. Das Tätigkeitsfeld der gemeinnützigen Rechtsauskunft ist außerordentlich umfassend: mündlicher Rechtsrat, Anfertigung von Schriftsätzen, Anstellung von Ermittlungen, Vertretung vor dem Reichversicherungsamt, Verbreitung elementarer Rechtskenntnisse durch Aufsätze und Merkblätter für die minderbemittelte Bevölkerung, Hilfe bei Vertragsabschlüssen, Führung von Vergleichsverhandlungen und Sühneversuchen, also die Förderung des Rechtsfriedens überhaupt. Der Verband vertritt die Rechtsauskunftsstellen nach außen und gibt ihnen die Richtlinien für die Ausgestaltung ihrer Arbeit; er sucht die Aufgaben der gemeinnützigen Rechtsauskunft unablässig zu vertiefen. Durch die gemeinnützige Rechtsberatung ist, wie Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer in einer Vorstandssitzung beim Stiftungsfest des Verbandes mit Recht betonte, das Vertrauen des Volkes zu seinem Recht gefördert; die Rechtsfremdheit, die in unserm Volk steckte, zu einem großen Teil überwunden worden: »Das Volk hat an der Hand sachverständiger Berater eingesehen, daß das Recht einen tiefen Sinn hat . . . Es ist dadurch ein innigeres Verhältnis zum Rechte erstanden, das im letzten Grunde der ganzen Rechtspflege zustatten kommt.«

Das jetzt von dem Verband publizierte Material sollte alle Kreise zur Unterstützung seiner Bestrebungen veranlassen. Besonders auch die Rechtsanwaltschaft. Der Deutsche Anwaltstag wies auf seiner Tagung in Rostock im Jahr 1909 unter Führung des verstorbenen Justizrats Stranz die Rechtsanwälte auf ihre Pflicht hin sich an der gemeinnützigen Rechtsbelehrung der Unbemittelten zu beteiligen. In Berlin traten die besten unter den deutschen Anwälten, der verstorbene Vorsitzende des Vorstands der Anwaltskammer Geheimrat Lesse wie der ebenfalls verstorbene Justizrat Julian Goldschmidt für den gleichen Gedanken ein; bisher noch ohne den rechten Erfolg. Wir dürfen hoffen, daß auch hier die Zeit nach dem Krieg eine Änderung der Anschauungen bringen wird. Die Inanspruchnahme

der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen ist besonders den Arbeitersekretariaten sehr zu empfehlen, die ihr auch das einschlägige Material überweisen sollten. Wer die 10 Jahre Verbandsarbeit überblickt, wird unwillkürlich an den Ausspruch Gottfried Kellers aus seiner Geschichte vom Fähnlein der 7 Aufrechten denken; man solle nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen buhlen sondern auf die Gelassenen und Festen sehen. Nach dieser Maxime ist der Verband bei seiner stillen, jedes Hervortreten vermeidenden Arbeit im Interesse der Gesamtheit verfahren. Und er hat gut daran getan.

×
Arbeiter-
sekretariate

×
Nach § 1604 der Reichs-
versicherungsordnung dür-
fen in dem erweiterten

Einspruchsverfahren Personen nicht als Beistand auftreten, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig, nicht etwa nur gewerbsmäßig, betreiben. Damit sind die Arbeitersekretäre von der Vertretung ausgeschlossen. Kaum eine andere Vorschrift des Gesetzes ist so ungerechtfertigt, sozialpolitisch engherzig und verderblich wie diese. Das Oberversicherungsamt München hat jüngst den Versuch gemacht der Vorschrift die äußersten Härten zu nehmen. Es lasse sich, wie es sagt, allerdings nicht bestreiten, daß die Arbeitersekretäre zu den fraglichen Personengruppen gehören, doch dürfe daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß ihnen auch die mündliche Vertretung und Wahrung der Interessen des Berechtigten in den Ausnahmefällen verwehrt sein sollte, in denen es dem Berechtigten unmöglich ist selbst seine Wünsche und Anträge anzubringen und zu begründen. So gut gemeint auch diese Entscheidung ist, so stellt sie doch nur ein Palliativmittel dar. Den Gewerkschaftsbeamten muß, wie nach dem Krieg dringend zu fordern ist, insoweit nicht Anwaltszwang besteht, in jedem Rechtsstreit das uneingeschränkte Recht zustehen als Beistand oder Vertreter einer Partei aufzutreten. Nachdem der Krieg mit so manchem Vorurteil gegen die Gewerkschaftsbeamten aufgeräumt, der Präsident des Reichsversicherungsamts selbst von den musterhaft geleiteten Arbeiterverbänden gesprochen und der Bundesrat den veränderten Anschauungen durch die Zulassung von Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären zu den Fachausschüssen für Heim-

arbeiter praktisch Rechnung getragen hat, ist für die Vorschrift des § 1604 kein Raum mehr.

×
Wirtschafts-
leben und
Krieg

×
Durch die starke Preis-
erhöhung vieler Waren ist
die Frage brennend gewor-
den, ob damit der Verkäufer von der
Erfüllung der vor dem Krieg geschlos-
senen Lieferungsverträge zu den da-
maligen Marktpreisen frei werde. Den
bestehenden Zweifeln hat jetzt das
Reichsgericht durch folgende Entschei-
dung ein Ende gemacht: »Der Verkäufer
wird weder nach §§ 275, 279 noch nach
§ 242 des Bürgerlichen Gesetzbuchs
von der Verpflichtung zur Lieferung
frei, wenn im Großhandel marktgängige
Ware verkauft wurde, mag auch der
Marktpreis in einem außerordentlichen,
bis dahin nicht für denkbar erachteten
Maße gestiegen sein. Im Gegenteil
gilt für solche Geschäfte der Grund-
satz, daß der Verkäufer niemals von der
Leistung frei wird, solange die Ware
am Markt gehandelt wird und zu haben
ist. Kein noch so außerordentliches
Steigen des Preises befreit den Ver-
käufer, solange ein wirklicher Markt-
preis besteht, zu dem die Ware zwi-
schen verschiedenen Verkäufern und
Käufern gehandelt wird und in einer
für die Vertragserfüllung genügenden
Menge käuflich ist. Wie die Sache
läge, wenn nur einzelne Posten Ware
durch ein phantastisches Angebot her-
vorgelockt oder von einem einzelnen Be-
sitzer nur zu wucherischen Preisen ab-
gelassen werden, brauchte im fraglichen
Falle nicht entschieden zu werden.«
Gemäß der ganz festen, einheitlichen
Rechtsprechung des Reichsgerichts
liegt die Sache also jetzt so: 1. Hat der
Verkäufer sich ausdrücklich von der
Lieferungspflicht durch Aufnahme der
sogenannten Kriegsklausel in den Kauf-
vertrag befreit, so kann er ohne jede
Einschränkung davon zurücktreten,
gleichviel, ob ihm die Erfüllung noch
möglich ist oder nicht. Der Gewinn aus
der Preissteigerung für die von ihm
angeschafften Vorräte fällt dem Ver-
käufer in vollem Umfang zu. 2. Ist da-
gegen die Kriegsklausel vom Verkäuf-
fer nicht aufgenommen, so muß er unter
allen Umständen liefern. Mögen die
Preise noch so unerschwinglich sein,
der Verkäufer hat sie dennoch zu zah-
len, um die Waren zu beschaffen, die er
dem Käufer zu liefern hat, solange
solche Waren überhaupt auf dem Markt
zu haben sind.

Diese Lösung der Streitfrage ist die denkbar unbefriedigendste. Im ersten Fall, wie er häufig genug vorgekommen ist, kann der Verkäufer leicht Millionen verdienen. Im zweiten Fall ist er schlechtweg ruiniert. Ich habe in dieser Rundschau während des Krieges wiederholt Gelegenheit gehabt die sozialpolitische Einsicht anzuerkennen, die unser höchstes Gericht bewiesen hat, um dem deutschen Volk über die wirtschaftlichen und rechtlichen Schwierigkeiten des Kriegs hinwegzuhelfen. In dem vorliegenden, volkswirtschaftlich überaus wichtigen Fall hat es diese Einsicht nicht gezeigt. Der deutsche Handel leidet schwer und muß täglich schwerer darunter leiden, daß das Reichsgericht hier nach juristisch korrekten, aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ignorierenden Gesichtspunkten urteilt. Hier, wo das Leben des deutschen Handels auf dem Spiel steht, hat der Gedanke keine Stätte gefunden, daß dem Recht, dem Zug unserer Rechtsentwicklung gemäß, immer mehr ein gemeinnütziger Charakter verliehen, die Sozialmoral berücksichtigt und den privatrechtlichen Befugnissen des einzelnen gewisse Schranken gesetzt werden müssen, wenn das Interesse der Gesamtheit dies erheischt. Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist aber nicht bloß eine schreiende, das Sittlichkeitsempfinden des Volks verletzende Unbilligkeit, er kann auch schwere volkswirtschaftliche Nachteile mit sich bringen, die den Kriegsverlauf gefährden. Der § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bot eine Handhabe alle diese üblen Folgen zu vermeiden. Er schreibt vor, daß Verträge so auszulegen sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Da die Rechtsprechung hier versagt hat, sollte nun der Bundesrat auf Grund der ihm zustehenden weitgehenden Befugnisse unverzüglich gesetzgeberisch eingreifen und so dem Volk die Garantie schaffen, daß die private Spekulation sich auch auf dem Gebiet des Privatrechts Beschränkungen gefallen lassen muß, wenn es das Allgemeinwohl fordert.

× **Kriegsteilnehmer-** Das Gesetz betreffend den **schutz** Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen vom 4. August 1914 sieht die Unterbrechung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten zugunsten der Kriegsteilnehmer vor. Das Gesetz vom 14. Januar 1915 hat diesen

Grundsatz eingeschränkt, indem es vorschreibt: »Betrifft der Rechtsstreit einen vermögensrechtlichen Anspruch, so kann das Prozeßgericht den Antrag ablehnen, wenn die Aussetzung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist.« Dieses Zusatzgesetz ist nicht immer bedenkenfrei ausgelegt worden. Wie ich schon im vorigen Jahr in den Sozialistischen Monatsheften (1915, 3. Band, pag. 982) ausführte: »Die Gerichte haben mehrfach bei Anwendung dieser Vorschrift übersehen, daß das Ruhen der gegen den Kriegsteilnehmer geführten Prozesse nicht bloß seiner individuellen Interessensphäre dienen soll sondern in Rücksicht auf das Staatswohl eingeführt ist, um den für die Unversehrtheit des Vaterlands Kämpfenden nicht durch kleine und kleinliche persönliche Sorgen an der Erreichung höchster Ziele zu hindern. Gewiß liegt der Bekanntmachung des Bundesrats der gesunde Gedanke zugrunde, daß der Dienst für die Nation nicht den Deckmantel hergeben soll, um böswillig und trotz vorhandenen Mitteln den Gläubiger um seine wohlbegründete Forderung zu betrügen. Aber in diesem sozialpolitisch bedenkenfreien Sinn ist die Verordnung nicht durchweg ausgelegt worden. Mag es tatsächlich auch nicht sonderlich häufig vorgekommen sein, daß der Richter sich in engherzig bürokratischer Auffassung kein höheres Interesse und kein heiligeres Gut vorstellen konnte als die unbedingte Herrschaft der dem Privatrecht zugrunde liegenden Begriffe, so haben diese wenigen Fälle einen so unschönen Eindruck hinterlassen, daß man nicht so leicht darüber hinweggehen darf.«

Inzwischen ist das nur für höchste Ausnahmefälle gedachte und nur für solche erträgliche Ergänzungsgesetz vom 14. Januar 1915 immer weiter ausgedehnt worden. Das ist ein durchaus unerfreulicher Zustand, den jetzt auch das Oberlandesgericht Bamberg mit so beachtenswerten Gründen bekämpft, daß sie hier wiedergegeben zu werden verdienen. Es sagt: »In den §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 4. August 1914 ist den Kriegsteilnehmern ein bedingungsloses Moratorium gewährleistet. Es handelt sich hier um einen weitgreifenden Schutz ihrer privatrechtlichen Persönlichkeit, weil sie unter völliger Hintansetzung der eigenen den höchsten Interessen des Staats und des Volkstums zu dienen haben. Wenn § 2 des Ergänzungsgesetzes vom 14. Januar 1915 von diesem allgemeinen

Grundsatz gleichwohl eine Ausnahme zuläßt und diesen Schutz dann versagt, wenn er eine offenbare Unbilligkeit begründen würde, so ist ohne weiteres klar, daß es bei Anwendung dieser Sonderbestimmung darauf nicht ankommen kann, ob eine Forderung liquid oder bestritten ist, und ob die vorgeschützten Einwendungen mehr oder minder stichhaltig erscheinen. Denn es ist gerade das Wesen des Moratoriums, daß fällige und als solche auch gar nicht bestrittene Forderungen der Beitreibung zeitlich entzogen werden. Und letzten Endes sind es liquide Forderungen, die die wirtschaftliche Existenz des Kriegsteilnehmers am ehesten bedrängen und darum den gesetzlichen Schutz notwendig machen. Der erwähnten Sonderbestimmung liegt eine derartige Gefährdung des Zweckes der Schutzvorschrift ferne; sie kann, wie auch ihr Wortlaut bezeugt, ihr Anwendungsgebiet nur dort finden, wo der Kriegsteilnehmer des ihm vom Gesetze zugedachten Schutzes offensichtlich nicht bedarf oder auf Grund besonderer, sei es während des Krieges erst entstandener oder durch ihn und die Kriegsteilnahme überhaupt nicht beeinflusster Verhältnisse nach Treu und Glauben und der Tendenz des Gesetzes hierauf einen Anspruch nicht erheben kann, oder wo etwa überwiegende und unabweisbare Interessen des Gläubigers außer Verhältnis zu den dem Kriegsteilnehmer drohenden Nachteilen stehen. Tatsachen dieser Art sind von demjenigen, der sich auf die Ausnahmebestimmung beruft, nicht bloß zu behaupten sondern auch sofort zu bescheinigen; denn die Unbilligkeit muß eine offenbare, ohne weiteres ersichtliche sein.«

×
Mietsvertrag
und Krieg

×
Das in dem vorigen Abschnitt erwähnte deutsche Gesetz vom 14. Januar

1915 hat zu besonderen Härten auf dem Gebiet des Mietsrechts geführt. Wird hier dem Kriegsteilnehmer, wie nicht selten geschehen ist, ein Vertreter bestellt, so droht dem Krieger und seiner Familie, während er draußen für sein Volk kämpft, die Exmission. Die rigorose Art, wie vielfach Hauseigentümer vorgegangen sind, hat mit Recht die Einschränkung des Gesetzes als angezeigt erscheinen lassen. Bei der langen Dauer des Krieges wird diese Konsequenz schließlich doch gezogen werden müssen.

In sozialpolitischer Hinsicht vorbildlich

kann hierfür der am 22. April dieses Jahres von der französischen Kammer angenommene Entwurf sein, der in seinen Hauptgrundsätzen besagt:

1. Familien eingezogener Soldaten, deren Mietsverträge unter 600 Francs jährlich betragen, und Personen, die Kriegsunterstützung erhalten, sind von der Mietszahlung befreit.

2. Familien eingezogener Soldaten, deren Mietsverträge über 600 Francs jährlich betragen, die aber infolge des Krieges ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, dürfen für die Dauer des Krieges nicht gekündigt werden; nach Kriegsende müssen diese Mieter jedoch vor einem Schiedsgericht erscheinen, um sich mit dem Hauseigentümer auszugleichen.

3. Nicht eingezogene minderbemittelte Mieter, die infolge des Krieges oder der Teuerung eine Einbuße an ihrem Arbeitseinkommen erleiden und deshalb in Zahlungsschwierigkeiten geraten, müssen vor dem Schiedsgericht erscheinen und die Schwierigkeiten ihrer materiellen Lage nachweisen. In diesem Fall darf das Schiedsgericht den Mietsbetrag bis zur Hälfte herabsetzen.

4. Die minderreichen Hauseigentümer, die kraft dieses Gesetzes Mietsverluste erleiden, erhalten die Hälfte der Verluste vom Staat und vom Crédit Foncier (Länderbank) ersetzt.

Eine bemerkenswerte Entscheidung hat jetzt der deutsche höchste Gerichtshof gefällt. Durch die infolge der Kriegsnotwendigkeiten veranlaßten behördlichen Maßnahmen, insbesondere durch Warenbeschlagnahme, sind zahlreiche Gewerbetreibende in ihrem Erwerb auf schwerste geschädigt worden. Es ist daher von erheblicher Bedeutung festzustellen, ob sie trotzdem während der ganzen Vertragsdauer die Miete weiter zahlen müssen, obwohl sie die Räume zu dem Zweck, zu dem sie sie ausdrücklich gemietet haben, zum Beispiel zum Verkauf von Gummi, Kautschuk, Automobilreifen und dergleichen infolge der Beschlagnahme der betreffenden Gegenstände nicht mehr verwenden können, oder ob sie fristlos kündigen dürfen. Diese Frage, von der unter Umständen die ganze Existenz eines Menschen abhängen kann, ist jetzt vom Reichsgericht in einem Fall beantwortet worden, dem folgender Tatbestand zugrunde lag: Der Kläger hatte dem Beklagten in seinem Haus im Erdgeschoß Räume zum Betrieb einer Weinwirtschaft bis zum 1. Januar 1917 über-

lassen. Die Wirtschaft wurde als Nachtlokal betrieben und hatte Verlängerung der Polizeistunde an 3 Tagen der Woche bis 2 Uhr und an 4 Tagen bis 5 Uhr morgens. Nach Beginn des Krieges wurde die Polizeistunde allgemein auf 12 Uhr festgesetzt und damit der Nachtbetrieb vom großen Teil unmöglich gemacht. Der Beklagte kündigte daher im September 1914 das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist. Das Landgericht wies die Klage auf Zahlung des Mietszinses ab, das Berufungsgericht verurteilte dagegen zur Zahlung der ganzen Miete. Das Reichsgericht hob dies Urteil wieder auf. Nach den Feststellungen des Berufungsrichters sei der Betrieb im Erdgeschoß im wesentlichen ein Nachtbetrieb gewesen und die Räume seien zu diesem Betrieb vermietet gewesen und danach auch die Vergütung bemessen worden. Der Vertrag sei als ein aus Pacht und Miete gemischtes Geschäft anzusehen. Der Verpächter sei verpflichtet dem Pächter den Gebrauch des verpachteten Gegenstandes und den Genuß der Früchte während der Nachtzeit zu gewähren. Der vertragsmäßige Gebrauch habe hier in der Benutzung als Nachtwirtschaft bestanden. Wenn durch die Festsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr der Nachtbetrieb in einer Weise beeinträchtigt werde, daß man von einem Nachtbetrieb im gewöhnlichen Sinn und auch im Sinn des Vertrages nicht mehr sprechen könne, handle es sich nicht nur um den tatsächlichen Umfang des Fruchtbezugs, für den der Verpächter nicht hafte, sondern um die Möglichkeit der Fruchtziehung durch den Pachtgegenstand. Die Festsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr habe daher nicht nur die Person des Pächters (§ 552) sondern den Pachtgegenstand selbst in seiner Eigenschaft als Nachtwirtschaft getroffen. Damit sei, wenn auch ohne Verschulden des Verpächters, der vertragsmäßige Gebrauch des Pachtgegenstands mindestens zum großen Teil dem Pächter entzogen, und die Kündigung, deren Grund eine Fristsetzung überflüssig gemacht habe, sei nach § 542, 581 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wirksam.

× **Kartellwesen** Zahlreiche Kartelle, Konventionen, Syndikate enthalten in ihren Statuten die Bestimmung, daß alle Streitigkeiten zwischen den Verbänden und deren Mitgliedern den ordentlichen Gerichten entzogen und von einem Schiedsgericht

zu entscheiden seien. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist vielfach ein Jurist, der mit dem Syndikat in irgendeiner Verbindung steht. In einer von einem Syndikat gegen einen Kaufmann wegen schwerer Verfehlung gegen das Verbandsstatut beim Schiedsgericht eingereichten Klage lehnte dieser einen solchen, von der Generalversammlung des klagenden Verbands zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts gewählten Rechtsanwalt wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Das Kammergericht erklärte am 23. März 1916 die Ablehnung für begründet. Ob ein Grund zum Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters vorliegt, ist, so führt es aus, unter Erwägung aller Umstände des einzelnen Falles zu entscheiden. Maßgebend ist dabei, ob vom Standpunkt der den Richter ablehnenden Partei genügend objektive Gründe für ein solches Mißtrauen bestehen. Das ist hier der Fall. Der betreffende Rechtsanwalt bezieht für seine Tätigkeit als Schiedsrichter ein in jeder Sitzung vom Schiedsgericht festgesetztes Honorar. Er ist in verschiedenen Prozessen als Prozeßvollmächtigter des Verbands tätig gewesen. Bei dieser Sachlage kann der Beklagte sehr wohl Bedenken dagegen haben, daß der Rechtsanwalt die für einen Richter notwendige Unparteilichkeit besitze. Dies Bedenken genügt, um das Ablehnungsgesuch als begründet erscheinen zu lassen, ohne daß es darauf ankommt, ob eine Parteilichkeit auf seiten des abgelehnten Schiedsrichters wirklich vorhanden ist. Dieser Entscheid deckt sich mit der durchaus zu billigen Auffassung, die das Reichsgericht behufs Beschränkung der Auswüchse des Kartellwesens mehrfach über die Zulässigkeit des schiedsgerichtlichen Verfahrens geäußert hat. Ich habe diese Angelegenheit bereits in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 561 f.) behandelt.

× **Handlungsgehilfen** Die Frage, ob die zum Heeresdienst eingezogenen Handlungsgehilfen Anspruch auf das Sechswochengehalt haben, ist vom preußischen Kammergericht verneint worden (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 181 f.). Sie kann damit endgültig als zuungunsten des Handlungsgehilfen entschieden angesehen werden. Vom Standpunkt des geltenden Rechts aus ist die Entscheidung des Kammergerichts unanfechtbar; sie konnte, so hart sie auch

den Handlungsgehilfen trifft, dem klaren Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Vorschrift gemäß, nicht anders ergehen. Selbstverständlich hätte der Bundesrat die Möglichkeit gehabt helfend einzugreifen; das Gesetz vom 4. August 1914 erteilt ihm die ganz allgemeine Ermächtigung während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen. Ein Eingriff ist in diesem Fall nicht erfolgt. Um so dringender ist die Forderung zu erheben, daß das Deutsche Reich nicht achtlos an der Kaiserlichen Verordnung vorübergehen möchte, die am 29. Februar 1916 für Österreich erlassen wurde (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 604 f.). Eine ähnliche Verordnung ist auch für Ungarn ergangen. Den Kern des Gesetzes, das in allen Einzelheiten durchdacht ist, bildet der Gedanke, daß das Dienstverhältnis während der Dauer der militärischen Dienstleistung gleichsam ruht. Der Dienstgeber hat kein Gehalt zu zahlen, der Dienstnehmer keine Dienste zu leisten. An beide Vertragsteile aber wird das durch Privatverträge nicht aufhebbare, also zwingende Verbot erlassen das Dienstverhältnis während der Dauer der militärischen Dienstleistung des Dienstnehmers zu kündigen. Nach Beendigung des Militärdienstes lebt das Dienstverhältnis wieder auf. Es ist jetzt bei uns so viel von einer mitteleuropäischen Rechtsannäherung und von Tagungen der waffenbrüderlichen Vereinigung die Rede. Je schneller hier konkrete Ziele verfolgt werden, desto besser wird es sein. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die der Waffenbrüderlichen Vereinigung angehörigen deutschen Juristen darauf hinzuwirken, daß die erwähnte österreichische Verordnung auch auf das Deutsche Reich übertragen werde.

X
X
Oberverwaltungsgericht Schon wiederholt ist die Frage der Einführung des Anwaltszwangs für die beim Oberverwaltungsgericht anstehenden Streitsachen erörtert worden. Neuerdings ist dafür wieder Justizrat Karl Görres (Berlin) in der Juristischen Wochenschrift vom 1. Mai 1916 eingetreten. Da die Frage nach dem Krieg sicherlich lebhaft diskutiert werden wird, ist es geboten die Argumente pro und contra kennen zu lernen. Görres geht davon aus, daß die Steuerlasten außer-

ordentlich wachsen werden. Summen, die wir früher für unglaublich gehalten haben, erscheinen uns heute als selbstverständlich. Angesichts dieser Tatsache wird ein gewaltiges Anwachsen der Rechtsmittel im Steuerwesen so sicher eintreten wie das Hochwasser nach der Schneeschmelze. Die Notwendigkeit wird dann dazu führen dem Anwaltszwang näherzutreten. Da die Einlegung des Rechtsmittels so überaus leicht möglich und fast vollkommen kostenlos ist, so gibt es keinen andern Ausweg, um das Anschwellen aussichtsloser Rechtsmittel zu hindern. Die Väter der Strafprozeßordnung wußten wohl, was sie taten, als sie für die Begründung der Revision des Angeklagten die Unterzeichnung durch einen Rechtsanwalt zur notwendigen Voraussetzung erklärten. Sie sahen ein, daß sie damit eine Menge verfehlter Revisionen vom obersten Gerichtshof fernhielten. Das gleiche ist beim Oberverwaltungsgericht der Fall. Der beste Kenner, Präsident Strutz, klagt, daß unter der Unsumme der an das Oberverwaltungsgericht gelangenden Revisionen außerordentlich viele aussichtslos sind, weil sie sich auf Rechtsausführungen stützen, die von dem Gerichtshof längst als rechtsirrig zurückgewiesen sind.

X
X
**Polizei-
verordnungen** Die Frage, die uns sonst fast täglich entgegentritt, welche Kriterien zur Rechtsgültigkeit einer Polizeiverordnung gehören, wird während des Kriegs nur selten aktuell, nachdem die staatliche Gewalt in ihren wichtigsten Ausstrahlungen auf die Militärbehörden übergegangen ist. Trotzdem darf sie nicht aus den Augen verloren werden. Denn sie ist für die Arbeiterbewegung von großem praktischen Wert und wird nach dem Krieg wieder ihre alte Bedeutung gewinnen. Zahlreiche Polizeiverordnungen regeln Gegenstände, die gerade das gewerkschaftliche und politische Arbeiterleben angehen. Man denke zum Beispiel an die Polizeiverordnungen über das Streikpostenstehen. Gerade auf diesen Gebieten, auf denen die Polizei durch das ihr verliehene Recht des Erlasses von Polizeiverordnungen sogar gesetzgebender Faktor ist, sind zum Schutz des Staatsbürgers ganz besondere Kautelen notwendig. Von diesem Standpunkt aus ist ein Urteil von großer Bedeutung und warm zu begrüßen, daß jüngst der Strafsenat des Kammergerichts als des höchsten Ge-

richtshofs in den das preußische Landesrecht angehenden Strafsachen gefällt hat. Das Kammergericht erklärt darin Polizeiverordnungen von unklarer und unbestimmter Fassung für ungültig. Es führt aus: »Eine Polizeiverordnung, wonach Handlungen jeglicher Art verboten sind, die dazu führen können den sichern und bequemen Verkehr auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen zu gefährden, entbehrt der Rechtsgültigkeit. Eine Polizeiverordnung muß, um materiell rechtsgültig sein zu können, »Vorschriften« enthalten; sie muß dem Betroffenen vorschreiben, welche einzelnen Handlungen er vorzunehmen hat (Gebote) oder welche einzelnen Handlungen er nicht vornehmen darf (Verbote). Die Polizeivorschrift muß also einen fest umschriebenen Tatbestand enthalten, aus dem ein Gebot oder ein Verbot klar hervorgeht. Diese Bedingung ist hinsichtlich der vorliegenden Polizeiverordnung nicht erfüllt; das in ihr enthaltene Verbot macht die Bestrafung einer Person von Ereignissen oder Umständen abhängig, welche der Täter erst mittelbar herbeiführt. Ob ein bestimmtes Handeln unter ein derartiges Verbot fällt, wird in den meisten Fällen zweifelhaft sein. Die selbe Handlung wird von dem einen für verboten, von dem andern für erlaubt angesehen werden können; ein klares und bestimmtes Verbot ist in der Vorschrift somit nicht enthalten. Daraus folgt ihre Ungültigkeit.«

× **Kurze Chronik** Die Ständige Deputation des Deutschen Juristentags hat in einer Resolution den Willen bekundet an eine Vereinheitlichung des Rechts der Zentralmächte heranzutreten, soweit es sich um das Handels-, Wechsel-, Scheckrecht, das Schiffs-, Versicherungs- und Konkursrecht sowie um den gewerblichen Rechtsschutz handelt. Im übrigen bedürfte es zunächst einer genauen Feststellung, inwieweit auf dem Gebiet des bürgerlichen, Straf- und Prozeßrechts eine Rechtsvereinheitlichung unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen durchführbar ist. × Die Anordnung eines Kommandierenden Generals, durch die für Arbeitsscheue der Arbeitszwang eingeführt wird (siehe auch die Rundschau Sozialpolitik, 1916, 2. Band, pag. 916), ist nach einem Urteil des Kammergerichts in vollem Umfang rechtsgültig. × Eine Verord-

nung des Bundesrats regelt die Todeserklärung Kriegsverschollener. Hiernach kann im Weg des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden, wer als Angehöriger der bewaffneten Macht des Deutschen Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates an dem gegenwärtigen Krieg teilgenommen hat und während des Krieges vermißt worden ist, wenn man 1 Jahr lang nichts mehr vor ihm gehört hat. × Eine Prozeßpartei hat erklärt, daß sie den als Zeugen zu vernehmenden Arzt von der Schweigepflicht entbinde. Nach einem Beschluß des Kammergerichts kann eine solche Erklärung nicht mehr widerrufen werden. × Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts ist der entlassene Handlungsgehilfe, der seine Dienste dem bisherigen Dienstherrn vergeblich zur Verfügung gestellt hat, befugt seine Dienste auch in einem mit dem Dienstherrn im Wettbewerb stehenden Geschäft zu verwerten. × Der in § 68 des Wehrbeitragsgesetzes zugelassene sogenannte Generalpardon wird vom Reichsgericht mehr und mehr eingeschränkt. Die Entscheidungen des Reichsgerichts beweisen, daß, wenn bei künftigen Steuergesetzen der Gedanke des Generalpardons von neuem aufgenommen wird, er weit eindeutiger formuliert werden muß. Bei der jetzigen Auslegung durch die Gerichte bietet er dem Steuerzahler keinerlei Gewähr. × Die Frist zur Einlegung eines Rechtsmittels wird nach einem Urteil des Kammergerichts, das sich erfreulicherweise hier von bürokratischen Erwägungen freigemacht hat, auch durch Einreichung einer Rechtsmittelschreiben bei einem Gerichtsschreibereibeamten außerhalb der Dienststunden und Diensträume, zum Beispiel in dessen Privatwohnung, gewahrt. × Den Wünschen des Reichstags entsprechend hat der Bundesrat die sogenannte Gerichtsentlastungsordnung in wesentlichen Punkten geändert. Der Zahlungsbefehl bei Landgerichtsprozessen ist gestrichen, der Ausschluß der Berufung bei Objekten von höchstens 50 Mark soll nur gelten, wenn die Berufung einen Anspruch betrifft, der ausschließlich die Zahlung einer Geldsumme zum Gegenstand hat, wo also ein Streit darüber, ob der Wert unter 50 Mark bleibt, nicht möglich ist. Der Grundsatz, daß die Gebühren des Rechtsanwalts der obsiegenden Partei in allen Prozessen zu erstatten sind, ist uneingeschränkt wiederhergestellt worden. × Seit Beginn

des Krieges sind zahlreiche zu Gefängnisstrafen verurteilte Personen wegen zeitweiliger Räumung von Gefängnissen oder zur Erledigung dringender Arbeiten oder aus ähnlichen Gründen aus dem Gefängnis entlassen worden, ohne daß sie in das Heer eingestellt worden sind. Der preußische Justizminister hat in einem sehr zu begrüßenden Erlaß verfügt, daß in geeigneten Fällen vor Wiederaufnahme der Strafvollstreckung die Frage der Begnadigung zu erwägen sei, da es eine unbillige Härte bedeuten könnte, wenn hier ein Verurteilter zur Verbüßung einer kleinen Strafe oder eines unerheblichen Strafrestes die Strafe wieder antreten müßte. × In den letzten 16 Jahren hat sich die Zahl der deutschen Rechtsanwälte fast verdoppelt. In den letzten 30 Jahren ist sie um 187 % gestiegen. × Der schweizerische Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, durch die der bedingten Verurteilung zugrunde liegende Gedanke bei allen Strafurteilen der Militärgerichte angewandt wird. Die Verordnung ist ein Erfolg der Agitation für Abschaffung der Militärjustiz. × Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Reichsgerichtsrat Dr. Rudolf Heinze ist zum Unterstaatssekretär im türkischen Justizministerium ernannt worden. × Professor Dr. Hans Albrecht Fischer in Gießen wird der Nachfolger Rudolf Stammers auf dem Lehrstuhl für römisches Recht an der Universität Halle. × Privatdozent Dr. Ernst Jacobi ist zum außerordentlichen Professor des deutschen und sächsischen Verwaltungsrechts und des sächsischen Staatsrechts an der Universität Leipzig ernannt worden. × Auf Grund einer Abhandlung Das subjektive Recht im Gebiet der unerlaubten Handlung habilitierte sich Dr. Rudolf Schulz, der übrigens zurzeit im Feld steht, an der Universität Marburg.

×
Literatur

Die Heeresverwaltung war während des Krieges unausgesetzt mit großer Energie und gutem Erfolg bemüht die Lohnsätze für die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen tarifvertraglich zu regeln, das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Unternehmeranteil behördlich festzusetzen und Streitigkeiten durch Schlichtungskommissionen entscheiden zu lassen. Gerade hier sind durch die Fortbildung des tarifvertraglichen Gedankens außerordentliche Fortschritte er-

zielt worden. Im einzelnen habe ich dies im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 11. März 1916 dargestellt. Besondere Anerkennung verdient auch die Fortbildung des § 18 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 durch den Bundesrat. Danach kann dieser für bestimmte Gewerbebezweige und Gebiete, in denen Hausarbeiter beschäftigt werden, die Errichtung von Fachausschüssen beschließen. Der Bundesrat hat nun unter dem 2. April dieses Jahres erklärt, daß er die früher gegen die Zulassung von Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären erhobenen Bedenken: es könnten die Fachausschüsse durch die Zulassung Berufsfremder an Sachkunde und Vertrautheit mit den praktischen Berufsverhältnissen Einbuße erleiden, fallen gelassen habe. Damit sei die Möglichkeit gegeben für die Heimarbeiter, die vielfach wegen wirtschaftlicher Schwäche und Abhängigkeit, Un erfahrenheit oder geschäftlicher Ungewandtheit selbst nicht in der Lage seien ihre Interessen ausreichend wahrzunehmen, geeignete Vertreter aus einem größeren Personenkreis zu entnehmen. Den Arbeitersekretären könne nach ihrem Verhalten während des Krieges das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie auch in der ihnen neuerschlossenen Tätigkeit verstehen werden politische Gesichtspunkte zurücktreten zu lassen, wo lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen seien. Bei dieser Anordnung folgte der Bundesrat den Vorschlägen einer gemeinsamen Eingabe, die verschiedene Verbände, zum Beispiel die Gewerkschaftszentralen aller Richtungen, die Gesellschaft für soziale Reform, das Bureau für Sozialpolitik, an ihn gerichtet haben. Der Bundesrat war einseitig genug in diesem Punkt umzulenken. Der Fortschritt, der dadurch erzielt ist, wird auch für die Friedensgesetzgebung nicht mehr auszuschalten sein. Mit vollem Recht sagte der Minister von Berlepsch neulich in einer Besprechung zugunsten der Heimarbeiter, es gelte den Beweis zu führen, daß solche Einrichtungen möglich sind und sich bewähren; was im Krieg seine Kraft gezeigt habe, könne auch im Frieden leichter erhalten werden. Zur Grundlage für eine vollständige Kenntnis des geltenden Heimarbeiterrechts in allen seinen Teilen, wie sie zum Kampf für seine Fortbildung unbedingt notwendig ist, kann uns eine Schrift der badischen Gewerbeinspektorin Dr. Angelika Siquet Der Hausarbeiter

/Karlsruhe, G. Braun/ dienen. Sie enthält die gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz und die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Hausarbeiter. Die Zusammenstellung ist vollständig, so daß jeder, der sich über einen Punkt der Materie informieren will, dies in dem gedrängten Nachschlagewerk, besonders mit Hilfe des ausführlichen Sachregisters, sofort zu tun vermag. Ein praktisch gleich brauchbares Buch über den Gegenstand war bisher nicht vorhanden.

Hygiene / Adolf Kraft

Fruchtabtreibung Heute, wo man aus bevölkerungspolitischen Gründen dem Problem des Geburtenrückgangs auch in Deutschland so intensive Aufmerksamkeit widmet, spielt die Frage der Fruchtabtreibung eine besonders wichtige Rolle; vor allem natürlich die der kriminellen Fruchtabtreibung, die nicht nur in zahlreichen Fällen neue Lebenskeime vernichtet sondern oft auch zur Ursache des Siechtums und dauernder Unfruchtbarkeit der Frauen wird.

Ein Forscher, der sich eingehend mit dem Problem befaßt hat, Walter Benthin (Königsberg), glaubt, daß die Zahl der kriminellen Aborte zunehme. Er hebt aber hervor, daß wir außer einigen kriminalstatistischen Mitteilungen kein genügendes Material darüber besitzen. Statistische Ermittlungen, die auch den Motiven der Fruchtabtreibung Rechnung tragen, schienen ihm deshalb geboten. Er suchte sich unter spezieller Berücksichtigung der ostpreußischen Verhältnisse Unterlagen für eine solche Ermittlung zu schaffen, und zwar durch Verwertung des klinischen Materials aus den letzten 10 Jahren, durch Fragebogen an die Ärzte Ostpreußens über ihre Erfahrungen in der Sache aus den letzten 3 Jahren, durch Umfragen an die Hebammen des Stadt- und Landbezirks Königsberg und durch Verwendung von Straftaktenmaterial. Die Resultate seiner Untersuchungen, die sich auf 7786 Aborte beziehen, legte er in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift nieder.

Nach den Angaben der preußischen Statistischen Jahrbücher hat die Zahl der Verurteilungen wegen Fruchtabtreibung in den Jahren 1904 bis 1911 absolut wie relativ (auf 100 000 der Bevölkerung) zugenommen. Das Verhältnis der sicher festgestellten wie der bloß ver-

muteten kriminellen Aborte zu den Aborten überhaupt stimmt keineswegs mit der allgemeinen Annahme überein. Sowohl in der Klinik wie in der Privatpraxis betrug die Zahl der sicher festgestellten kriminellen Aborte nur 3,8 % aller Fälle. Aus der Literatur läßt sich deren Verhältniszahl auf 12,5 % berechnen. Erheblich größer ist die Anzahl der vermutlich kriminellen Aborte, nämlich 13,1 %. Es würden also die sicher und vermutlich kriminellen Aborte rund 16,9 % aller Aborte betragen. Diese kleine Ziffer kontrastiert aber mit anderweitigen Angaben. So erklärte Lindemann für Halle, daß 90 % aller Aborte kriminellen Ursprungs seien, Jacobson gibt für Moskau, Wygodski für Wilna 75 % an. Tatsächlich dürfte die Prozentzahl der kriminellen Aborte auch die von Benthin ermittelten übersteigen. Stadt und Land sind nicht gleichmäßig an der Fruchtabtreibung beteiligt; so fallen auf das Land bei den sicher festgestellten kriminellen Aborten 0,6 bis 1 %, auf Königsberg aber 3,2 %. In der gynäkologischen Privatpraxis beträgt die Zahl der wirklich oder vermutlich kriminellen Aborte sogar 22 %. Die Abtreibungen erstrecken sich auf alle Stände; nach den Ermittlungen des Verfassers sind die Verheirateten stärker als die Ledigen, und zwar im Verhältnis von nahezu 2 : 1, daran beteiligt.

Die zur Abtreibung verwendeten Mittel sind sehr verschieden. In der Mehrzahl der Fälle (61 %) werden Instrumente benutzt, und zwar in 29 % aller Fälle die Mutterspritze. Die Anwendung interner Mittel tritt erheblich zurück (8 %), und verhältnismäßig selten (4,9 %) greifen die Frauen zu den indirekten Abtreibungsmethoden, was sich daraus erklärt, daß ihre Wirkung sehr unsicher ist. In 51,7 % der Fälle wurde die Abtreibung eigenhändig vorgenommen, bei 48,3 % waren dritte Personen beteiligt, und zwar Hebammen bei 14,8 %. Tatsächlich ist aber, wie der Verfasser selbst bemerkt, die Beteiligung Dritter jedenfalls größer.

Die Morbidität und Mortalität der kriminellen Aborte ist recht hoch; bezogen auf das Material der Praxis betrug die Morbidität 50 %, die Mortalität bezogen auf alle eingestandenen Fälle 11,4 %, mit Einrechnung der vermutlich kriminellen Fälle 3,5 %. Demgegenüber starben nach den Feststellungen von Winter und Radke im Jahr 1909 auf 10 000 Entbundene 40,36 Frauen im

Kindbett, 13,2 an Kindbettfieber (Mortalität 0,4 respektive 0,1 %). In der Klinik ergaben sich bei kriminellen Aborten noch höhere Ziffern, nämlich eine Morbidität von 61 % und eine Mortalität von 26 %. Die Aussichten auf vollständige Heilung sind nicht günstig. Nachuntersuchungen an klinischem Material ergaben, daß bei komplizierten febrilen Aborten, die häufig kriminellen Ursprungs sind, nur zwei Fünftel der Frauen beschwerdefrei bleiben. Nicht weniger als 22 % von 50 % aller Frauen, die einen septischen Abort durchgemacht hatten und wieder gravid geworden waren, abortierten. Während also gewöhnlich auf 8 bis 10 Geburten ein Abort kommt, wird das Verhältnis bei Frauen, die schon einmal abortiert haben, 5 : 1 respektive 5 : 2. Der Einfluß auf die Geburtenziffer ist demnach sehr ungünstig. Für den Verlauf des Aborts ist die Wahl des Abortivmittels von größter Bedeutung. Interne Mittel oder äußerlich angewandte, wie Bäder, sind relativ unschuldig. Weit größere Infektions- und Verletzungsgefahren bergen die Eingriffe, die auf eine direkte Beseitigung der Leibefrucht abzielen. Die instrumentell eingeleiteten Abtreibungen weisen deshalb die größere Zahl schwerer Erkrankungen und Todesfälle auf (von 27 Fällen 16). In 27 Todesfällen waren 8 mit Sicherheit auf den Gebrauch der Mutterspritze zurückzuführen. An größeren Verletzungen konnten nachgewiesen werden: 2mal Blasenverletzung, 1mal Perforation des Uterus, 2mal des hintern Scheidengewölbes, 2mal Verletzungen der Cervix, 1mal der Portio und 1mal der Arteria uterina. Das Hauptmoment für den unglücklichen Ausgang eines Aborts bildet die Infektion; am unglücklichsten verlaufen die mit hämolytischen Streptokokken infizierten Fälle. Diese Keime werden am häufigsten aber gerade bei kriminellen Aborten gefunden, so daß schon ihre Anwesenheit den Verdacht eines Verbrechens nahelegt. Nach Schottmüller sind 80 bis 90 % aller mit hämolytischen Streptokokken infizierten Aborte künstlich erzeugt. Neben der Verletzungs- und Infektionsgefahr spielt die Gefahr der Verblutung eine geringere Rolle. Nur in 8 bis 10 % der Aborte wurden lebensbedrohende Blutungen beobachtet. Interessant sind die Angaben über die Motive der Fruchtabtreibung. Es liegen Angaben über 503 Fälle vor, in denen das Absinnen gestellt wurde den Abort

einzuweisen. Als Motive wurden angegeben: schlechte soziale Verhältnisse (30,4 %), Kinderreichtum (28,8 %), Bequemlichkeitsgründe (25,4 %), eigene Krankheit oder Krankheit in der Familie (4,9 %), Furcht vor Schande (13,7 %), Furcht vor der Geburt (1,3 %), Furcht vor kranker Nachkommenschaft (0,4 %). Hauptmotive sind also wirtschaftliche Not, Kinderreichtum und Wohnungsnot, doch auch Bequemlichkeitsrücksichten kommen stark in Betracht. In der Frage der Schutz- und Abwehrmaßnahmen wird in erster Linie der Wert der gesetzlichen Strafandrohungen bestritten. Mehr und mehr setzt sich ja auch die Anschauung durch, daß eine Änderung der Gesetzesbestimmungen eintreten müsse. Benthins weitere Vorschläge zur Abortverhütung gehören in das Gebiet der Medizinalgesetzgebung. Er verlangt Durchführung des Kurfuschereiverbots, Anzeigepflicht für fieberhafte septische Aborte, Verbot des Verkaufs auch zur Fruchtabtreibung geeigneter konzeptionsverhindernder Mittel (Mutterspritze, Intrauterinpressar), Beaufsichtigung des Hausierhandels und Insetatverbot, Hebung des Hebammenstandes, namentlich in ökonomischer Hinsicht, Kontrolle der Privatentbindungsanstalten, besonders solcher, die nicht unter ärztlicher Leitung stehen. Diese Maßnahmen sind teilweise schon durch die heutige Gesetzgebung verwirklicht. Sie können die Abtreibung wohl erschweren, aber nicht aufheben. Das liegt in der Natur dieses tiefgreifenden Gesellschaftsproblems selbst.

×

Vergiftungen

Da in der gegenwärtigen Zeit für den Genuß der Pilze Propaganda gemacht wird, ist es wohl am Platz auf eine Mitteilung Friedrich Umbers (Charlottenburg) in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift hinzuweisen, die zur Vorsicht beim Genuß von Pilzen mahnt, und die von L. Henius (Berlin) bestätigt wird.

Zu den bevorzugten Eßpilzen gehört die Morchel. Ihre Gattung umfaßt im ganzen 5 verschiedene Sorten, die alle ungiftig sind. Die falsche Morchel dagegen, die sogenannte Lorchel, die leicht in ein Morchelgericht hineinkommen kann, ist giftig, und ihre Gifte, die Helvellaessäure und das das Zentralnervensystem schädigende Alkaloid, können schwere Störungen herbeiführen. UMBER sowie HENIUS berichten über 4 Fälle von Lorchelvergiftung, die kurz

nach einander in ihre Behandlung kamen. Die Erfahrungen bei diesen Fällen zeigen, daß die frischen Morcheln als Gericht, auch wenn giftige Lorcheln sich darunter befinden, unschädlich sind, wenn das Kochwasser nicht mitgenossen wird. Denn dieses allein enthält die Giftstoffe und kann zu schweren Vergiftungen führen. Die Krankheitserscheinungen setzen 7 bis 10 Stunden nach der giftigen Mahlzeit ein und bestehen in Schlechtbefinden, gehäuften Erbrechen, Magenschmerzen, nach 24 bis 27 Stunden Ikterus, Leberschwellung, Milzschwellung und in schweren Fällen in schwerer Bewußtseinstäubung, furierten Delirien: Störungen also, die, wenn sie einen erschöpften Organismus oder ein nicht intaktes Herzgefäßsystem treffen, sogar den tödlichen Ausgang herbeiführen können.

Aus diesen Erfahrungen leitet Umber den Rat ab den Absud frischer Morcheln wegzugießen und nicht mitzugenießen oder nachträglich zu Suppen, Saucen zu verwenden. Bei getrockneten Morcheln ist die Gefahr der Vergiftung geringer, da beim Trocknen der Pilze das Gift verloren geht. Die volkstümlichen Erkennungsmittel der Pilzgiftigkeit, wie Schwarzwerden eines silbernen Löffels, Blauanlaufen der durchschnittenen Pilze, haben sich als trügerisch erwiesen, denn diese Vorsichtsmaßregeln wurden in einem der Vergiftungsfälle angewandt. Die Mahnung beim Genuß von Pilzen vorsichtig zu sein ist also sehr angebracht.

✕ Barany ✕

Der österreichische Gelehrte und Spezialarzt für Ohrenkrankheiten in Wien

Robert Barany hat den medizinischen Nobelpreis für das Jahr 1914 erhalten. Es rechtfertigt sich in diesem Zusammenhang auf die wissenschaftliche Bedeutung des Forschers näher einzugehen. Broek (Erlangen) hat sie in einem Aufsatz der Münchener Medizinischen Wochenschrift geschildert.

In die Fachliteratur führte Barany sich zuerst im Jahr 1906 mit einer Arbeit über die vom Ohrlabyrinth ausgelöste Gegenrollung der Augen bei Normalhörenden, Ohrkranken und Taubstummen ein. In der Monatsschrift für Ohrenheilkunde erschien dann eine Arbeit Untersuchungen über den vom Vestibularapparat des Ohres reflektorisch ausgelösten Nystagmus und seine Begleiterscheinungen. Es ist eine sehr

bekannte Tatsache, daß bei Ohrenausspritzungen Schwindel eintritt. Durch genaue Beobachtung und Weiterverfolgung dieser Erscheinung gelang es Barany festzustellen, daß der sogenannte kalorische Nystagmus davon abhängt, ob man kaltes oder warmes Wasser einspritzt, mit anderen Worten von einer von der Abkühlung oder Erwärmung abhängigen Bewegung der Endolymphe. Er hat ferner gefunden, daß der Nystagmus nur auftritt, wenn das Labyrinth normal funktioniert. Praktisch ist es auf Grund der Entdeckung Baranys möglich mit Hilfe der kalorischen Reaktion jeden Vorhofsbogengang gesondert auf seine Funktion hin zu untersuchen. In diagnostischer Beziehung ist das sehr wichtig, denn auf Grund des Versuchs ist es möglich bei Fehlen der Reaktion die Vernichtung des Vestibularapparats sicher nachzuweisen. Auf Grund seiner Forschungen kam Barany zu der Ansicht, daß der Vestibularapparat ein rudimentäres Organ sei und ihm zu Unrecht der Name Gleichgewichtsapparat oder statisches Organ beigelegt werde, und da die bei Vestibularisreizung und bei Kleinhirnerkrankungen auftretenden Gleichgewichtsstörungen große Ähnlichkeit mit einander haben, lag ihm die Vermutung nahe, daß die Gleichgewichtsstörungen, die sich bei Vestibularisreizung bemerkbar machen, vom Kleinhirn ausgehen. Mittels des (in der Folge nach ihm benannten) Zeigerversuchs und der Übertragung der Trendelenburgschen Methode der reizlosen Ausschaltung der Großhirnrinde auf das Kleinhirn gelang es Barany Klarheit über die Funktion des Kleinhirns als Gleichgewichtsorgans und die Möglichkeit der Lokalisation bei Kleinhirnerkrankungen zu schaffen. In letzter Zeit beschäftigte er sich mit der latenten Deviation der Augen und dem Vorbeizeigen des Kopfes bei Hemiplegie und Epilepsie.

Bei Ausbruch des Krieges wurde Barany zum Militärdienst einberufen, und ihm die Leitung eines Festungsspitals in Przemysl übertragen. Seine Erfahrungen hat er in zwei Arbeiten niedergelegt: Die Drainage der Hirnabszesse mit Guttapercha nebst einigen statistischen Bemerkungen zur operativen Behandlung der Hirn- und Ohrschüsse, in der Münchener Medizinischen Wochenschrift, und Primäre Wundnaht bei Schußverletzungen, speziell des Gehirns, in der Wiener Klinischen Wochenschrift. Beim Fall der Festung geriet

er in russische Gefangenschaft, doch teilte vor kurzem Prinz Karl von Schweden dem Präsidenten des Fürsorgekomitees vom Roten Kreuz mit, daß er freigelassen worden sei. Wir wollen hoffen, daß es dem Befreiten möglich sein wird seine hervorragenden Fähigkeiten noch recht lange in den Dienst der leidenden Menschheit zu stellen.

✕ **Kurze Chronik** Ein Kriegsoffer ist auch der Leibarzt des Kaisers, Generalarzt Dr. Friedrich Wilhelm Ilberg, geworden. Er starb in seinem 58. Lebensjahr infolge eines Herzleidens, an dem er im Feld erkrankt war. ✕ Das türkische Impfgesetz ist in verschiedenen Punkten verbessert worden. Es muß fortan jede Person bis zum vollendeten 19. Lebensjahr mindestens 3mal gegen die Pocken geimpft sein. Die Impfung von Mensch zu Mensch ist verboten. ✕ Die Witwe Rathenaus hat der Universität Berlin 200 000 Mark zur Errichtung einer Emil Rathenau-Stiftung gespendet, deren Zweck die Erforschung derjenigen Herzkrankheiten sein soll, die als Folgeerscheinungen des akuten Gelenkrheumatismus auftreten. ✕ Der Professor der pathologischen Anatomie an der Universität Wien Anton Weichselbaum trat, da er die Altersgrenze erreicht hat, Ende des Sommersemesters vom Lehramt zurück. ✕ Der Direktor des Königsberger Hygienischen Instituts Professor Karl Kißkalt wird von April 1917 ab Nachfolger B. Fischers an der Universität Kiel. ✕ Der Hallenser Lehrstuhl für Hygiene, den bisher P. H. Römer innehatte, ist mit dem Gießener Professor Paul Schmidt besetzt worden. ✕ Der Oberarzt an der Irrenanstalt der Universität Erlangen Professor B. Kleist ist als Ordinarius der Psychiatrie nach Rostock berufen worden. ✕ Der Berliner Privatdozent und Assistenzarzt an der Kinderklinik der Charité Dr. Karl Stolte ist zum außerordentlichen Professor an der Universität Breslau ernannt worden. ✕ Zum Ordinarius der Chirurgie an der Genfer Universität wurde als Nachfolger des verstorbenen Professors Girard der Professor Ernst Kummer ernannt. ✕ Für das Fach der Chirurgie habilitierten sich an der Universität Frankfurt Dr. Heinrich Klose, Dr. Walter Veit Simon und Dr. Karl Propping, für innere Medizin Dr. Walter Alwens, für physikochemische Medizin Dr. Hermann Bechhold, der

Herausgeber der Umschau. Des weitern habilitierten sich für innere Medizin in Rostock Dr. Fritz Weinberg, in Leipzig Dr. Joseph Severin, in Tübingen Dr. Otto Brösamlen. In Leipzig habilitierte sich Dr. Max Goldschmidt für Augenheilkunde.

✕ **Literatur** In seinem Werk Geist der Medizin /Wien, Braumüller/ versucht Dr. Os-
kar von Hovorka die Entwicklung der gesamten Medizin zu schildern; von einer Periode der Vormedizin, zur Urmedizin, dann zur Volksmedizin, Zaubermédecin, weiter zur Berufsmedizin, Schulmedizin und schließlich zur wissenschaftlichen Medizin. ✕ Professor Dr. Georg Sticker befaßt sich in seinem Buch Erkältungskrankheiten und Kälteschäden /Berlin, Springer/ mit der Lehre von der Erkältung, die einer neuen Prüfung bedarf, da vielfach bestritten wird, daß Erkältung als ausschließliche Krankheitsursache in Betracht komme. Der Verfasser behandelt die Frage, ob es Erkältungskrankheiten gebe, in welchem Sinn man von solchen sprechen dürfe, und wie sie eventuell zu verhüten und zu behandeln seien. Das gründliche Werk ist zum Studium sehr zu empfehlen. ✕ Ein Vortrag über Pflanzenkost im Kriege und Frieden, den Dr. G. Haberlandt am 16. November 1915 in Berlin gehalten hat, liegt jetzt im Druck vor /Leipzig, Teubner/. Die Betrachtungen und Ratschläge des Verfassers nehmen zwar auf die besonderen Verhältnisse im Weltkrieg Rücksicht, entbehren aber auch nicht der Bedeutung für Friedenszeiten. Man wird daher jetzt wie auch später die Schrift mit Nutzen lesen.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Rédon † Odilon Rédon war der geistreiche Lithograph und Maler, der, 1840 geboren, also als Zeitgenosse der großen französischen Impressionisten einherging. Durch Fantin-Latour wurde er auf die Lithographie hingewiesen, die ihm ein wichtiges Ausdrucksmittel seiner Anschauung werden sollte. Man nennt ihn Mystiker oder einen Symbolisten, weil seine Welt über das rein sinnliche Erlebnis hinausragt und das ganze Reich des Traumhaft-Dämonischen, Alpdruckhaften umfaßt. Aus den literarischen Werken, zu denen sich seine Kunst hin-

gezogen fühlte, kann man auf seine eigene geistige Konstitution schließen. Er illustrierte Werke von A. E. Poe, er widmete Goya, seinem großen Geistesverwandten, ein Album, er illustrierte die Versuchung des Heiligen Antonius von Flaubert und als letztes auch die Fleurs du mal von Baudelaire. So wie bei allen Großen der ähnlichen künstlerischen Verfassung liegt das Bedeutende seines Lebenswerks nicht in dem absonderlich-phantastischen Ideengehalt der Darstellungen sondern darin, daß er diesen auch mit einer absonderlich-phantastischen Form verbindet.

×
Berneis †

× Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist der Berliner Maler Benno Berneis gefallen. Seit einigen Jahren waren seine Bilder auf den Ausstellungen der Freien Sezession regelmäßig erschienen. Er war keiner aus der Vorhut der Vereinigung. Er suchte durch engen Anschluß an die Tradition vor allem fertige abgeschlossene Werke hinzustellen. Dennoch gab er ihnen durch eine besonders starke Zurückhaltung der Farbe und eine eigentümlich fahrig Form ein besonderes Gepräge. Von den Problemen des Impressionismus lag ihm das der Bewegung am nächsten, und er verfolgte es bis zur letzten Konsequenz. Weiter hätte er es kaum treiben können. Es ist als natürlich anzunehmen, daß die Zeit auch ihm neue und große Ziele gegeben hätte, der doch schon in verhältnismäßig jungen Jahren (er stand im Anfang der Dreißiger) so Tüchtiges geleistet hatte.

×
Karikatur

× Der Weltkrieg in der Karikatur heißt Eduard Fuchs' neuestes Sammelwerk /München, Langen/. Aber eigentlich hat der 1. Band, der bisher vorliegt, mit dem Weltkrieg fast nichts zu schaffen, er gibt nur das menschliche historische Vorspiel zu ihm. Der 2. Band, der den Weltkrieg behandelt, soll erst im Frieden erscheinen. Das ist gut so, denn nur auf diese Weise wird sich das Material in übersichtlicher Weise gestalten lassen. Und darauf kommt es dem Verfasser an. Das erkennt man schon an dem Aufbau des Werkes. Der 1. Teil behandelt Ursachen und Folgen aller Kriege: die Jagd nach dem Geld und die Furcht und Flucht vor dem Tod. Schon in diesen beiden Kapiteln bekommen wir das Stärkste vorgelegt, was je auf diesem Gebiet geleistet

wurde. Ich möchte nur die Lithographien von Daumier herausheben, die das Thema vom Tod in mehreren Arbeiten variieren. Man kann ihnen die bekannten Blätter von Dürer, Holbein und anderen Meistern des 16. Jahrhunderts nur beordnen, nicht überordnen. So stark ist die Ergriffenheit des Künstlers, und so niederschmetternd das Pathos in seinem Werk. Der 2. und 3. Teil schildern den Kampf um die Weltherrschaft bis zum Wiener Kongreß, wobei man nicht bloß eine kurzgefaßte Geschichte dieses Kampfes hört. Denn da es sich bei der Karikatur um das Spiegelbild handelt, das dieser Kampf im Volk erzeugt, und weiter um die Möglichkeit dieses in irgendeiner Form zum Ausdruck zu bringen, so wird auch die Geschichte des politischen Lebens bis zur politischen Mündigkeit der einzelnen Nationen beiläufig erörtert. Wir sehen, wie sich die Karikatur Hand in Hand mit den Fortschritten der Demokratie entwickelt, mit ihren Siegen Siege feiert, mit einem Rückgang selbst auch unterdrückt wird. Das ist selbstverständlich. »Die Karikatur ist die konzentrierteste Form der Kritik. Ihr Wesen ist: alle Dinge ihres täuschenden Schimmers zu entkleiden und mitleidlos den wahren Inhalt einer Sache oder Institution vor aller Augen zu enthüllen. Es ist absolut kein Zufall sondern Ausfluß der innern Bedingtheit, daß immer nur die Demokratie über wirklich satirische Zeitungen verfügte . . . Der Sieg der Demokratie in Frankreich im Jahr 1830 brachte die Caricature, 2 Jahre später erschien der Charivari. Der wiederholte Aufstieg der Demokratie in Frankreich . . . zeitigte die Eclipse von André Gill. Die demokratische Hochflut in England Anfang der vierziger Jahre rief den Punch ins Leben. Der Sieg der Demokratie in Deutschland im Jahr 1848 zeitigte sogar eine Legion politischer satirischer Zeitschriften . . . Dagegen zwang der Sieg Louis Philippes über die demokratische Opposition im Jahr 1834 die Caricature, das stolzeste und kühnste satirische Blatt, ihr Erscheinen einzustellen, und aus den Stürmen der deutschen Reaktionsjahre nach 1848 rettete sich einzig der Kladderadatsch, und auch dieser nur, weil er seine Flagge auf Halbmast setzte.«

Mitten in die großzügige Behandlung des Textes sind die zugehörigen Abbildungen eingestreut oder als farbige Tafeln beigegeben. Mit einer seltenen Kenntnis des Materials wählt der Ver-

fasser die Proben und macht uns so mit einem Bildermaterial bekannt, das dem einzelnen zu erreichen nur mit großer Mühe, wenn überhaupt möglich wäre. Und die Proben werden nicht ausschließlich vom kulturgeschichtlichen Standpunkt gewählt, sondern ebenso sehr spricht ihre künstlerische Qualität mit. Fast alles ist auch für die Höhe des Kunstzustands der betreffenden Zeit bezeichnend. Nur die künstlerische Form verhilft auch der Karikatur zu eigenem Leben. Diese Grundanschauung klingt auf jeder Seite ausdrücklich oder latent mit und erhöht die Basis der ganzen Abhandlung. Und da auch im übrigen eine gründliche Sachkenntnis waltet, so kann man nach den Heften, die bisher vorliegen, schließen, daß es sich hier um ein Werk handelt, das wohl dem Tag seine Entstehung verdankt, aber über diesen hinaus seinen Wert behalten wird.

×
Kriegspubli-
kationen

Man muß sich vorerst damit abfinden, daß heute mitten im Krieg dicke

Bücher entstehen, die von irgendeinem Standpunkt eine Übersicht aller der mit dem Weltkrieg in Verbindung stehenden Erscheinungen geben wollen. Es will schon eine fast übermenschliche Aufgabe erscheinen mitten in den sich überstürzenden Ereignissen, in Ost und West, Nord und Süd des Reiches und darüber hinaus bei seinen Nachbarn danach Ausschau zu halten, was hervorgebracht wird, unter welchen Bedingungen es entstand, wer es hervorbrachte, dessen Leben zu erforschen und auf Grund des bisher Gebotenen Perspektiven für die Zukunft zu entwerfen. Aber das Buch Hans Hildebrandts Krieg und Kunst /München, Piper/ will noch mehr. Es möchte eine Welt-, Kultur- und Kunstgeschichte in einem sein, dazu noch Blicke in Spezialwissenschaften, wie Waffenkunde oder Statistik, bieten und über das ganze dann ruhig betrachtend eine Geschichtsphilosophie setzen. Man erhält genealogische Reihen von Verhältnissen bis in die alten Reiche von Babylon, Assyrien, Ägypten, Mexico, wir hören von Alexander, Napoléon ebenso wie von Tutmosis, wir erfahren Episoden aus der Geschichte der Griechen, Römer, Spanier, kurz der ganze Vorrat an geschichtlichen Tatsachen von 2000 vor Christus bis in die Freiheitskriege wird in die Darstellung hereingezogen. Wir bekommen systematische Abhandlungen über das Denkmal im engern und weitern Sinne

als Triumphbogen, Obelisk, Einzelgrabmal, als Trophäe und Medaille, und auch da hören wir die Entwicklungsgeschichte jedes dieser Arten bis auf die ältesten Zeiten. Das alles in etwas mehr als 300 Seiten! Vernünftiges, Wichtiges und Richtiges steht da zwischen chronikartigen Notizen und Erörterungen, die mit dem Krieg eigentlich nichts zu tun haben und führt da ein vergebliches Dasein. Hier kann man ruhig sagen: Weniger wäre mehr. Denn daß es sich bei einer solchen Arbeit nicht um erschöpfende Untersuchungen an einem vollständigen Material handeln kann, muß jeder einsehen. Man geht in des Verfassers etwas trocken aufzählender Weise den Geschehnissen nach und läßt sie so wie Körner durch die Finger gleiten, wobei eines oder das andere zurückbleibt und einzeln betrachtet werden kann. Man muß eine Fülle von Selbstverständlichem oder längst Erkanntem durchlesen und hat schließlich nichts davon als das Gefühl, daß hier eine Menge Tatsachen schwarz auf weiß zusammengetragen sind, die man später einmal nur zu greifen braucht, um sie vielleicht anderweitig zu verwenden. Sehr gut sind die Abbildungen, die der Verlag in seiner sorgfältigen Weise hergestellt hat. Bis zu einem gewissen Grad Kriegserzeugnis sind auch zwei Bilderbücher, die vor einiger Zeit herauskamen. Das eine, Prinz Eugen der edle Ritter /Wien, L. W. Seidel/ hat Hugo von Hofmannsthal zum Verfasser. Die Bilder stammen von Franz Wacik. In dem andern, das sich Weltkriegsbilderbuch nennt /Straubing, Cl. Attenkofer/ sind die Verse von Ludwig Pronold, und Albert Henselmann hat sie illustriert. Man merkt beiden Büchern ihre Herkunft, Wien und München, deutlich an, schon in der äußern Ausstattung, dem Druckspiegel und den Randleisten wie auch der Art der Illustration. In wohlgesetzten, aber doch für die Jugend berechneten Worten versucht Hofmannsthal den Herzog von Savoyen als österreichischen Nationalhelden und gleichzeitig als Befreier Europas zu zeichnen, während die Verse des Weltkriegsbilderbuchs mehr in witzigen Paraphrasen die jetzigen Ereignisse erzählen. Die Bilder sind dem Text gut angepaßt.

×
Kurze Chronik Am 25. Juli starb im Alter von 55 Jahren der Münchener Bildhauer Franz Bernauer. Er ist hauptsäch-

lich durch einige Porträtbüsten des Prinzregenten wie durch den Luitpoldbrunnen in Augsburg bekannt geworden. × Der bekannte Düsseldorfer Landschaftsmaler und Schriftsteller Heinrich Deiters ist am 31. Juli im Alter von 76 Jahren gestorben. × Der Hofmaler Kaiser Wilhelms I. Karl Johann Arnold ist am 10. August im Alter von 87 Jahren gestorben. × Der Elsässer Bildhauer J. Ringel d' Illzach, der den größten Teil seines Lebens in Paris zugebracht hat, ist jetzt in Straßburg gestorben. Er hat viele bekannte Persönlichkeiten porträtiert, wie Sarah Bernhardt, Coquelin, Massenet, Zola und andere mehr. × Das Kupferstichkabinett der Berliner Museen hat eine Bildniszeichnung zum Geschenk erhalten, die Dürer zugeschrieben wird und den Augsburger Patrizier Jakob Fugger darstellt. × Der Sturm hat in Berlin eine Kunstschule eröffnet, die in folgende Abteilungen gegliedert ist: Malerei, Dichtung, Musik, Bühnenkunst, Schauspielkunst, Vortragskunst.

× Literatur

Wenn über eine künstlerische Richtung theoretisiert wird, so geschieht dies entweder bei ihrem Auftreten oder bei ihrem Niedergang; man will sie entweder durchsetzen gegen das Alte oder herabsetzen vor dem Neuen. Beim Impressionismus haben wir den merkwürdigen Fall, daß die einen von ihm immer noch nichts, die anderen von ihm aber schon nichts mehr wissen wollen. Und darum wird jetzt wieder mehr als je über ihn gesprochen. Unter den mancherlei Schriften (oder zum Teil auch nur mehr oder weniger witzigen Studien) Berufener wie Unberufener ragt ein Buch Max Liebermanns hervor. Es reproduziert Aufsätze, die dieser Künstler vor etwa 10 Jahren schrieb, und die er heute unter dem Titel Die Phantasie in der Malerei zusammenfaßt (Berlin, Bruno Cassirer). Wenn ein Schaffender spricht, sollte man immer hinhorchen. Worte Liebermanns, der nebenbei auch ein freier Geist ist, müssen uns doppelt willkommen sein. Liebermann verteidigt den Impressionismus gegen den Vorwurf der Phantasiearmut. Er tut es, indem er vorerst auf Umwegen klarlegt, was er unter Phantasie versteht. Frans Hals ist ihm zum Beispiel »der phantasievollste Maler, der je gelebt hat«. Das ist natürlich nicht buchstäblich zu neh-

men. Denn daneben ist ihm Rembrandts Nachtwache das phantasievollste Bild der Welt. Beide Male hat Liebermann recht, weil da wie dort für eine eigenartige künstlerische Anschauung der »adäquate Ausdruck« gefunden ist und ihm diese vollzogene Gleichung mit Phantasietätigkeit identisch ist. Ob dann ein irgendwie romantisches Element noch hinzukommt, wie in Rembrandts Nachtwache, kann für den Wert des Bildes nicht den Ausschlag geben. Mit dem Impressionismus ist der Streit in die Welt gesetzt worden, ob ein prachtvoll gemaltes Bund Spargel als Kunstwerk ebenso wertvoll sein kann wie eine ebenso gut gemalte Madonna. Es gehörte der Raum eines Buches dazu, um diese Frage gründlich zu erörtern; allgemein befriedigend zu lösen wäre sie wahrscheinlich selbst dann nicht. Denn hier wird es im letzten Grund immer darauf ankommen, ob der Beschauer die Kunst in ihrer sinnlich faßbaren Form aufnehmen kann oder aber sich ihr mehr mit intellektuellen Mitteln nähert. Liebermann behandelt diese Probleme gesprächsweise: gestreich witzig und dabei gesättigt von den Erfahrungen eines tatenreichen Lebens »mit dem Pinsel in der Hand«. Man kann nichts Besseres zur Hand nehmen, wenn man als Fremdling einmal das Reich des Schöpferischen für einen Augenblick betreten möchte. Und gleiches bieten nur Bekenntnisse, wie sie in den Briefen und Tagebüchern eines Delacroix, eines van Gogh und weniger anderer niedergelegt sind.

Bühnenkunst / Felix Stössinger

Wedekind Mit dem guten Brauch, der in Berlin seit 1912 besteht: die Wintersaison des Deutschen Theaters durch einen Wedekindzyklus in die Sommersaison überzuleiten, wurde auch dieses Jahr nicht gebrochen, leider auch nicht mit dem schlechten: die Aufführungen ganz dem Schauspieler und Regisseur Wedekind zu überlassen, ohne ihn durch die Abgabe der nötigsten Kräfte und Mittel in seiner Arbeit zu unterstützen. Weiter als dieses Jahr kann aber die Gleichgültigkeit, mit der Reinhardts Sommerverwalter Sladek die Aufführungen geschehen ließ, nicht getrieben werden. Um so mehr muß man die Fähigkeiten Wedekinds bewundern, da die Aufführungen, schließlich doch einigermaßen zusammengeflickt, den merk-

würdigen Bann nicht brechen konnten, der noch immer von diesem alt-jungen Vagantenpaar ausgeht. Auch gelang es Wedekind in Werner Krauß einen ausgezeichneten Darsteller seiner Rollen zu entwickeln. Das Wesentliche war aber wieder der Dichter selbst und dann seine zarte, schöne, im Profil manchmal Raffael ähnliche Frau, die sich ganz in den gestenlosen Sprechstil ihres Mannes eingelebt hat. Über Wedekind als Schauspieler ist schon vor 4 Jahren in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 823 ff.) das Wesentliche gesagt worden. Mögen die Berufsschauspieler über ihn lachen. Auch ich weiß, wie viel Wedekind schauspielerisch verdirbt, obwohl er zum Beispiel als Hetmann auf viele Tausende und nicht nur auf literarisch geschulte Menschen erschütternd gewirkt hat. Aber niemand kann so wie er das Geistige seiner Figuren sichtbar machen. Daher ist er als Schauspieler seiner Dramen um so unentbehrlicher, je weniger in ihnen die Tendenz Gestalt geworden ist. Am meisten trifft dies auf den Simson zu. Kayßlers Simson hatte nur eine großartige, blonde, tierhafte Verträumtheit verkörpert, aber nicht die Probleme von Scham und Eifersucht, die Wedekind hier wichtig sind. Wedekind sieht als Simson dagegen unmöglich aus, aber doch lernte man das Werk erst in seiner Darstellung kennen und schätzen, und nicht in der Kayßlers. Denn was diesem Drama an Deutlichkeit fehlt, bringt nur Wedekind heraus; durch seine Art, wie er den Simson spricht, ergänzt er, was er als Dichter nicht sagen konnte. In solchen Rollen ist Wedekind also zur Aufklärung über seine Absichten unentbehrlich, während es heute nicht mehr, wie noch vor wenigen Jahren, nötig ist, daß er den Dr. Schoen spielt oder den Marquis von Keith, den er übrigens ausgezeichnet verkörpert. Diese Rollen sollte er Wegener, Steinrück, Heine und Pallenberg überlassen, wenn die sich einmal entschließen sollten Gastspielreisen mit literarischer Werbearbeit zu verbinden.

× Pallenberg ×
Pallenberg ist für die Allgemeinheit die große Entdeckung dieses Sommers, nachdem er instinktiv seit 5 Jahren, bewußt seit einem Jahr, seit seinem Menschenfeind, von den Kennern als schauspielerisches Genie höchsten Ranges bewundert wird. Er spielte im Juli und August im Deutschen Theater die Rolle des Zavdil in einem wertlosen Schwank

von Kadelburg. Dieser Zavdil sucht für Frau Schimeks Kinder, deren Vater er zum Teil ist, einen Vormund. Er selbst ist der Gegenvormund, der die Vormünder durch seine Kontrolle, ob alles richtig geschieht, in den Tod schikaniert, bis er schließlich vom letzten abgesetzt wird. Die Figur ist originell in der Idee, im Lustspiel aber natürlich nichts, da sie nicht dichterisch geschaffen ist. Geschaffen hat sie aber Pallenberg, und zwar mit einer Vollendung und Originalität, daß sein Zavdil, wenn man ihn, genau so wie er spricht, aussieht und spielt, in Worte übertragen könnte, zu den köstlichsten, unsterblichen Falstaff- und Tartüfffiguren der Weltliteratur zählen würde. Pallenberg ist ein echtes Wiener Schauspielergenie vom Schlag Nestroys, ein produktiver Komiker, der den Text auf der Bühne ununterbrochen durch wortwitziges Extemporieren um- und umdreht und neu macht, der aus dem Stil der Figur und der Rolle Worte erfindet, ohne die Linie der Gestalt zu verlassen. Seine schauspielerische Persönlichkeit in ihrer absoluten Neuheit werde ich ein andermal darzustellen versuchen. Heute nur so viel, daß hier unter Reinhardts Leitung ein Schauspieler heranwächst, dem von Offenbach bis Shakespeare, von Raimund bis Molière, von Aristophanes bis Strindberg ein ungeheures Reich offensteht, dessen Grenzen noch gar nicht zu ziehen sind. Spielt doch Pallenberg alles, selbst das Schwerste, leicht, mühelos und so, daß man immer fühlt, wie wenig er sich ausgibt und wie viel er noch geben könnte. Seine Dämonie und Phantastik haben heute nicht ihresgleichen, wie er überhaupt wohl der größte, interessanteste, vielseitigste Schauspieler der Gegenwart, ein Schauspieler ganz genialer Art ist. Wenn er auch infolge seines Dialekts und seiner Figur nie eine ganz edle Gestalt wird geben können, so ist doch von seinem Tartüff, Harpagon, Franz Moor, Wurm, Marinelli, Richard III., Jago, Thersites, von seinen Shakespearenarren, von seinem Arnold Kramer, Marquis von Keith, Hjalmar Ekdal das Rührendste, Schärfste und Erschütterndste zu erwarten, und dies um so mehr, je mehr er sich von Übertreibungen wird befreien können. Der Gewinn des Sommers ist also nicht gering. Nehmen wir doch von ihm die stärkste Hoffnung in den neuen Winter hinüber.

×

×

Rezitation Zwei Vortragsabende von Kayßler und der Durieux hatten in dem Streben beider Künstler ihre schauspielerische Person während des Vortrags möglichst auszulöschen, etwas Gemeinsames. Was bei Friedrich Kayßler natürlich, leicht und gegeben war, wirkte aber bei Tilla Durieux wie eine Absicht. Kayßler hat sich erst im Lauf dieses Theaterwinters im eigentlichen Sinn schauspielerisch entwickelt. Während er sonst seine strenge, wenn auch etwas betont und bewußt einfache Persönlichkeit auf der Bühne nur ganz wenig zu steigern brauchte, um die Menschen seines Rollenkreises wiederzugeben, ist er im Traumspiel als Advokat zum erstenmal weit über diese seine Begrenzung hinausgegangen. Er hat da nicht einfach sich an Stelle einer Gestalt gesetzt, wie er es als Sang, Götz, Luther, Amphitryon-Jupiter und in vielen anderen Rollen tat, sondern durch eine traumartig hastende Stimme die Gestalt nachgebildet. Als Rezitator hat er dagegen ganz richtig seine angeborene Einfachheit noch vereinfacht, sein Nichtpathos auf einen noch schlichtern Ton gestellt. Er ist völlig hinter den Gedichten Christian Morgensterns verschwunden, denen er seinen Abend widmete. In einem dunklen Saal saß er bei einer grünen Schreibtischlampe am Podium und las Gedicht auf Gedicht, verhalten, um nur Stimme, nur klanggewordenes Dichterwort zu sein. Zu dieser Einfachheit strebte auch Tilla Durieux. Aber während Kayßler durch sie sein Wesen rein herausbrachte, verlor sie durch den Verzicht auf die faszinierende, erotische Grellheit ihrer Mittel das Persönliche. Die Durieux versucht sich vor der Gefahr eines oberflächlichen Verspieltseins, der sie in den letzten Jahren verfallen schien (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 70 f.), durch ein neues Anspannen ihrer Linien zu bewahren. In naiv tuender Einfachheit liegt aber das Glück keiner modernen Kunst, auch nicht das des Schauspielers. Es genügt nicht, daß sich die Durieux zu einem primitiven Ton zwingt, sie muß ihr ganz bestimmtes Wesen, sie muß sich vereinfachen, ohne sich aufzugeben. Ihr neuer Ton an diesem Vortragsabend war gewollte, äußerliche Einfachheit. Daher hatte er nicht die Kraft den Inhalt der Balladen durch das bloße Aufsagen gegenständlich und gegenwärtig zu machen. Die Berliner Sezession hat in der

verflossenen Saison versucht anerkannten Größen und ringenden Talenten eine Stätte zu bieten, an der sie ihre neuen Werke zur Geltung bringen können. Es fanden vom September bis zum Mai 9 Vortragsnachmittage und Konzerte statt, an denen neue Werke von Martin Buber, Clemens von Franckenstein, Hugo von Hofmannsthal, Erich Wolfgang Korngold, Else Lasker-Schüler, Oskar Loerke und Hermann Stehr zum erstenmal vorgetragen wurden. Außerdem wurden weniger bekannte Künstler in die Öffentlichkeit geführt, nämlich Erich Anders, Theodor Däubler, Walter Hasenclever, Arno Nadel, Ludomir von Rozycki, Gisela Selden-Goth und Rudolf Johannes Schmied. Die Mitwirkung hatten übernommen Sybille Binder, Alfred Breiderhoff, Fritz Delius, Theophil Demetrescu, Mary Dietrich, Cläre Dux, Birgit Engell, Bruno Eisner, Gertrud Eysold, Karl Fleisch, Ignaz Friedmann, Wilhelm Guttman, Leopoldine Konstantin, Hermine Körner und Richard Singer. Die künstlerische Leitung des Ganzen hatte der Verfasser dieser Rundschau inne.

× **Dramaturgische Probleme** Das deutsche Theater befindet sich seit längerer Zeit in einer Entwicklung, die nicht nur durch die Namen Georg von Meiningen, Brahm und Reinhardt bezeichnet werden kann. Seit 10 Jahren bilden sich im ganzen Reich neue Kulturzentren des Theaters aus, die, wenn auch in Abhängigkeit von den Berliner Mitteln, auf eigene Weise die Probleme der Bühnenkunst durch Regie und Dramaturgie zu lösen suchen. Es ist eben heute alles in Fluß gekommen, und da es nun einmal eine moderne Kunst gibt, hat auch das Theater seine Arbeit die neuen Ergebnisse für sich zu bewerten und die neuen Forderungen bei sich zu erfüllen. Zu diesen neuen Forderungen gehört vor allem die Loslösung des klassischen Spielplans von der Tradition. Es braucht hier nicht gesagt zu werden, wie ungeheuer viel zu tun ist, wie fast jedes klassische Werk im Lauf der Zeit auf der Bühne erstarrt ist und auf eine szenische und dramaturgische Erneuerung wartet. Es ist von Berlin aus schwer zu beurteilen, was Männer wie Hagemann, Martersteig, Kilian eigentlich leisten, da die Nachrichten und Kritiken über sie, die hierher gelangen, immer mit dem geringern Maß rechnen, das in der Provinz von selbst gegeben ist. Man kann aber eine

gewisse Beurteilung durch die Schriften gewinnen, die von diesen Regisseuren vorliegen. Eugen Kilian hat eine zweite Reihe seiner dramaturgischen Blätter unter dem Titel *Aus der Praxis der modernen Dramaturgie* im Verlag von Georg Müller in München herausgegeben, in denen er einige Hauptprobleme, wie die Schauspielregie, das naturalistische Bühnenbild, moderne Ausstattungskunst, behandelt, vorwiegend aber die dramaturgischen Probleme einiger Werke von Shakespeare, Schiller, Goethe, Kleist und Hebbel klarlegt und zu lösen sucht. Die stilistisch recht ledernen Abhandlungen sind aus der Praxis heraus entstanden, da Kilian als Spielleiter des Münchener Hoftheaters die Aufgabe zu lösen hatte eben diese Werke für eine Aufführung zu bearbeiten. Fast immer handelt es sich um Dramen, die nicht wie sie sind auf die Bühne gebracht werden können, und deren szenische Einrichtung gefürchtete Schwierigkeiten bereitet. Kilians Arbeiten haben nun den Vorzug, daß in ihnen ein philologisch und praktisch denkender Kopf die szenische Notwendigkeit auf literarisch gewissenhafte Weise berücksichtigt. Aus seiner Methode, seinem Stil und seinen Absichten geht aber deutlich hervor, daß Kilian vom Buch aus und nicht von der Bühne aus denkt. Er liest das Drama nicht wie ein Regisseur sondern wie ein Germanist. Seine Regieeinfälle entstehen nur durch eine genauere Deutung des dramatischen Textes, aber nicht durch eine neue Erfassung der schauspielerischen Situation. Das Buch bestätigt also die maßgebenden Urteile, die aus München über Kilians Tätigkeit hierhergelangten. Danach hat ein Mann wie Kilian für München eine gewisse, achtbare Bedeutung, weil er durch seine Versuche wenig gespielte klassische Werke für die Bühne zu gewinnen dem Hoftheater ein eigenes Profil gegeben hat. In Berlin würde er aber sicher nicht neben Reinhardt oder Bernauer als Regisseur in Frage kommen. Für den schöpferischen Regisseur sind daher auch Kilians Aufsätze entbehrlich, für den denkenden und produktiven Dramaturgen einer Bühne enthalten sie aber wertvolle, richtungweisende Elemente zur Einrichtung und Bearbeitung zahlreicher klassischer Dramen.

×
Kurze Chronik In der Nacht vom 9. zum 10. August ist Alfred Breiderhoff im Alter von 36 Jahren plötzlich an Gasvergiftung

gestorben. Obwohl er noch keine führende Stellung am Deutschen Theater hatte, gehörte er durch die Sicherheit, mit der er seine echt schauspielerischen Mittel verwandte, zu den zuverlässigsten Mitgliedern Reinhardts. Er hat vor allem in der Darstellung grausamer Charaktere Figuren von atembeklemmender Brutalität geschaffen. Seine Phrasenlosigkeit und Ehrlichkeit schützte ihn vor jedem falschen modenhaften Getue, und seine Geradheit bewahrte ihn davor in einen fremden Ton zu verfallen. Für den neuen klassischen Stil, den wir von Reinhardt erwarten, hätte Breiderhoff nicht wenig bedeutet. × Am 22. August wurde Bernhard Mörbitz, einer der besten deutschen Komiker, vor seinem Haus in Dresden tot aufgefunden. Er ist 44 Jahre alt geworden. × Wilhelm von Scholz ist zum ersten Dramaturgen und Spielleiter des Hoftheaters in Stuttgart ernannt worden. × Unter beschämenden Umständen, die die ganze Misere des Wiener Theaterlebens wieder einmal sichtbar machten, wurde die wichtigste Privatbühne, das Deutsche Volkstheater, dem meistbietenden Direktor Wallner, einem Operettenroutinier, übergeben.

×
Literatur Die kleine Broschüre, die Dr. Ernst Leopold Stahl zum Gedächtnis der Schauspielerin Gemma Boic geschrieben hat, ist jetzt in 2. Auflage erschienen (Berlin, Oesterheld). Gemma Boic hat sich im Dezember 1914 in Wien erschossen, weil sie erkannte, daß eine Künstlerin von ihrer Strenge, von ihrem brennenden Drang nach reinem künstlerischen Schaffen und von ihrer Unnachgiebigkeit im Theaterbetrieb der Gegenwart keinen Platz habe. Als Künstlerin scheint die Boic intensiv modern, mit hysterischem Kolorit, gewesen zu sein. Da sie außerdem etwas klein war, konnte sie nur an einem bedeutenden Theater wirken, an dem sie durch andere Schauspielerinnen ihres Fachs in gewissen Rollen zu ersetzen gewesen wäre. Wenn auch durch einige dieser Ursachen und noch durch mehr ihr Schicksal zu erklären ist, so entschuldigt nichts die Leiden, denen dieses reine, kluge und hochbegabte Wesen besonders in Düsseldorf und in Wien ausgesetzt war. Sie wollte, selbst ein Brand, sich in die Flammen werfen und sprang nur in ein widerliches Höllenfeuer. Es ist kein Wunder, daß sie erstickt ist. Aber es ist

doch vor allem eine Ehre und keine Schwäche, daß sie die Kraft hatte sich dem Schmutz des Metiers durch den freiwilligen Tod zu entziehen. Die Arbeit Stahls ist ein Dokument für die Entwürdigung der Bühnenkunst durch die Minderwertigkeit jener Existenzen, die im Theaterbetriebe noch immer die Oberhand haben.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Mittellandkanal Professor O. Franzius

(Hannover) hat in der Zeitschrift *Technik und Wirtschaft* eine kritische Untersuchung über den Mittellandkanal veröffentlicht, die erhebliches Interesse beansprucht. Er stützt sich auf die wertvolle technisch-wirtschaftliche Denkschrift der Firma Havestadt & Contag in Berlin, die die beiden bekannten Linienführungen des Hannover-Elbe-Kanals (als Fortführung des Rhein-Hannover-Kanals) untersucht hat, und er sucht die schwierige Frage zu lösen, welche Linie die bauwürdigere sei.

Die Nordlinie geht von Misburg bei Hannover über Lehrte, Öbisfelde, Clavörde, Neuholdensleben, Wolmirstedt nach Heinrichsberg zur Elbe und mit einem Zweigkanal zum Magdeburger Hafen bei Rothensee. Die Hauptstrecke ohne die Anschlußstrecke nach Rothensee ist 143,2 Kilometer, der Zweigkanal nach Rothensee 6,4 Kilometer lang. Der Hauptkanal enthält zwischen Misburg und der Sperrschleuse bei Heinrichsberg 3 Schleppzugschleusen von 6,8, 8 und 7,6 Meter Gefälle. Die Städte Hildesheim, Peine und Braunschweig sind durch Stichkanäle angeschlossen. Die voraussichtlichen Kosten des Hauptkanals und der Strecke nach Rothensee werden einschließlich der Bauzinsen auf 72 105 000 Mark berechnet; die Kosten der 3 Anschlußkanäle auf 35 530 000 Mark. Die Streckenkosten der Gesamtanlage betragen 503 900 Mark auf den Kilometer.

Die Südlinie geht von Misburg über Peine, Braunschweig, Borsum, Oschersleben westlich an Magdeburg vorbei nach Heinrichsberg an der Elbe mit Stichkanal nach Rothensee. Der Anschluß nach Hildesheim wird durch den gleichen Zweigkanal hergestellt wie bei der Nordlinie. Der Hauptkanal ist 172,3, der Stichkanal nach Rothensee 1,5 Kilometer lang. Der Hauptkanal enthält zwischen Misburg und der Sperrschleuse bei Heinrichsberg 6 Schleppzugschacht-

schleusen, von denen eine 15,2 Meter Gefälle, 2 andere 9 und die 3 letzten 14 Meter Gefälle haben. Die voraussichtlichen Baukosten des südlichen Hauptkanals einschließlich des Stichkanals nach Rothensee betragen mit den Bauzinsen 121 000 000, die des Zweigkanals nach Hildesheim 13 200 000 Mark. Die Gesamtstreckenkosten stellen sich im Mittel auf 676 000 Mark für den Kilometer.

Die Entwürfe sind nach den neuesten Erfahrungen bearbeitet worden. Da es nicht praktisch ist den Durchgangsverkehr durch eine große Stadt zu leiten, und die Hauptlinie auch der Grunderwerbskosten wegen nicht nahe am Herzen der Stadt liegen darf, ist der Bau der Nordlinie in technischer Hinsicht für Hildesheim, Peine und Braunschweig vorteilhafter. Auch vom militärischen Standpunkt aus besitzt die Nordlinie Vorzüge, weil sie technisch einfacher ist, weniger Kunstbauten enthält und deshalb durch feindliche Maßnahmen nicht so leicht außer Betrieb gesetzt werden kann. Ebenso ist die um 10 Stunden kürzere Fahrzeit auf der Nordlinie militärisch ein Vorzug. In verkehrstechnischer Beziehung stände die Südlinie ebenfalls hinter der andern zurück, weil hier der Durchgangsverkehr im Vergleich zum Kanalgebietverkehr geringer ist. Zum Durchfahren der um 29 Kilometer längern Südlinie ist ferner längere Zeit erforderlich, die auch für die Kosten in Betracht kommt. Ferner weist Franzius darauf hin, daß die Nord- der Südlinie auch dadurch überlegen wäre, weil sie durch einen Kanal mit der Nordsee verbunden werden könnte. Es fiel dafür allerdings die Verbindung Leipzigs mit dem Mittellandkanal fort; die direkte Verbindung mit der Nordsee erscheint indes wichtiger. Der Nordseekanal »würde für Hamburg die notwendige Verbindung nach dem Rhein hin geben, einen Weg, der infolge der erhöhten Bedeutung Antwerpens für Hamburg von größter Wichtigkeit wäre. Er würde ferner Bremen einen nähern Weg über die dann bereits für 600 Tonnen-Schiffe kanalisierte Alster nach dem Osten gewähren.« Franzius kommt zu folgendem Endergebnis: »Die Untersuchung hat gezeigt, wie überwiegend die Vorzüge der Nordlinie gegenüber denen der Südlinie sind. Daß die Südlinie auch Vorzüge hat, ist unbestreitbar. Sie müssen aber so teuer erkauft werden, daß der Gesamterfolg dadurch gegenüber dem Erfolge der

Nordlinie stark herabgemindert wird. Da aber bei dem Kanal Hannover-Magdeburg nach Eintritt des vollen Verkehrs, der für das Jahr 1932 gerechnet, voraussichtlich aber schon früher erreicht werden wird, eine Verzinsung im volkswirtschaftlichen Sinne von 26 % bei der Nordlinie und selbst noch von 17 % bei der Südlinie zu erwarten ist, zeigt die Hochwirtschaftlichkeit des Unternehmens. So gilt hier mehr als sonst das Wort, daß doppelt gibt, wer schnell gibt.«

✕ ✕
Halifax: In Halifax in Neuschottland sind große neue Hafenanlagen im Bau, die nach ihrem völligen Ausbau im Handelsverkehr mit Amerika wesentliche Veränderungen herbeiführen können. Halifax liegt nämlich 500 Seemeilen näher zu allen wichtigen englischen Häfen als New York und bietet außerdem in dem den Atlantischen Ozean mit dem Bedfordbecken verbindenden Meeresarm einen ausgezeichneten, stets eisfreien Hafen von mindestens 14 Meter Tiefe. Wenn trotzdem seine Bedeutung bisher gegen die New Yorks zurücktrat, so lag das an den durchaus ungenügenden Anlegestellen für die Schiffe und dem Mangel an Eisenbahnanschlüssen. Die bestehenden Hafenanlagen waren zwar erweiterungsfähig, aber die Heranführung der Bahnlinien war äußerst schwierig. Die alte Anlegestelle hätte so erweitert werden können, daß gleichzeitig 26 große Dampfer Platz gefunden hätten. Die Lage dieses Hafens mitten in der Stadt machte jedoch den zweckmäßigen Ausbau der Bahnverbindung unmöglich. Man entschied sich daher für eine neue Anlegestelle ganz vorn, wohin die vom Festland kommenden Bahnlinien ohne Schwierigkeit geführt werden können. Die Bahnanschlüsse liegen so, daß sehr schnelles Be- und Entladen der Schiffe möglich ist. Die Gesamtanlage besteht aus dem Bollwerk für den Personenverkehr von 625 Meter Länge und 6 Hafenbecken für Frachtdampfer und wird nach dem endgültigen Ausbau Platz für 27 Dampfer bieten. Zuerst werden die Personendampferlandungsstelle und das erste Hafenbecken ausgeführt; sie bieten Raum für 9 Dampfer. In 3 bis 4 Jahren sollen 2 weitere Hafenbecken gebaut werden, und weitere 3 oder 4 Jahre später gedenkt man den gesamten Ausbau zu vollenden, wenn inzwischen der Verkehr den erhofften Umfang erreicht hat und

die geplante Eisenbahnbrücke bei Quebec auch den unmittelbaren Anschluß an die National Transcontinental Railway ermöglicht. Jedes Bollwerk hat beiderseits 2, der Personenlandungssteg 3 Anlegestellen. Die Bollwerke werden in 14 Meter Tiefe auf dem Felsen gegründet. Sie werden aus großen Eisenbetonzellen aufgebaut, die einzeln durch einen gewaltigen Kran versenkt und mit einander verankert werden. Die Zwischenräume werden mit Fels, Steinen und Beton ausgefüllt. Jedes Bollwerk besteht aus einer etwa 9½ Meter dicken Eisenbetonkante, die aus den erwähnten Zellen aufgebaut ist. Der Hohlraum in der Mitte jedes Bollwerks wird ebenfalls mit Erde und Gestein ausgefüllt. Im ganzen werden für den jetzigen Ausbau fast 3700 Betonblöcke verschiedener Form gebraucht, deren jeder etwa 60 Tonnen wiegt.

✕ ✕
Brückenbauten Im Juli sind in Breslau 2 wichtige Brückenbauten vollendet worden, die Hindenburgbrücke und die Rosenthaler Brücke. Die erstgenannte überspannt mit 5 Öffnungen von 27,8 bis 33,5 Meter Weite die Oder und das Überschwemmungsgelände und mit einem 6. Bogen von 54,9 Meter den neuen Schiffsfahrtskanal. Sie bildet mit der Flußrichtung einen Winkel von rund 67°. Die Bögen sind in Eisenbeton nach den von Empergerschen Patenten ausgeführt. Die Fahrbahn ist 7½ Meter breit, kann aber auf 10 Meter erweitert werden. Die Nutzbreite beträgt 12 Meter. Bei der Rosenthaler Brücke sind die Pfeiler gleich für eine Verbreiterung auf 15 Meter vorgesehen. Diese Brücke überspannt die Oder mit 4 vollwandigen eisernen Zweigelenkbogen von je 52 Meter Spannweite mit angehängter Fahrbahn. Die Kosten der Brücken belaufen sich auf 970 000 respektive 836 000 Mark.

✕ ✕
Kurze Chronik Das Unterseehandels-schiff Deutschland hat seine erste Rückreise von Amerika, mitten durch die englischen Kriegsschiffe, glücklich vollendet und ist am 25. August in seinem Heimathafen Bremen eingetroffen. ✕ En neuer Wasserweg von der Havel zur Nordsee wird binnen kurzem eröffnet werden. Der bei Neustrelitz gelegene Zierker See wird mit dem Woblitsee verbunden, dieser steht durch den Ellenbogensee mit der Havel in

Verbindung, diese wiederum mit der Elbe und der Nordsee. Die neue Binnenwasserstraße kann selbst von den größten Elbkähnen befahren werden. × Da die russischen Bahngesellschaften keine Rücksicht auf die durchquerten Landesteile nehmen, will die russische Regierung Privatkonzessionen auf Bahnbauten nur noch an solche Gesellschaften zulassen, deren Teilhaber an der Entwicklung des in Frage kommenden Landesteils interessiert sind. Die Semstvos sollen zu diesem Zweck aus einem besondern Fonds Darlehen und Subsidien erhalten, um an der Aufbringung der Gründungskapitalien teilnehmen zu können. Man scheint überhaupt jetzt in Rußland energisch an eine durchgreifende Verbesserung des Eisenbahnwesens gehen zu wollen. × Die Seeschlacht am Skagerrak hat in englischen Zeitungen die Forderung nach einem Großschiffahrtskanal vom Firth of Forth zum Clyde wiederaufleben lassen. Die gesamte Entfernung vom Clyde nach Helgoland betrüge durch den Kanal nur etwa 25 Seemeilen mehr als die von Rosyth dorthin, während sie um Schottland herum auf mehr als das Doppelte, von 380 auf 800 Seemeilen, steigt.

× **Literatur** ×
In einer Broschüre mit dem Titel Großschiffahrtsweg Donau - Main - Rhein /Regensburg, Habel/ tritt Josef Bleyer, Erster Bürgermeister in Regensburg, für die Schaffung einer Großschiffahrtsstraße vom Rhein zur Donau und über die Donau durch Bayern ein, mit wirtschaftlichem Anschluß der übrigen süd- und westdeutschen Staaten, unter Mitwirkung des Reichs und der Bundesstaaten (siehe auch diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 134). × Ein hübsches kleines Buch erschien unter dem Titel The Panama Canal in The Nation's Library /London, Collin's Clear-Type-Press/. Der Verfasser, C. Reginald Enock, behandelt die Geschichte dieses berühmten Werks der Wasserbaukunst, er schildert anschaulich den Bau und alle seine Vorbedingungen. Das Büchlein liest sich recht unterhaltend.

Kolonisation Ludwig Quessel

Afrikanischer Bahnbau Unter den kolonialen Fragen der Gegenwart nimmt die der zweckmäßigsten Erschließung der Neuländer Afrikas eine

hervorragende Stelle ein. Jahre hindurch ist darüber in den Parlamenten viel geredet worden. Die Vorschläge Afrika durch Flußschiffahrt und Fahrstraßen zu erschließen haben sich aber als nicht durchführbar erwiesen. An schiffbaren Flüssen und Wasserstraßen ist kein Kontinent so arm wie Afrika. Fahrstraßen haben für den Güterverkehr aber deshalb zumeist geringe Bedeutung, weil die Zugtiere fast im ganzen Tropengebiet sehr bald der Tsetsefliege oder anderen Schädlingen zum Opfer fallen. Das ist auch der Grund, weshalb im tropischen Afrika die eingeborenen Träger die Arbeit der Zugtiere leisten müssen. Die Güterbeförderung mittels Kraftwagen auf Automobilstraßen ist gegenwärtig noch im Zustand der Versuche. Soweit bis jetzt Erfahrungen vorliegen, ist sie nicht nur sehr teuer, sie scheitert auch oft an der Gewinnung geeigneter Personen zum Bedienen der Kraftwagen. Als einzig zuverlässiges Mittel des Güter- und Personentransports hat sich bisher die Eisenbahn erwiesen. Die überragende Bedeutung der Eisenbahnen für die Erschließung Afrikas ist auch von allen Staaten, die in Afrika Kolonien besitzen, schon lange erkannt worden. Vorbildlich für ganz Afrika wurde der Eisenbahnbau in British Südafrika. Zur Zeit, als unsere Reichstagsfraktion noch unter völliger Verkennung der Sachlage für die Erschließung unserer Kolonien durch teure und wegen der Tsetsegefahr für den Güterverkehr fast völlig nutzlose Fahrstraßen eintrat, waren die Engländer schon mit der Ausführung des gigantischen Plans der Kap-Kairo-Bahn beschäftigt, die das ganze afrikanische Festland durchqueren soll. Angesichts der großen Rolle, die den Eisenbahnen in Afrika wirtschaftlich und militärisch zukommt, muß man es freudig begrüßen, daß der Vortragende Rat im Reichskolonialamt F. Baltzer soeben ein umfangreiches Werk Die Kolonialbahnen mit besonderer Berücksichtigung Afrikas /Leipzig, Göschen/ hat erscheinen lassen. Im Geleitwort sagt Staatssekretär Dr. Solf mit Recht, daß in diesem Buch »der Allgemeinheit ein umfassender, mit dem denkwürdigen 1. August 1914 abschließender Geschäftsbericht über die Erschließung der Kolonialgebiete in Afrika, über die verkehrstechnischen und verkehrswirtschaftlichen Leistungen und Errungenschaften der daselbst interessierten Kulturvölker vorgelegt wird«. Es ist unmöglich in

einer kurzen Besprechung den reichen Inhalt des Buches auch nur anzudeuten. Eine einzige Stichprobe mag zeigen, wie viel Aufklärung nicht nur der Verkehrstechniker, sondern auch der Volkswirtschaftler aus der Baltzerschen Arbeit schöpfen kann. In dem Kapitel über den Bau der Kolonialbahnen bespricht der Verfasser die Arbeiterverhältnisse beim Bahnbau. Die Kosten, die der Unterhalt farbiger Arbeiter verursacht, sind wesentlich anderer Art und daher auch anders zu bewerten als wir es bei der Beurteilung von Arbeiterfragen in der Heimat gewöhnt sind. Der farbige Erdarbeiter erhält nur einen geringen Geldlohn; gleichwohl ist der Aufwand für seine Arbeit insgesamt nicht geringer, vielmehr größer als der für ein ebenso großes Arbeitsquantum in Europa. Einmal leistet er nur etwa ein Viertel oder ein Drittel so viel wie sein europäischer Kollege. Dann aber bildet der Lohn, den er direkt erhält, nur einen kleinen Teil der Kosten, die er verursacht. Diese entstehen namentlich dadurch, daß die Baubehörde besondere Pflanzungen zum Anbau derjenigen Früchte anlegen muß, an die die Arbeiter in ihren Dörfern gewöhnt sind. »Wenn sie die gewohnte Kost nicht bekommen, so sind sie schwer bei der Arbeit zu halten und fallen leicht allen möglichen Verdauungskrankheiten zum Opfer.« Auch ihre sanitäre Überwachung durch Bahnärzte stellt sich recht teuer. Rechnet man hierzu die hohen Kosten der Anwerbung, die Ausgaben für die Wanderung von der Heimat zur Baustelle und zurück, so wird man leicht begreifen, daß eine Arbeitsleistung, die der eines weißen Arbeiters entspricht, in den Tropen keineswegs einen geringen Aufwand erfordert. Man sieht hieraus schon, mit welchen Schwierigkeiten der Bahnbau in Afrika zu rechnen hat, und daß man an afrikanische Verhältnisse nicht mit europäischen Maßstäben herantreten darf. Auf weitere interessante Einzelheiten der Baltzerschen Arbeit wird noch in anderm Zusammenhang zurückzukommen sein.

× ×
Englisches Palmkernmonopol In der Korrespondenz Deutsch Übersee vom 4. August 1916 lenkte Dr.

Karstedt die Aufmerksamkeit auf das Bestreben der britischen Ölindustrie die gesamte Weltproduktion an Palmkernen nach England zu leiten und so die Palmkernölgewinnung für Großbritannien zu monopolisieren (siehe auch den Artikel

Peus', in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 837]. Dies Monopol hofft man durch Erhebung eines Ausfuhrzolls von 40 Mark pro Tonne auf alle von englischen Kolonien nach nichtenglischen Gebieten ausgeführten Palmkerne erreichen zu können. Das einzige nichtenglische Gebiet, das empfindlich durch diesen Zoll getroffen werden würde, ist Deutschland. Von den rund 1740 Millionen Kilo Ölfrüchten, die 1913 nach Deutschland eingeführt wurden, entfielen 15 % auf Palmkerne. Vor dem Krieg gelangte der weitaus größte Teil der Weltproduktion an Palmkernen im freien Wettbewerb nach Deutschland, wo sie für Speisefett und Futtermittel verarbeitet wurden. Die britische Ölindustrie hielt es nicht für ratsam den Wettbewerb mit der deutschen Palmkernindustrie auf dem Boden freier Konkurrenz aufzunehmen, weil sie sich davon keinen genügenden Gewinn versprach. Jetzt will England die deutsche Palmkernindustrie durch das Monopol totschiessen. Infolge der Annexion von Kamerun und Togo, die man in England schon als definitiv ansieht, kontrolliert die britische Ölindustrie fast alle Produktionsgebiete für Palmkerne. Durch den Ausfuhrzoll soll die englische Industrie die Palmkerne pro Tonne um 40 Mark billiger erhalten als die deutsche Konkurrenz. Dieser Preisunterschied beim Bezug des Ölrohstoffs reicht nach Erklärungen der deutschen Fabrikanten vollkommen aus die Verarbeitung von Palmkernen in Deutschland unmöglich zu machen. Auch wenn die englische Ölindustrie für Palmkernöl, das für uns zur Herstellung von Margarine und Seife ganz unentbehrlich ist, den Preis erheblich heraufsetzt, womit natürlich bestimmt zu rechnen wäre, könnte unsere Ölindustrie jenen Ausfuhrzoll nicht tragen. Unsere Fabrikanten wären genötigt ihre kostspieligen maschinellen Anlagen zum alten Eisen zu werfen und ihre Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Der deutschen Margarine- und Seifenindustrie bliebe nichts anderes übrig als fertiges Palmkernöl zu Monopolpreisen von England zu beziehen. Die deutschen Konsumenten aber müßten in Form höherer Preise für Margarine und Seife einen dauernden Tribut an die britischen Monopolisten entrichten.

Im Unterhaus hat der Plan ein britisches Palmkernverarbeitungsmonopol durch einen kolonialen Ausfuhrzoll zu errichten zu lebhaften Debatten geführt,

bei denen sich zeigte, daß eine starke Mehrheit dafür vorhanden ist. Die Voraussetzung bildet aber, wie gesagt, die Annexion von Kamerun und Togo, da ohne den festen Besitz dieser beiden noch sehr entwicklungsfähigen Produktionsgebiete, die erst zu einem ganz kleinen Teil durch Eisenbahnen erschlossen sind, die Dauer des britischen Monopols nicht gesichert wäre. Der Plan Englands zeigt treffend, wie töricht das Gerede einiger Parteiblätter ist, die in ihrer totalen Unkenntnis aller neuzeitlichen Wirtschaftsprobleme dem deutschen Arbeiter einreden möchten, daß es sich der deutschen Kolonien wegen nicht lohne den Krieg auch nur einen Tag weiter zu führen, und daß die Arbeiterschaft eigentlich froh sein könnte, wenn England uns unsern ganzen Kolonialbesitz abnehmen würde.

× ×
 Russisch Asien Die Rückwirkung des großen Krieges auf die Kolonien wird sich in ihrem ganzen Umfang erst nach Jahren übersehen lassen. Das, was wir jetzt darüber erfahren, ist unvollständig und bei weitem nicht ausreichend, um sich ein zutreffendes Bild von der zukünftigen kolonialen Wirtschaftsgestaltung zu machen. Was Russisch Asien betrifft, so weiß man, daß hier der Krieg einen starken Mangel an Arbeitskräften hervorgerufen hat, der auch durch den Frieden nicht beseitigt werden wird, weil gerade die asiatischen Regimenter die schwersten Verluste zu verzeichnen haben. Wiederholt ist geschildert worden, daß die russische Heeresleitung mit Vorliebe die selbstbewußten Söhne Sibiriens an gefährdeten Stellen einsetzte, weil sie sich nicht nur in der Verteidigung sondern auch im Angriff zu erheblicher Wucht emporrecken konnten. Am stärksten macht sich der Arbeitermangel natürlich in den Gebieten bemerkbar, wo die Bevölkerungszahl auch vor dem Krieg noch gering war. Das gilt namentlich von den an China angrenzenden Provinzen, deren Gouverneure die bisher streng verfolgte Politik Chinesen, Koreaner und Japaner möglichst fernzuhalten jetzt aufgegeben haben.

Zu den wichtigsten Ausfuhrartikeln Russisch Asiens gehört bekanntlich die Butter. In den letzten Jahren vor dem Krieg wurde alljährlich eine halbe Million Doppelzentner und mehr herausgebracht. Der sibirische Butterexport leidet nun aber nicht nur unter Arbei-

termangel sondern auch unter Mangel an Faßholz für die Verpackung. Es fehlte vor dem Krieg in Sibirien an Sägewerken, die das Holz der Bäume genügend fein zur Herstellung von Butterfäßchen bearbeiten konnten. Man bezog von Deutschland und Skandinavien her zu Bündeln zusammengepackte Buchenbrettchen, von denen jedes ein Fäßchen ergab, wozu auch die Faßdaube gleich geliefert wurde. Diese Zufuhren an Faßholz haben infolge des Krieges aufgehört, und es ist bisher auch nicht gelungen durch eigene Produktion Ersatz dafür zu schaffen. Unter diesen Umständen stößt der Butterexport aus Sibirien nach Rußland, wo eine große Nachfrage nach Butter vorhanden ist, auf große Schwierigkeiten. Die Folge ist ein krisenhafter Zustand für den übrigens schon ziemlich modern aufgebauten Butterexport. Die Butter ist wohl vorhanden, aber sie kann nicht den Weg nach Rußland finden. Darunter leiden aber nicht nur die russischen Konsumenten sondern auch die russischen Finanzen. Für den sibirischen Bauern war die Butter so ziemlich der einzige Artikel, der ihm Bargeld ins Haus brachte. Mit dem Versiegen dieser Einnahme hört auch seine Fähigkeit auf Steuern zu zahlen und Einkäufe zu machen. So gerät mit der Krisis des sibirischen Butterexports die ganze Staats- und Volkswirtschaft Russisch Asiens ins Wanken. Daß vor der Beendigung des Krieges hierin eine wesentliche Besserung eintreten könnte, ist ausgeschlossen. Denn eine andere Verpackung als die in Fäßchen ist aus verschiedenen Gründen nicht angängig. Die Hauptzeit der Butterlieferungen ist natürlich der Sommer; nur in ihm findet das Vieh so viel Nahrung, daß es reichlich Milch zu geben vermag. In diesen heißen Sommertagen muß die Butter im offenen Wagen tageweit unter sengender und das Fett lösender Sonne zur nächsten Dampferanlegestelle transportiert werden. Da auch die Dampfer keine Kühleinrichtung haben, so muß man froh sein, wenn nicht zu viel des wertvollen Fetts aus den Fäßchen hinausrinnt. Erst wenn die Butter die Eisenbahnstation erreicht hat, kann sie gekühlt werden. Oft werden es aber 8 und mehr Tage, bis dieses Ziel erreicht ist. Nur durch starkes Übersalzen ist es übrigens bei diesen Verkehrsverhältnissen möglich der Butter ihre genießbarkeit zu erhalten. Man kann sich danach lebhaft vorstellen, was der Man-

gel an Fäßen und Arbeitern für den sibirischen Butterexport bedeutet. Die zurzeit immer lauter werdenden Klagen der russischen Presse über den Buttermangel in Moskau und Petersburg lassen sich nur dadurch erklären, daß in diesem Sommer wegen Faßmangels wenig Butter aus Sibirien nach Rußland exportiert werden konnte.

× Jüdische Kolo- Über die von manchen jü- Assimilation dischen Assimilanten so heftig befehdete zionistische Kolonisation in Palästina liegt eine Reihe neuer Publikationen vor, die insoweit gegenüber der älteren Literatur über diesen Gegenstand Neues bieten, als sie die durch den großen Krieg geschaffenen Zustände des Judentums in den Kreis ihrer Betrachtung ziehen. Die Juden im Kriege betitelt sich eine Denkschrift des Jüdischen sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion an das Internationale sozialistische Bureau, deren Verfasser, nachdem er die Wirkungen der Kriegskatastrophe auf die in Polen und Rußland lebenden Juden in ihrer ganzen Entsetzlichkeit geschildert hat, sich der Lage der Juden in der Türkei zuwendet und dabei zu der Feststellung gelangt, daß die halbe Million Juden in der Türkei auch im Krieg »sich bürgerlicher und zum Teil nationaler Gleichberechtigung erfreuen«. Allerdings ist das Bild nicht ohne Schattten. Die Denkschrift macht den Assimilationsjuden der Bourgeoisie den Vorwurf, daß sie die türkische Regierung gegen das sozialistisch gesinnte jüdische Proletariat aufhetzten, was zur Schließung der Parteidruckerei und zur Verurteilung zionistischer Redakteure zu Gefängnisstrafen geführt habe. Mit großer Energie weist die Denkschrift die Denunziation zurück, daß die zionistischen Juden antitürkisch gesinnt seien; sie betont demgegenüber, daß gerade die Zionisten »die Gescheicke der Türkei mit einem Gefühl der Dankbarkeit und Sympathie verfolgen«. Sehr klar wird dann weiter die zionistische Kolonisation vom Standpunkt des Sozialismus aus beleuchtet und insoweit direkt als ein Ziel des Sozialismus bezeichnet, als es dessen Aufgabe sei »die verwahrlosten oder noch unbebauten gewaltigen Gebiete der Erde für menschliche Ansiedlung und Kultur zu erschließen«.

Die sehr interessante Frage, für wie viele Millionen Juden die Erschließung Palästinas Raum schaffen könnte, behan-

delt Professor Ballod in einem größeren Aufsatz der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung vom 29. Juni 1916. Ausgehend von den pessimistischen Angaben Professor Philippsohns über den geringen Umfang der fruchtbaren Täler und Ebenen Palästinas, gelangt Ballod zu dem Resultat, daß die Gesamtfläche des ebenen Landes immerhin mindestens 400 000 Hektar beträgt. Durch Bewässerung des Jordantals und der Ebene Hauran ließe sich aber der palästinensische Ackerboden unschwer auf über 800 000 Hektar erweitern. Die Kosten einer rationellen Erschließung des ganzen Landes berechnet Ballod auf 3500 Millionen Mark. Vollkommen erschlossen, würde bei rationeller Bewirtschaftung die produktive Kraft des Landes ausreichen Nahrungsmittel und Kleidungsrohstoffe für 6 Millionen Menschen hervorzubringen, wenn man das milde Klima berücksichtigt, das die Ansprüche an Wohnung und Kleidung naturgemäß herabdrückt. Auf 6 Millionen Einwohner bezogen, wäre also in Palästina nur eine Kapitalanlage von 600 Mark auf den Kopf notwendig, gegenüber 3000 bis 5000 Mark in Deutschland und Frankreich. »Das Problem der Ansiedlung der Masse der Ostjuden in Palästina darf also nicht als Utopie behandelt werden, sondern es müssen darüber ernstere Erwägungen angestellt werden.« Wer die erstaunlichen Erfolge der russischen Bewässerungskolonisation in den räumlich ebenfalls sehr beschränkten Oasengebieten Turans kennt, die heute dem 150 Millionen-Volk der Russen bereits mehr als die Hälfte der überhaupt benötigten Baumwolle liefern (siehe meinen Artikel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 491 ff.), wird Ballods Anschauungen im Prinzip seine Zustimmung nicht versagen können, wenn auch die zur Erschließung des Landes notwendige Kapitalanlage vielleicht zu niedrig berechnet ist. Eine sachkundige und eindrucksvolle Propagandaschrift für die zionistische Kolonisation Palästinas hat Adolf Böhm verfaßt. Sie führt den Titel Der jüdische Nationalfonds, ist vom Hauptbureau des jüdischen Nationalfonds im Haag herausgegeben und legt dar, was und wozu dieser in Palästina arbeitet. Sehr anschaulich sind von Böhm neben den nationalkulturellen und religiösen Motiven, denen der Zionismus sein Dasein verdankt, auch die ökonomischen geschildert. Weil die Juden

des Ostens infolge der staatlichen Bedrückung ein Volk rückständiger Kleinhandwerker, Kleinhändler und Heimarbeiter geblieben sind, müßten auch dann Millionen von ihnen aus rein wirtschaftlichen Ursachen den Untergang finden, wenn dieser Druck, unter dem sie als Juden stehen, jetzt nach dem Weltkrieg aufhören sollte.

Die Schrift Böhms wendet sich in erster Linie an das Judentum und ist insoweit das Gegenstück zu der Broschüre Alfons Paquets Die jüdischen Kolonien in Palästina /Weimar, Kiepenheuer/, die das deutsche Volk im allgemeinen mit den zionistischen Bestrebungen vertraut machen will. Paquet sieht im Zionismus »eine besonders gerichtete Teilbewegung in der großen europäischen Expansion«. Wie die früher angeführten Autoren tritt auch er für ein zionistisches Palästina unter türkischer Herrschaft ein. Ein russisches Palästina, von dem der Panslawismus geträumt hat, ist ihm »ein unerträglicher Gedanke«; ebenso lehnt er aber auch ein englisches ab. »Ein Palästina unter englischer Herrschaft wäre nichts als das Grenzgebiet jenes großen arabischen Kolonialreichs, wie es sich England wünscht.« Abgesehen von der Darstellung der zionistischen Kolonisationsarbeit, die der Verfasser aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, enthält die Arbeit Paquets noch originelle und feine Gedanken über das Verhältnis Europas zu Asien, die in Verbindung mit der formschönen Sprache die Lektüre seiner kleinen Schrift zu einer Anregung und Erfrischung gestalten.

Einen interessanten Vortrag über die Zukunft Palästinas hat übrigens Graf Cressaty am 17. April in Paris gehalten, und die Koloniale Rundschau hat über ihn ein ausführliches Referat veröffentlicht. Nach Cressaty bilden Syrien und Palästina ein untrennbares Ganzes, auf das Frankreich einen gut begründeten Rechtsanspruch habe. »Das französische Syrien muß sich erstrecken vom Taurus bis an die ägyptische Grenze, vom Mittelmeer bis an die syrische Wüste . . . Auf Palästina verzichten hieße auf ein Stück Land verzichten, dem Frankreich leidenschaftlich zugetan ist, dessen Geschichte sich seit den Kreuzzügen wiederholt mit der unsrigen deckt, es liefe allen unseren Traditionen und heiligsten Rechten entgegen; es wäre ein vollstän-

diges Verkennen unserer Interessen.« Ob diese Hoffnungen Frankreichs auf den Besitz Syriens und Palästinas in Erfüllung gehen würden, wenn es unter englischer Oberhoheit zur Aufteilung der Türkei käme, darf in Anbetracht des Umstands, daß Palästina den Landweg nach dem Suezkanal darstellt, füglich bezweifelt werden.

× Kurze Chronik Die englischsüdafrikanische Zeitung South Africa, deren gute Beziehungen zu

Edward Grey bekannt sind, hat im März eine große farbige Landkarte von Afrika für den Massenvertrieb herstellen lassen, auf der alle deutschen Kolonien als englisches Gebiet bezeichnet sind. Das englische Kolonialreich in Afrika hat auf dieser Karte die Form eines langgezogenen unregelmäßigen Vierecks, das sich von der Nilmündung bis zum Cap der Guten Hoffnung erstreckt. × Nach einer Denkschrift der Regierung Südafrikas werden sich die Kosten der Besetzung von Deutsch Südwestafrika im Jahr 1916 voraussichtlich auf 15 Millionen Mark belaufen. × Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, die 1913 sich auf 1,3 Millionen Personen belief, ist im Kriegsjahr 1915 auf 258 000 Personen gesunken. × Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen von Dänemark die dänischen Antillen kaufen: Saint Croix, Sankt Thomas und Saint John, die auf einer Fläche von der Größe des Fürstentums Schaumburg-Lippe 27 000 Einwohner (zumeist Neger) zählen. Die Gesamtausfuhr der 3 Inseln, bestehend aus Zucker, Rum, Tabak und Kaffee, betrug 1912 2 Millionen Mark. Die Amerikaner wollen für Dänisch Westindien über 100 Millionen Mark bezahlen. Aus den Erklärungen der dänischen Regierung geht unschwer hervor, daß sie sich zu dem Verkauf nur unter dem machtpolitischen Druck Amerikas entschließen konnte, so daß wir es hier eigentlich mit einer verschleierten Annexion zu tun haben, deren Gründe in der Ausweitung der Monroedoktrin zu suchen sind, auf Grund deren die Vereinigten Staaten und England sich eine Art Protektorat über Süd-, Mittelamerika und Westindien anmaßen (siehe auch meinen Artikel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 867 f.).